



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

Berufliche Bildung  
in Bayern

## Unsere Themen

Duales System in der Krise

Personalratswahlen 2006:  
Mitbestimmen – Mitwirken –  
Mitgestalten

Fachtagung für

- Fachlehrer an beruf-  
lichen Schulen
- Lehrkräfte an  
kaufmännisch-verwal-  
tenden Schulen

Wo bleibt der Respekt  
für die Lehrer

Veränderungen im  
Bankgewerbe

Jung für Alt – Münchener  
Altenheimprojekt

20 Jahre **arge-alp**



Thema 2005: Bildungsstandards

**HERAUSGEBER**  
Hans Käfler, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
E-Mail: info@vlb-bayern.de

**REDAKTION**  
Hans Preißl  
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg  
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13  
Telefax: 0 85 86 - 9 78 68 14  
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 66 14 15  
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91  
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

**ANZEIGENVERWALTUNG**  
Andrea Götzke  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
E-Mail: kohn@vlb-bayern.de  
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München

**GESTALTUNG**  
signum3 oHG  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90  
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98  
E-Mail: gc@signum3.de

**DRUCK**  
Böhler Verlag GmbH  
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 6 34 31  
Telefax: 09 31 - 61 17 84

**ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS**  
„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

**KÜNDIGUNG**  
Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

**COPYRIGHT**  
Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

**MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE**  
Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-  
dere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

**REDAKTIONSSCHLUSS**  
für Heft 01: 2005-12-05  
für Heft 02: 2006-01-09  
für Heft 03-04: 2006-02-13

ISSN 0942 - 6930

**Thema des Tages**

3 Hans Preißl: Lehrstellenmisere trotz Ausbildungspakt

**Bildungspolitik**

4 Hans Preißl: 20 Jahre arge-alp – Eine Idee wird zur Erfolgsgeschichte  
9 Hans Preißl: Eine wettbewerbsfähige Gesellschaft braucht hochwertige Berufsbildungssysteme

**Dienstrecht**

11 Wolfgang Lamb: Personalratswahlen 2006 – jetzt geht's los  
11 Wolfgang Lamb: Stellungnahme des Bundesrates zum Strukturreformgesetz  
12 Beihilfekürzungen für Beamte

**Fachlehrer**

13 Reinhard Küfner: Erste Fachtagung am Staatsinstitut in Ansbach

**Die Lehrerseite**

15 Hans Käfler: Wo bleibt der Respekt für die Lehrer?

**Pädagogik und Unterricht**

16 Christian Alt: Veränderungen im Bankenbereich

**Aus dem Verbandsleben**

**Landesverband**  
20 Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs:  
Martin Ruf: Perspektiven des kaufmännischen Schulwesens

**Bezirks- und Kreisverbände**  
22 BV Unterfranken; KV Nürnberg

**Fachgruppen**  
23 FG Sport; FG Religion

**Senioren**  
25 Berthold Schuler: Wieder nur eine Niederlage?

39 **Personalien**

**Umschau**

**Vermischtes**  
30 BV Mittelfranken; BV Unterfranken

32 **Termine**

**Kommunale Schulen**  
33 Dr. Walter Demmel: Jung für Alt – Münchner Altenheimprojekt

**Für Sie persönlich**  
36 Helmut Lang: Private Altersvorsorge durch Riester- und Rürup-Rente  
38 Helmut Lang: Kfz-Versicherungen auf dem Prüfstand

44 **Letzte Umschlagseite**  
Pressepapier des VLB

Titelfoto: VLB Verlag

**Duales System in der Krise:**

# Lehrstellenmisere trotz Ausbildungspakt

**HANS PREISL**

Am 16. Juni 2004 haben die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in Berlin einen „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ geschlossen.

**Zusagen des Ausbildungspaktes**

Der Pakt hat eine Laufzeit von drei Jahren. Die Wirtschaft verpflichtet sich, in diesen drei Jahren jeweils 30000 neue Lehrstellen zu schaffen, sowie pro Jahr 25000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen (EQJ). Dies wird den Betrieben dadurch schmackhaft gemacht, dass ihnen mit Mitteln aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit die Ausbildungsvergütung bis zu einer Höhe von 192 Euro erstattet wird. Auch Sozialversicherungsbeiträge bis zu 102 Euro können übernommen werden. Dafür stehen insgesamt 270 Millionen Euro zur Verfügung. Damit erhöht sich die Summe der staatlichen Subventionen für die betriebliche berufliche Bildung auf stattliche 3,2 Milliarden Euro.

Die Bundesagentur für Arbeit wird die Mittel für ausbildungsfördernde Maßnahmen, insbesondere berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für die Dauer von drei Jahren auf dem Niveau von 2003 halten.

Mit dem Ausbildungspakt wollen sich die Partner verpflichten jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu machen. Die Bundesregierung verzichtet im Gegenzug darauf eine Lehrstellenabgabe zu erheben.

**Bilanz nach zwei Jahren**

Das vor zwei Jahren vereinbarte Bündnis stand immer im Oktober auf dem Prüfstand, als die Bundesagentur für Arbeit ihre Jahresbilanz vorlegte. Je

nach Interessenlage werden die Zahlen unterschiedlich beurteilt. Von einem großen Erfolg sprechen die Spitzenvertreter der Wirtschaft, die Gewerkschaften halten den Pakt dagegen für gescheitert. Lassen wir also Zahlen sprechen. Im vergangenen Jahr wurden 471 500 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Das sind fast 50000 weniger als im Jahr davor, also ein Rückgang um über acht Prozent. Die Zahl der Lehrstellen geht nun schon im vierten Jahr hintereinander zurück. Im Jahr 2001 gab es 100000 Ausbildungsplätze mehr als im Jahr 2005. Zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres sind 41000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Die volle Dimension des Ausbildungsdesasters offenbart sich aber erst, wenn man die zahllosen Jugendlichen in den vielen Warteschleifen einrechnet. Sage und schreibe 272000 junge Menschen werden in Praktika und Vorbereitungsmaßnahmen vor der Statistik versteckt. Nicht einmal mehr jedes vierte Unternehmen in Deutschland bietet Ausbildungsplätze an. Das ist Minusrekord.

Das Lehrstellenversprechen des Ausbildungspaktes wird für zu viele junge Menschen zum leeren Versprechen. Das ist aus zwei Gründen fatal.

- Jugendarbeitslosigkeit stellt einen sozialen Sprengstoff ersten Ranges dar. Junge Menschen, die ständig erfolglos auf der Suche nach einer Lehrstelle sind, geraten in einen verhängnisvollen Kreislauf von Arbeitslosigkeit – Perspektivlosigkeit – Verlust von Selbstwertgefühl und Kompetenz
- Dieser Verlust fachlicher wie sozialer Kompetenzen entzieht die jungen Menschen einem Arbeitsmarkt, der wegen der demografischen Entwicklung bald händeringend nach Facharbeitern suchen wird.

Wenn immer weniger Betriebe ihre Ausbildungsverantwortung wahrneh-

men, bleibt das Lamento von der fehlenden Ausbildungsreife ein Manöver, das von der Verweigerung der unternehmerischen Pflichtaufgabe „Ausbildung“ ablenken soll.

**Qualitativ hochwertige vollzeitschulische Angebote ausbauen**

Es wird also höchste Zeit die Chancen des neuen Berufsbildungsgesetzes zu nutzen und verstärkt schulische Ausbildungsgänge anzubieten. Sie können das kriselnde duale System ergänzen. Die staatlichen Milliardensubventionen, die clevere Betriebe absahnen, wären ein guter Grundstock, um vollzeitschulische Angebote so aufzuwerten, dass sie als gleichwertige Ausbildung anerkannt und zertifiziert werden können. Die in berufsvorbereitenden und berufsorientierenden beruflichen Vollzeitschulen erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten sind bei einer anschließenden Berufsausbildung möglichst umfassend auf die duale Ausbildungszeit anzurechnen.

Daneben ist das hochwertige Angebot von Berufsfachschulen auszubauen. Deren differenzierte Bildungsangebote führen zu einer beruflichen Grundbildung unter Einschluss eines höheren Bildungsabschlusses ebenso wie zu einem Berufsabschluss nach BBiG.

Die Kultusministerkonferenz hat in ihren Empfehlungen zur Umsetzung des Berufsbildungsreformgesetzes eine Weiterentwicklung von beruflichen Vollzeitschulen auf der Basis des BBiG angeregt. Unsere Nachbarn in Österreich demonstrieren uns anschaulich, dass vollzeitschulische Angebote, die auch für im dualen System anerkannte Berufe qualifizieren, höchst erfolgreich bestehen. Dazu wären die BFS so zu konzeptionieren, dass sie eine auf das duale System anrechnungsfähige Struktur erhalten. Wenn den Sozialpartnern gewisse Informationsrechte bei Lehrplänen und Prüfungen eingestanden werden, werden sich deren Akzeptanzprobleme verringern. So wird die BFS zur vollwertigen Ausbildungsalternative, die auch keinerlei Attraktivitätsprobleme haben dürfte. <



Jubiläumsveranstaltung in Weyregg am Attersee:

## 20 Jahre arge-alp – Eine Idee wird zur Erfolgsgeschichte

HANS PREISL

Was 1985 auf Initiative des VBB (eines der Vorläuferverbände des VLB) in Gestalt seines Vorsitzenden Othmar Doleschal als bescheidene Gemeinschaft begann, hat Erfolgsgeschichte geschrieben:

Zum 20. Mal trafen sich Berufsbildungsexperten der Alpenländer zu einer Arbeitstagung. Gastgeber der Jubiläumsveranstaltung war Österreich. Mit Weyregg am Attersee boten die Organisatoren ein Umfeld, das den kreativen Gedankenaustausch in idealer Weise mit Natur- und kulinarischen Genüssen verband.

Der Leiter der Sektion „Berufsbildendes Schulwesen“ des österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Magister Theodor Siegl begrüßte die Delegationen an Bord eines Atterseeschiffes. Launig bemerkte er, die Organisatoren hätten zum Jubiläumstreffen sogar „die Wolken beiseite schieben“ lassen.

Und die gaben tatsächlich den Blick frei bei der Fahrt über den größten Binnensee Österreichs. Also konnten die seefahrenden Bildungsexperten die wildromantischen Felswände von Höllengebirge und Schafberg ebenso bewundern wie die wunderschöne Aussicht auf das „Meer des Salzkammerguts“, das je nach Lust und Laune der Sonne mit den Farben zwischen türkis und blaugrün wechselvoll spielte.

Zentrales Anliegen der arge-alp sei es Themen der Berufspädagogik länderübergreifend zu besprechen und „Innovationen weiterzutreiben“, formulierte der Sektionschef die Tagungsziele.

Kernthema der diesjährigen Tagung seien Bildungsstandards im Bereich der Berufsbildung. In Österreich werde an der Bildung nationaler Standards fest gearbeitet. Die Diskussion

würde allerdings stark gegenstandsbezogen geführt. Die Debatte befände in einem Stadium, die noch keine Antwort auf die Frage erlaube, wie die Umsetzung in die Realität funktioniere.

Als Verantwortliche für das Gelingen der Arbeitstagung stellte Theodor Siegl „Gewerkschaftsboss“ Albert Arzt und den Landesschulinspektor Kurt Stockinger vor.

Letzterer führte zielstrebig in die Tagesordnung ein. Es galt ja gleich den ersten Teil des umfangreichen Arbeitspensums zu absolvieren. Traditionellerweise stehen am Anfang die sog. Länderberichte. Die arge-alp-Länder haben in Sachen Berufsbildung viele Gemeinsamkeiten, trotzdem gehen sie mit den Bildungsstrukturen und ihren Problemen unterschiedlich um. Der Austausch ermöglicht eine Betrachtung aus verschiedensten Perspektiven.

### In Baden Württemberg hinterlassen bildungspolitische Baustellen Stress-Spuren

Den Anfang machten die Baden-Württemberger. Dort hat den langjährigen Vorsitzenden Rolf Dörflinger Waldemar Futter als BLBS-Landeschef abgelöst. Um die Schlagkraft und Leistungsfähigkeit des Verbandes als Interessensvertretung zu erhöhen sei man auf dem Weg Fusionsabsichten zu konkretisieren.

Futter beklagte, dass in seinem Bundesland die vielen bildungspolitischen Baustellen zu deutlich sichtbaren Stressspuren geführt hätten. Mit einer gewissen Ohnmacht müsse der Verband eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Kolleginnen und Kollegen hinnehmen. Vom Wechsel an der Spitze des Ministeriums erhoffe man sich Ruhe und Kontinuität.

Futter sieht das duale System in einer ernsthaften Krise. Zu viele junge Menschen müssten das Gefühl ha-

ben nicht mehr gebraucht zu werden. Berufliche Vollzeitschulen würden sie auffangen. Allerdings erzeuge die fehlende Anerkennung der schulischen Ausbildung einen erheblichen Motivationsverlust. Er verlangte deshalb die im BBiG vorgesehene Anrechnung. Ihr könne sich die Wirtschaft nicht auf Dauer verweigern, wenn sie schon keine Lehrstellen schaffe.

### In Bayern machen Sparkommis-sare Bildungspolitik

Auch der Vorsitzende des VLB Bayern sieht im Ausbildungsmarkt das größte Problem. In Deutschland gebe es einen Überhang von mehr als 31.000 Bewerbern. Insgesamt habe sich eine Bugwelle aufgebaut, die in die Hunderttausende geht. „Unsere Fachoberschulen quellen über von Ausbildungsplatzsuchenden.“ Anders als in Baden-Württemberg gebe es in Bayern kaum schulische Berufsfachschulen als Kompensationsangebot, kritisierte er. So sitze ein Großteil der erfolglosen Bewerber einen Tag in der Berufsschule und die restliche Zeit auf der Straße. Wie dramatisch die Lehrstellenmisere ist, dokumentierte Hans Käfler mit Zahlen seiner Schule: „Von den 1.000 neu eingeschriebenen Schülern stehen 248 ohne Auszubildungsverhältnis da.“ Käfler hält das von der sozialen Seite her für unhaltbar. Zudem stünden diese Leute dann beim absehbaren Facharbeitermangel nicht mehr zur Verfügung. Der Sparhaushalt der bayerischen Staatsregierung macht auch vor der Bildung nicht halt. Durch mehrere Arbeitszeiterhöhungen habe man zusätzliche Unterrichtskapazitäten erzeugt. So wurden dem Finanzminister 220 Planstellen geopfert. Das bringe eine problematische Situation bei den Neueinstellungen. Ein Großteil der Bewerber werde mit befristeten Angestelltenverträgen abgespeist. Die Kürzungen der Mittel für die nebenberuflichen Lehrkräfte gefährdeten die Qualität des fachpraktischen Unterrichts. Die Lehrmittelfreiheit sei praktisch aufgehoben. „Die Einführung eines Büchergeldes bringt dem Staat eine vernachlässigenswerte Einsparung, den Schulen aber einen ungeheueren bürokratischen Aufwand.“

### Südtirol regelt die Lehrlingsausbildung neu

Südtirol setzt für seinen Bereich die Vorgaben einer Bildungsreform der römischen Regierung um.

Mit einem neuen Lehrlingsgesetz trägt es der staatlichen Schulreform und dem Arbeitsmarkt-Reformgesetz Rechnung. Dabei wird die Lehre in verschiedene Typen unterteilt. Die sog. Lehre in der Bildungspflicht wird auf drei Jahre festgesetzt. Ein Jugendlicher tritt sie mit 15 Jahren an und schließt sie ab mit einer beruflichen Qualifikation (= Lehrabschluss).

Der zweite Typ Lehre wird als „apprendistato professionalizzante“ bezeichnet. Die Zielgruppe sind hier Personen von 18–29 Jahren; die Dauer beträgt zwei bis höchstens sechs Jahre. Diese Form der Lehre bietet sich für Spezialisierungen nach der Grundausbildung an.



VLB-Chef Hans Käfler (links) mit Vertretern aus Baden Württemberg: Iris Fröhlich, BLBS-Landesvorsitzender Waldemar Futter und der Ex-Bundesvorsitzende des BLBS Günter Besenfelder.

Der dritte Typ Lehre führt zu einem Diplom (Studentitel) oder zum Zugang zu höheren Ausbildungslehrgängen wie die Höhere Technische Bildung (HTB)

Das Legislativdekret der römischen Regierung zum Bildungsrecht und zur Bildungspflicht sieht das Recht auf eine zumindest zwölfjährige Schul- bzw. Berufsbildung an einer dreijährigen Berufsschule innerhalb des achtzehnten Lebensjahres vor. Dieses Recht stellt gleichzeitig eine vom Gesetz vorgesehene Pflicht dar und kann in einer Schule staatlicher Art, in einer Vollzeitberufsschule oder – ab dem 15. Le-

bensjahr – auch im Rahmen des dualen Systems (Lehrlingsausbildung) wahrgenommen werden. Die Überprüfung dieser Wahrnehmung stellt sich nicht immer unproblematisch dar.

### Die Schweiz erprobt die Modularisierung von Ausbildungsberufen

Die Schweiz hat ein Projekt riskiert, das die Betriebe stärker in die Ausbildung integrieren sollte. Bei der Revision der kaufmännischen Berufe wollte man, sicher gut gemeint, die Lehrbetriebe intensiver und auch notenwirksam in den Ausbildungsprozess einbinden. Die Folge ist ein massiver Rückgang der Lehrstellen, weil die kleineren Betriebe überfordert sind.

Deshalb ging man beim nächsten Bildungsprojekt, der Umgestaltung des Informatikberufs deutlich behutsamer vor und war erfolgreich dabei:



Europaparlamentarier Sepp Kusstatscher (links) engagiert sich für eine deutliche Förderung der Arbeitskräftemobilität in Europa. Neben ihm die Schweizer Delegation mit Christoph Thomann und Christian Léchenne.

So darf man die Modularisierung des Berufes der Informatiker als eines der bedeutendsten Berufsbildungsprojekte in der Schweiz bezeichnen. Die Informatiklehre ist eine duale Lehre mit einer Ausbildung sowohl in der Schule wie auch im Lehrbetrieb. Den Betrieben sollten möglichst wenig Auflagen gemacht werden. Deshalb wurde nur die Ausbildung an den Berufsschulen und den überbetrieblichen Kursen (ÜK) modularisiert, nicht aber die Ausbildung in beruflicher Praxis. Modularisierung bedeutet dabei eine Zerlegung der Ausbildung in kleine, transparente Einheiten. Die-

se sind nicht an Fächern, sondern an Handlungskompetenzen ausgerichtet.

### Auch Österreich modularisiert die Lehrlingsausbildung

In Österreich nimmt sich das duale Ausbildungssystem jetzt besonders benachteiligter Jugendlicher an. Die sog. integrative Berufsausbildung (IBA) will insbesondere die Chancen von Behinderten auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Sie versucht dies auf zwei Wegen: Entweder verlängert sie die Lehrzeitdauer um ein Jahr oder sie ermöglicht eine Teilqualifizierung, indem sie das Berufsbild auf bestimmte Teile einschränkt.

Um das Erfolgsmodell duale Ausbildung auch in Zukunft attraktiv zu halten, soll es den Erfordernissen der aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden. Da das Lehrberufs-

spektrum mit über 250 Lehrberufen ausgeschöpft zu sein scheint, will man es durch Ausdifferenzierung und Spezialisierung modernisieren. Dabei hat den Ministerrat ein Modularisierungskonzept passiert, das im nächsten Jahr in Kraft treten soll. Der modulare Lehrberuf besteht aus einem Grundmodul, mindestens einem Hauptmodul und einem oder mehreren Spezialmodulen. Das Grundmodul dauert zwei Jahre, das Hauptmodul ein Jahr. Ein Spezialmodul kann sich über ein halbes bis ein Jahr erstrecken. So können Ausbildungsinhalte, die den Qualitätserfordernis-



Der BLBS-Vorsitzende Berthold Gehlert (2. von rechts) koordiniert für Bayern die Vorarbeiten für eine gemeinsame alpenländische Stellungnahme zum Europäischen Qualifikationsrahmen. Neben ihm VLB-Vize Angelika Rehm. Links die Gründungsmitglieder Othmar Doleschal und Dietmar Leischner.

sen einer Branche entsprechen, leichter integriert werden. Die Abfolge der Module erfolgt nicht zeitlich sondern inhaltlich.

### Bildungsstandards erhöhen die Transparenz der Qualifikationsangebote

Den Arbeitsschwerpunkt der 20. argealp-Tagung bildete das Thema Bildungsstandards. Hierzu hat Kurt Stockinger eine hochkarätige Referentenriege gewinnen können.

Der CEDEFOP-Experte Burkart Sellin, der Südtiroler Abteilungsleiter für deutsche und ladinische Berufsbildung Dr. Peter Duregger und Mag. Karoline Meschnigg, Abteilungsleiterin für Berufsschulen im österreichischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur führten ein in den Stand der Entwicklung von Bildungsstandards.

Mit seinem Beitrag „Auf dem Weg zu einem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF)“ informierte Burkart Sellin über den bisherigen Verlauf der Arbeiten einer entsprechenden Expertengruppe bei der Europäischen Kommission. Diese Arbeiten begleitet das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) mit Sitz in Thessaloniki konzeptionell. Da der Referent als Projekt-Koordinator verantwortlich ist für die Zusammenarbeit des Zentrums mit der federführenden Europäischen Kommission, konnte er den Teilnehmern einen sehr unmittelbaren Eindruck von der Komplexität der Prozesse im europapolitischen Zusammenhang geben. Die Teilnehmer bekamen zudem zeitnah Ein-

blick in den zur Zeit laufenden Konsultationsprozess. Er soll es Organisationen, Einrichtungen Entscheidungsträgern, Sozialpartnern, Interessengruppen und interessierten Bürgern ermöglichen zu einem Dokument der Europäischen Kommission Stellung zu nehmen, bevor diese einen offiziellen Vorschlag für den EQR vorlegt. Ein Arbeitspapier stellt die Grundlage für diesen ausführlichen Konsultationsprozess dar, der im bis Dezember 2005 stattfinden wird.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, verwies Sellin darauf, dass die Schaffung eines europäischen Qualifikationsrahmens natürlich nicht das Ende der nationalen Qualifikationssysteme bedeutet. Er soll vielmehr nationalen Bemühungen einen zusätzlichen Schub verleihen. Deshalb wird der EQR ein auf Freiwilligkeit beruhender Bezugsrahmen sein, der nationale Bezugsrahmen bzw. Qualifikationssysteme miteinander verbinden und untereinander verstehen helfen soll.

Der EQR will einen neutralen Rahmen herstellen, auf den jede Qualifikation in jedem EU-Staat bezogen werden kann. Einzelne nationale Bildungssysteme sollen dabei weder bevorzugt noch diskriminiert werden.

Vorgesehen sind dabei acht Niveaustufen. Auf jeder der acht Stufen wurden Beschreibungsmerkmale für Lernergebnisse bereitgestellt. Dabei wird unterschieden zwischen den drei Kategorien: Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, letztere sind aufgeteilt nach persönlichen, beruflichen und „lernen zu lernen“ Kompetenzen. Die Antworten auf das Konsula-

tionsdokument sollen bis Januar 2005 ausgewertet sein. Ein Entwurf für eine Empfehlung über den EQR wird im Frühjahr dem Parlament und dem Rat zur Befassung vorgelegt. Dieser soll auch Umsetzungs-Empfehlungen für die Entwicklung nationaler und sektoraler Bezugsrahmen enthalten sowie einen Zeitrahmen.

Wir können nationale Entwicklungen nicht mehr nur national diskutieren, sagte Sellin, der nationale und der europäische Diskurs seien ineinander verwoben. Eine aktive Mitgestaltung des europäischen Qualifikationsrahmens setze voraus, die nationalen Entwicklungen zu bündeln.

Sellin verbindet mit dem EQR die Hoffnung auf einen substantiellen Beitrag zur Anerkennung und Transparenz der Befähigungsnachweise, da-



Der CEDEFOP-Experte Burkart Sellin: „Ein funktionierender EQF kann das Zusammenwachsen der Bildungssysteme und der Arbeitsmärkte in Europa fördern.“

mit die Mobilität der Lernenden und Arbeitskräfte in Europa vorangebracht wird.

### Transparente Qualifikationen ermöglichen die Anerkennung von Kompetenzen

Der Abteilungsleiter für deutsche und ladinische Berufsbildung Dr. Peter Duregger informierte über Bildungsstandards in Südtirol. In Italien haben sich Regierung und Sozialpartner 1996 im Bündnis für Arbeit darauf verständigt die in Bildungsgängen er-

worbenen Kompetenzen zu zertifizieren. Ziel war es Qualifikationen transparenter zu machen und eine Anerkennung von Kompetenzen zu ermöglichen. Davon versprach man sich sowohl eine Verbesserung des Bildungssystems als auch einen positiven Einfluss auf die Beschäftigungslage. Die dadurch ausgelöste Bildungsdiskussion hat neben Veränderungen in der Lehrlingsausbildung zur Einrichtung eines ganz neuen Bildungssegmentes geführt: Die Höhere technische Bildung (HTB). Der für Maturanten und Abgänger von Berufsbildungskursen gedachte Bildungsweg sollte zu einem stark berufsbezogenen und einem dem Universitätsstudium vergleichbaren Abschluss führen. Dabei sind gleich vier Partner eingebunden: Eine Oberschule, eine Berufsschule, eine Universität und ein Betrieb bzw. Arbeitgeberverband bilden gemeinsam aus. Für den Zugang zu diesem Bildungssegment wurde erstmals der Begriff Standard eingeführt. Die Berufsbildungskurse müssen gewissen Standards entsprechen, um eine Gleichwertigkeit im gesamten Staatsgebiet zu gewährleisten. Das staatliche Institut ISFOL (Institut für die Entwicklung der Bildung der Arbeiterschaft) hatte ein System der Kompetenzbeschreibung und Zertifizierung zu entwickeln. Dieses System sieht eine Dreiteilung der Kompetenzen vor: Basiskompetenzen mit Sprachen, Informatik und Mathematik, übergreifende Kompetenzen (vergleichbar mit unseren Schlüsselkompetenzen) und fachliche Kompetenzen. Ein Bewerber bringt außerdem ein individuelles Dossier, den sog. Kompetenzpass mit und eine Auswahlkommission prüft die Motivation für die Ausbildung.

In der Folge wurden dann auch im Bereich der Lehrlingsausbildung Standards eingeführt. Ein Staatsgesetz hat im Mai 1999 die Bildungspflicht bis 18 eingeführt. Diese kann auch in der klassischen Lehre abgeleistet werden. Allerdings wurden zu den bis dahin festgesetzten 120 Stunden außerbetrieblicher Ausbildung weitere 120 eingeführt. Für diese zusätzlichen Stunden wurden Standards eingeführt. Hier orientiert man sich

am System der OECD, das sprachliche und mathematische Kompetenzen der Bevölkerung vergleichbar feststellt. Im Einzelnen sind dies:

- Muttersprachliche Kompetenzen nachzuweisen durch Ebene 3 IALS (International Adult Literacy Survey)
- Fremdsprachliche Kompetenzen nachzuweisen durch Ebene 2 ALTE (Association of Language Testers in Europe)
- ALLS (Adult Literacy Lifes Survey)
- Für Informatik der Europäische Computerführerschein ECDL

Die Schulreform des Jahres 2003 bringt einen neuen Schub: Die für Berufsbildung zuständigen Regionen richten Berufsfachschulen ein. Um



Peter Duregger aus Südtirol: „Die Höhere technische Bildung führt zu einem dem Universitätsstudium vergleichbaren Abschluss.“

auf Staatsebene Anerkennung zu erreichen und Übertritte an die Oberschulen zu ermöglichen, wurden für die dreijährigen Fachschulen Standards eingeführt. Sie decken folgende Bereiche ab:

- Sprache (Mutter- und Fremdsprache)
- Technologie ( Informatik)
- Naturwissenschaft (Mathematik, Physik, Chemie, Biologie)
- Geschichte/Soziales/Wirtschaft

Als letztes Glied in der Kette wurde ein Reglement über die Abschluss-

zertifikate der Berufsbildung verabschiedet. Es regelt auch Übertritte und die Anerkennung der sog. Bildungsguthaben. Diese Dokumente verbergen aber immer noch nicht eine gewisse Nachrangigkeit der berufsschulischen Kurse. Instand der Anerkennung im Falle eines Übertritts ist die aufnehmende Oberschule. Häufig wählt diese Schule den Weg der Ergänzungs- oder Eignungsprüfung.

### Österreich will die beste und qualitativ hochwertigste Bildung für die Schüler

Mag. Karoline Meschnigg, in der Sektion II des österreichischen Zukunftsministeriums zuständig für Berufsschulen, führte ein in „Bildungsstandards in der Berufsbildung“. In Österreich hat ein klares politisches Mandat einen Anstoß zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards gegeben. Das Regierungsprogramm formuliert dort einen eindeutigen Auftrag: „Entwicklung klarer Leistungsstandards für Schulen, damit unsere Kinder die beste und qualitativ hochwertigste Bildung erhalten“

Weitere Motive hätten die Debatte forciert. Neue Lehrpläne und eine größere Autonomie der Schulen hätten etwa eine verstärkte Output-Kontrolle erforderlich gemacht. Internationalisierung und Globalisierung erzeugten einen gewissen Druck eine Vergleichbarkeit von Qualifikationen herzustellen.

Kernfrage der Überlegungen in Österreich sei gewesen, über welche Kompetenzen ein Schüler oder ein Schülerin verfügen müsse, wenn das Bildungsziel der Schule als erreicht gelten soll. Diese Kompetenzen wurden formuliert, dazu gehören beispielsweise:

- Motivation zum Handeln
- Bereitschaft zum Handeln
- Wissen beschaffen
- Zusammenhänge verstehen

Nach der Einigung auf wesentliche Kernkompetenzen habe man sich Gedanken gemacht über Merkmale guter Bildungsstandards. Zu ihnen gehörten Verständlichkeit, Fachlichkeit, Realisierbarkeit, Fokussierung auf





Karoline Meschnigg: Bildungsstandards erzeugen eine Vergleichbarkeit von Qualifikationen.

Kernbereiche etc. Anschließend habe man sich Ziele für die Verwirklichung gesteckt. Dabei beschränke man sich zunächst auf einige ausgewählte Unterrichtsgegenstände der berufsbildenden Schulen und habe sich für deren Ausführung Zeit bis zum Ende des Schuljahres 2008/09 gegeben. Den Transfer der Standards von den allgemeinen Schulen auf die berufsbildenden sieht Karoline Meschnigg problematisch, weil deren Kognitionslastigkeit an den beruflichen Anforderungen vorbeigehe: Außerdem spiegelte das fächergebundene Prüfen Handlungskompetenzen nicht wieder.

Eine Leistungsmessung mit Bildungsstandards soll in Abschlussklassen stattfinden. Dabei stehe der gesamte Bildungsgang auf dem Prüfstand. Damit werde erreicht, dass die Schnittstelle Schule – Beruf offen gelegt werde. So erhalte man eine umfassende Rückmeldung des Systems. Die Rückkopplung der Testergebnisse betrifft die Testgruppen selbst allerdings nicht. Es wird also von einer Verwendung der Testergebnisse für die Notengebung abgesehen. Das bedeutet, dass die Ermittlung der Lernergebnisse Abschlussprüfungen nicht ersetzen soll. Die Standards erfüllen vielmehr den Zweck ein Feedback über den Unterrichtsertrag zu geben und Schülern eine Orientierung zu geben. Der Test, der nur eine Stichprobe betrifft, überprüft nachhaltig vor-

handene Kernkompetenzen in ausgewählten Gegenständen.

In diesem Instrument sieht Karoline Meschnigg einen praktikablen Steuerungsmechanismus, um zu gewährleisten, dass das Bildungssystem seinen Auftrag erfüllt.

### Märchenhafter Rahmen beim Festakt auf dem Pöstlingberg

Den gesellschaftlichen Höhepunkt der Jubiläumsveranstaltung bildete ohne Zweifel die Festveranstaltung am Pöstlingberg. Nachdem die Teilnehmer bei der Fahrt mit der steilsten Adhäsionsbahn Europas auch ein wirklich physisches „Alp-Gefühl“ erfahren hatten, durften sie bei der Grottenbahnfahrt abtauchen in eine phantastische Märchen- und Phantasiwelt. In dieser märchenhaften Umgebung wurden die Delegationen von

Sie sind die bayerischen Väter der arge-alp: Dietmar Leischner, Hermann Sauerwein und Othmar Doleschal (von links).



Der „Gewerkschaftsboss“ und der Landeschulrat: Das „Organisations-Dreamteam“ Albert Arzt (links) und Kurt Stockinger machte die Jubiläumsveranstaltung zu einem beeindruckenden Erlebnis.

Vizebürgermeisterin Cornelia Polli und Nationalrat Dr. Peter Sonnberger willkommen heißen. Dass der Festabend auch zu einem kulinarischen Erlebnis wurde, war dem professionellen Schüler-Lehrer-Catering-Team zu danken. Für den Festvortrag war Hermann Sauerwein gewonnen worden. Er kennt nicht nur die arge-alp seit ihrer „kaiserlichen“ Geburt, sondern versteht es auch meisterhaft die Geschichte in einer gelungenen Mischung aus sachlichem Rückblick, amüsanten Anekdoten, aber auch charmanthumorvollen Sticheleien Revue passieren zu lassen. So hielt er seinen Württembergern vor, dass sie eigentlich die Aufnahmebedingungen in die arge-alp in keiner Weise erfüllten, weil sie – ihr Werbeslogan dokumentiert es – nicht deutschsprachig seien und auch über keine stattlichen Berge

verfügten. „Die sind bei guter Föhnlage bestenfalls zu sehen.“ Da die Österreicher nicht einmal über freie Lehrerverbände verfügten, hätten sie erst später Aufnahme in die Gemeinschaft gefunden.

Das Gründungstrio habe somit aus Bayern, der Schweiz und Südtirol bestanden. Als Gründungsväter weist die Chronik Christian Obrecht, den Zentralpräsidenten des Schweizerischen Verbandes für beruflichen Unterricht, Dr. Karl Kupplwieser, den Landeschulreferenten am Inspektorat für das berufliche Schulwesen aus Bozen und Othmar Doleschal, den Vorsitzenden des Vorgängerverbandes VBB aus. Die Aktivitäten der zwei Jahrzehnte arge-alp sind in einer eigenen Festschrift dokumentiert. Herman Sauer-

wein würdigte die Leistungen der prägenden Persönlichkeiten der alpenländischen Berufsbildungslandschaft. Landeschulinspektor Kurt Stockinger bedankte sich bei den „Veteranen“ (wie Hofrat Dr. Gerold Heckle die Berufsbildungsexperten der ersten Stunde bezeichnete) der arge-alp mit sehr individuellen Geschenken, die Schüler einer seiner Glasfachschulen kunstvoll hergestellt hatten.

Hofrat Dr. Heckle lobte die in der arge-alp immer gepflegte gegenseitige Wertschätzung. Für die Tatsache, dass das „Gebilde arge-alp“ trotz fehlender institutionalisierter Strukturen so hervorragend funktioniert, fand er eine Parallele in der Biologie. Die Hummel sei wegen ihres Körperbaus physikalisch eigentlich flugunfähig. „Die

Hummel kümmert das nicht und fliegt trotzdem.“ Der Hofrat verschwiegen aber, dass dieses Hummel-Paradoxon längst aufgelöst ist. Und die Lösung eines gewissen Ch. Ellington liest sich wie die Begründung der Erfolgsgeschichte der arge-alp:

„Durch ihre Aktivitäten werden Wirbel erzeugt, die wiederum weiteren Auftrieb erzeugen und ihr somit auch mehr Auftrieb verschaffen, als es die Experten ursprünglich angenommen hatten.“

*Zum 20-jährigen Jubiläum der arge-alp wurde eine Broschüre aufgelegt. Interessierte Leser können diese bei der Geschäftsstelle des VLB anfordern.*

Europa stellt sich den Herausforderungen der Wissensgesellschaft:

## Eine wettbewerbsfähige Gesellschaft braucht hochwertige Berufsbildungssysteme

HANS PREISL

Der Europäische Rat formulierte im Jahr 2000 in Lissabon das ehrgeizige Ziel, die Europäische Union „zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Der Rat sieht die Europäische Union konfrontiert mit einem „Quantensprung, der aus der Globalisierung und den Herausforderungen einer neuen wissensbasierten Gesellschaft resultiert“. Dazu sei nicht nur eine Umgestaltung der Wirtschaft nötig, sondern auch ein „ambitioniertes Programm zur Modernisierung der Bildungssysteme“ erforderlich. Zwei Jahre später setzte das gleiche Gremium noch eins drauf: Europa sollte

„hinsichtlich der Qualität und Relevanz seiner allgemeinen und beruflichen Bildung als weltweites Vorbild“ anerkannt werden.

Der Entwicklung einer qualitativ hochwertigen beruflichen Bildung stehen bislang noch einige Hindernisse im Wege: Fehlende Kommunikation und Kooperation, sowie Barrieren zwischen Nationen und Institutionen blockieren häufig den Zugang zu Bildung und Ausbildung. Qualifikationen sind nicht transparent genug und es herrscht keine wirkliche Bereitschaft Qualifikationen anderer Länder anzuerkennen.

**Mobile Arbeitnehmer brauchen transparente Bildungsangebote**  
Deshalb haben 32 für Berufsbildung zuständige Minister im Communiqué von Maastricht 2004 Prioritäten für eine verstärkte europäische Zusam-

menarbeit in der Berufsbildung festgelegt. Zusammen mit europäischen Sozialpartnern und der Europäischen Kommission haben sie vereinbart einen „offenen und flexiblen Europäischen Qualifikationsrahmen“ zu entwickeln. Er soll als gemeinsamer Bezugsrahmen dienen, um Qualifikationen leichter anerkennen und übertragen zu können. Wenn nämlich Arbeitskräfte und Lernende zunehmend mobil werden und zunehmend Ausbildungsangebote aus unterschiedlichen Ländern nachfragen, spielt die Bezugnahme auf einen Qualifikationsrahmen eine immer bedeutendere Rolle.

Im März 2005 schuf der Europäische Rat schließlich das entsprechende politische Mandat, indem er für das Jahr 2006 die Verabschiedung eines European Qualifications Framework (EQF) forderte. An diesem EQF soll der Benutzer ablesen können, wie sich die in unterschiedliche nationale Systeme eingebetteten Qualifikationen aufeinander beziehen. Er stellt also lediglich einen Meta-Rahmen dar, der die Verbindung zwischen verschiedenen nationalen Qualifikationsrahmen herstellen soll.

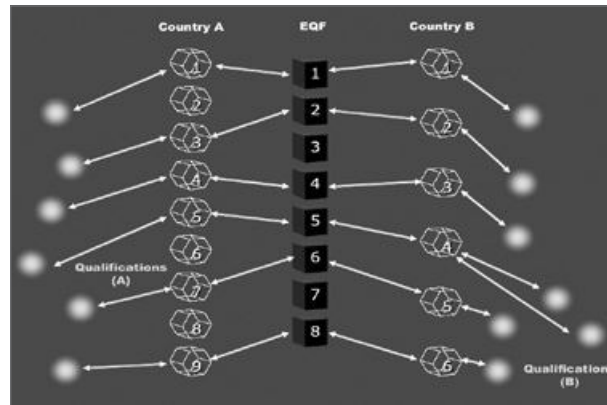
### Der Europäischen Qualifikationsrahmen macht Bildungsangebote vergleichbar

Ein EQF würde als Übersetzungssystem als Umrechner fungieren, der die Einordnung und den Vergleich von Lernergebnissen ermöglicht. Das von einer Expertengruppe erarbeitete Referenzsystem sieht eine in acht Stufen unterteilte Struktur vor.

Jede Ebene in diesem Referenzsystem beschreibt Merkmale, welche die jeweiligen Qualifikationen auszeichnen (siehe Tabelle). Die Expertengruppe empfiehlt, die Qualifikationen auf allen Stufen so zu beschreiben, dass nach drei Arten von Lernergebnissen differenziert wird:

- Kenntnisse,
- Fertigkeiten und
- Kompetenzen im weiteren Sinne (persönliche und fachliche Kompetenzen).

Das EQF wäre damit so konstruiert, dass nationale Qualifikation von



die Verbesserung der Qualität und ermöglichen ihre Anerkennung auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt.

Die jetzt vorliegenden Vorschläge werden bis Ende Dezember einen umfassenden Konsultationsprozess durchlaufen. Der Entwurf kann kri-

tisch bewertet werden und konstruktive Anregungen können Aufnahme finden. Die Europäische Kommission erwartet eine intensive Teilnahme aller am Bildungsgeschehen beteiligten Akteure. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In der ersten Hälfte des Jahres 2006 soll dann ein förmlicher Vorschlag über einen EQF von der Kommission vorgelegt werden.

den nationalen Experten und zuständigen Stellen einem bestimmten EQF-Niveau zugeordnet werden können. Es ist dann Sache der nationalen Behörden, den Bezug der Qualifikationen eines bestimmten Landes zum EQF festzulegen. Das EQF bildet also einen neutralen Bezugspunkt für die Entwicklung nationaler Qualifikationsrahmen. Diese nationalen Qualifikationsrahmen haben verschiedene Entwicklungsstadien in den 32 beteiligten Ländern erreicht.

### Bildungsstandards formulieren Anforderungen an das Lernen

In Deutschland hat dazu eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingerichtete Expertenkommission eine Expertise zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards vorgelegt. Diese Bildungsstandards formulieren Anforderungen an das Lernen in der Schule. Zum Maßstab werden dabei die erwünschten Lernergebnisse bei den Schülerinnen und Schülern. Dabei werden Kompetenzen benannt, welche die Schule vermitteln muss, damit sie bestimmte Bildungsziele erreicht. Diese Kompetenzen werden so konkret beschrieben, dass sie in Aufgabenstellungen umgesetzt und durch Testverfahren erfasst werden können. Damit stellen Bildungsstandards ein Referenzsystem zur Verfügung, das Einordnung und Vergleich von Lernergebnissen zulässt. Aufgabe des EQF ist es nun die Verbindung herzustellen zwischen den in den vielfältigsten nationalen und auch sektoralen Rahmenwerken klassifizierten Qualifikationen. Damit schaffen sie eine Voraussetzung für

### Als Orientierung dienende Zusammenfassung der EQF-Stufen

#### EQF Stufe Kurze Zusammenfassung der Qualifikationsniveaus

**EQF Stufe 1** Qualifikationen der Stufe 1 umfassen grundlegende allgemeine Kenntnisse und Fertigkeiten sowie die Fähigkeit, in einem strukturierten Kontext einfache Aufgaben unter direkter Anleitung auszuführen. Die Entwicklung von Lernkompetenz erfordert eine strukturierte Unterstützung. Diese Qualifikationen sind nicht berufsspezifisch und werden oft von Personen angestrebt, die noch keine Qualifikation besitzen.

**EQF Stufe 2** Qualifikationen der Stufe 2 umfassen ein begrenztes Spektrum an im Wesentlichen konkreten und allgemeinen Kenntnissen, Fertigkeiten und Kompetenzen. Die Kompetenzen werden in einem angeleiteten Kontext angewandt. Lernende lernen bis zu einem gewissen Grad eigenverantwortlich. Einige dieser Qualifikationen sind berufsspezifisch, die meisten umfassen jedoch eine allgemeine Vorbereitung auf Arbeit und Lernen.

**EQF Stufe 3** Qualifikationen der Stufe 3 umfassen eine breite Allgemeinbildung und fachspezifische praktische sowie grundlegende theoretische Kenntnisse; außerdem umfassen sie die Fähigkeit, Aufgaben nach Anweisung auszuführen. Lernende lernen eigenverantwortlich und verfügen über gewisse praktische Erfahrungen in einem spezifischen Arbeits- oder Lernbereich.

**EQF Stufe 4** Qualifikationen der Stufe 4 umfassen signifikante fachspezifische praktische und theoretische Kenntnisse und Fertigkeiten. Darüber hinaus umfassen sie die Fähigkeit, fachspezifische Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen anzuwenden, Probleme selbstständig zu lösen und andere zu beaufsichtigen. Lernende lernen selbstgesteuert und verfügen über praktische Arbeits- und Lernerfahrungen in üblichen oder neuen Zusammenhängen.

**EQF Stufe 5** Qualifikationen der Stufe 5 umfassen breit angelegte theoretische und praktische Kenntnisse einschließlich Kenntnisse, die für einen spezifischen Arbeits- oder Lernbereich relevant sind. Darüber hinaus umfassen sie die Fähigkeit, Kenntnisse und Fertigkeiten zur Entwicklung strategischer Lösungen für genau definierte abstrakte und konkrete Probleme anzuwenden. Die Lernkompetenz auf dieser Stufe ist Grundlage für autonomes Lernen, und die Qualifikationen stützen sich auf operative Interaktionen in Arbeits- und Lernsituationen einschließlich Personalführung und Projektleitung.

**EQF Stufe 6** Qualifikationen der Stufe 6 umfassen detaillierte theoretische und praktische Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen im Zusammenhang mit einem Lern- oder Arbeitsbereich, die teilweise an die neuesten Erkenntnisse im jeweiligen Fachgebiet anknüpfen. Diese Qualifikationen umfassen außerdem die Anwendung von Kenntnissen in den Bereichen Formulieren und Vertreten von Argumenten, Problemlösung und Urteilsfindung unter Einbeziehung sozialer und ethischer Aspekte. Qualifikationen auf dieser Stufe umfassen Lernergebnisse, die für einen professionellen Ansatz bei Tätigkeiten in einem komplexen Umfeld geeignet sind.

**EQF Stufe 7** Qualifikationen der Stufe 7 umfassen selbstgesteuertes theoretisches und praktisches Lernen, das teilweise an die neuesten Erkenntnisse im jeweiligen Fachgebiet anknüpft und die Grundlage für eine eigenständige Entwicklung und Anwendung von Ideen – häufig in einem Forschungszusammenhang – darstellt. Diese Qualifikationen umfassen außerdem die Fähigkeit, Wissen zu integrieren und Urteile zu formulieren, die soziale und ethische Fragestellungen und Verantwortlichkeiten berücksichtigen und Erfahrungen mit der Bewältigung des Wandels in einem komplexen Umfeld widerspiegeln.

**EQF Stufe 8** Qualifikationen der Stufe 8 umfassen die systematische Beherrschung eines hoch spezialisierten Wissensgebiets und die Fähigkeit zur kritischen Analyse und Synthese neuer und komplexer Ideen. Außerdem umfassen sie die Fähigkeit, substantielle Forschungsprozesse zu konzipieren, zu gestalten, zu implementieren und zu adaptieren. Darüber hinaus umfassen diese Qualifikationen Führungserfahrung im Bereich der Entwicklung neuer und kreativer Ansätze, die vorhandenes Wissen und die professionelle Praxis erweitern und erneuern.

### Personalratswahlen 2006 – jetzt geht's los:

## Mitbestimmen – Mitwirken – Mitgestalten

Die turnusmäßigen Personalratswahlen 2006 finden in der Zeit vom 9. bis 11. Mai 2006 statt.

Im 25-köpfigen Hauptpersonalrat sind die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen mit zwei Personen vertreten: Wolfgang Lambl und Horst Hackel – beide aus der Liste Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB). Erreicht die Liste des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen bei den Personalratswahlen im Mai 2006 wieder ein Ergebnis von über 67 Prozent der abgegebenen Stimmen, würden wieder beide Sitze dem VLB zufallen.

### Bildung der Wahlvorstände

Für die Durchführung der PR-Wahlen sind vom bestehenden Personalrat bis spätestens 9. Dezember 2005 örtliche Wahlvorstände zu bestellen.

Auch die Personalratsmitglieder können als Mitglieder des Wahlvorstandes bestellt werden.

Die Wahlvorstände sind für die ordnungsgemäße Durchführung der PR-Wahlen verantwortlich.

Die Wahlvorstände haben dabei folgende Aufgaben:

- Feststellung der Zahl der Beschäftigten und Wahlberechtigten der Dienststelle (Schule)
- Verteilung auf die Gruppen und Anteil von Männern und Frauen
- Korrespondenz mit dem Bezirkswahlvorstand der jeweiligen Bezirksregierung
- Aushang und ev. Ausfüllen der zugesandten Rundschreiben und Bekanntmachungen
- Durchführen der Wahlen vom 9. bis 11. Mai 2006

Die Dienststelle ist verpflichtet, den Wahlvorstand bei der Erfüllung seiner Aufgaben in jeder Weise zu unterstützen (vgl. dazu Art. 24 BayPVG).

### Schulung der Wahlvorstände

Der Hauptpersonalrat wird die Wahlvorstände in Zusammenarbeit mit

dem Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) vorbereiten. Die eintägigen Schulungsveranstaltungen finden in allen Regierungsbezirken statt.

#### Schwaben

12. Januar 2006, Memmingen

#### Oberfranken

18. Januar 2006, Bayreuth

#### Oberbayern

23. Januar 2006, Freising

#### Niederbayern

30. Januar 2006, Straubing

#### Unterfranken

6. Februar 2006, Würzburg

#### Mittelfranken

9. Februar 2006, Ansbach

#### Oberpfalz

13. Februar 2006, Schwandorf

Die Einladungen zu diesen Veranstaltungen werden den Wahlvorständen gesondert zugeschickt.

Der Hauptpersonalrat bittet, wenn möglich in diesem örtlichen Wahlvorstand mitzuarbeiten und bittet um Unterstützung bei der Durchführung der Personalratswahlen 2006.

Wolfgang Lambl

## Stellungnahme des Bundesrates zum Strukturreformgesetz

Der Bundesrat hat in seiner 815. Sitzung am 14. Oktober 2005 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Bundesrat sieht die von der Bundesregierung dargelegte Notwendigkeit einer Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts und begrüßt grundsätzlich insbesondere die mit dem Gesetzentwurf angestrebte Stärkung des Leistungsgedankens. Die Förderung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter durch ein zukunftsweisendes Statusrecht und eine stärker an der individuellen Leistung orientierten Bezahlung ist deshalb auch ein wesentliches Anliegen des Bundesrates.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung jedoch, den Gesetzentwurf zu überarbeiten und gegebenenfalls vorliegende Ergebnisse der Föderalismusdiskussion zu berücksichtigen.

Der Gesetzentwurf ist in der vorliegenden Fassung insbesondere wegen

des vorgesehenen dauerhaften Nebeneinanders von zwei unterschiedlichen Bezahlungsregelungen rechtlich überaus kompliziert und damit für den Verwaltungsvollzug nur schwer umsetzbar sowie für die Betroffenen wenig transparent. Außerdem erfordert er einen bürokratischen und damit einhergehend einen finanziellen Mehraufwand, dessen Notwendigkeit auch vor dem Hintergrund der grundsätzlich unterstützten Modernisierung des Dienstrechts einer sorgfältigen Prüfung bedarf.

Die Umsetzung des Gesetzes zwingt zu umfangreichen normativen Folgeregelungen einschließlich Verwaltungsvorschriften. Dies führt zwangsläufig und dauerhaft zu einem spürbaren Personalmehraufwand, der nur durch eine zügige und vollständige Umstellung auf ein einheitliches Bezahlungssystem zu rechtfertigen wäre. Zusätzlich beschränken die im Gesetz enthaltenen Vorgaben für die Vergabe der leistungsabhängigen Be-



zugesandte Länder in ihrem Gestaltungsspielraum, beispielsweise durch die zwingende Vorgabe einer mindestens im Zweijahresturnus durchzuführenden allgemeinen Beurteilungsrunde. Angesichts der Kosten des Verfahrens zur Leistungsfeststellung, das neben den beamtenrechtlichen Beurteilungsverfahren neu entwickelt werden müsste, muss die Ausgestaltung den Ländern überlassen werden. Verschärfend tritt hier hinzu, dass manche Länder in einigen Verwaltungsbereichen erstmals ein Beurteilungssystem einführen müssten.

Die dadurch insgesamt verursachten höheren Verwaltungskosten werden im Gesetzentwurf nicht beziffert und daher bei der vorgesehenen Gegenfinanzierung (Umbau der Tabelle, Absenkung des bisherigen Endgrundgehalts, Streichung des Ehegattenanteils im Familienzuschlag und anderer Zulagen) nicht berücksichtigt. Es ist sicherzustellen, dass die neue Leistungsbezahlung kostenneutral ausgestaltet wird. Die zugrunde liegenden Finanzierungsgrundlagen sind im Gesetzentwurf detailliert darzustellen.

Wolfgang Lambl

## In eigener Sache

VLB akzente hat im Oktoberheft (Seite 7 ff) über den Fortbildungstag für Dienstanfänger berichtet. Referendare erhielten Informationen aus erster Hand. Die hohe Informationsdichte bedeutet für den Berichterstatter eine besondere Herausforderung. Nicht jeder Sachverhalt kann in der gewünschten Komplexität dargestellt werden. So berücksichtigt manche Zuspitzung im Bericht über das gehaltvolle Referat des Ministerialrats Georg Hirner vom bayerischen Kultusministerium zu wenig den Gesamtzusammenhang.

Dadurch erscheint die eine oder andere sprachliche Verdichtung als unangemessene Schärfe. So wird etwa das sinnvolle Ziel eines ausgeglichenen Haushalts schnell als Sparpolitik abgetan oder ein sektoraler Engpass in Metall und Elektro bläst sich als eklatanter Lehrermangel auf. Die Begründung für die Unwahrscheinlichkeit weiterer Arbeitszeiterhöhungen erweckt im Bericht gar den Eindruck, dass die aktuelle Lehrerbelastung die Kollegen jetzt schon zusammenbrechen lasse.

Sollten bei den Lesern u.a. solche Eindrücke entstanden sein, so ist dies auf die pointierte Schärfe des Berichts zurückzuführen und entspricht nicht der Intention des Redebeitrags. Dafür bitten wir um Nachsicht.

Diejenigen, die bei der Veranstaltung dabei waren, wissen die Aussagen einzuordnen.

Redaktion VLB-akzente

Oberverwaltungsgericht verweist aber auf gesetzliche Obergrenze:

## Beihilfekürzungen für Beamte sind rechtens

Die Kürzungen der Beihilfen für Beamte im Krankheitsfall sind rechtens, wenn sie deren „amtangemessenen Lebensunterhalt“ nicht gefährden. Das entschied das Oberverwaltungsgericht Koblenz. Zur Begründung verwies die Richterin auf die gesetzliche Deckelung der Beihilfekürzungen von zwei Prozent des Einkommens und einem Prozent bei chronisch Kranken. Die Richterin bestätigte damit ein Verwaltungsgerichtsurteil vom April. In dem Fall war ein pensionierter Regierungsoberamtsrat die Beihilfe für Arzneimittel und Fahrtkosten um einen Eigenanteil von 285,57 Euro gekürzt worden. Dagegen und gegen die Kürzung der Beihilfe in Höhe der Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal hatte der Mann geklagt. Er argumentierte, dass er ebenso wie seine Ehefrau chronisch krank sei und sie bereits erhebliche Aufwendungen und Eigenanteile für die Gesundheitsversorgung tragen müssten. Nachdem er vor dem Koblenzer Verwaltungsgericht gescheitert war, ging er in Revision. Die Verwaltungsrichterin erklärte nun, die Beihilfeminderung ver-

stoße nicht gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Zwar dürfe der angemessene Lebensunterhalt des Beamten nicht durch besondere finanzielle Belastungen in Krankheitsfällen gefährdet werden. Die so genannten Kostendämpfungsmaßnahmen seien aber in diesem Fall zulässig, wenn die nicht versicherbare Eigenbeteiligung auf einen Betrag von weniger als einem Prozent des Jahreseinkommens begrenzt bleibe. Dies sei bei dem Kläger der Fall. Revision wurde nicht zugelassen. Bundesbeamte erhalten eine Beihilfe von 50 bis 80 Prozent der Aufwendungen im Krankheitsfall. Den davon nicht gedeckten Anteil können sie privat versichern. Im Zuge der Gesundheitsreform hatte die Bundesregierung Leistungseinschränkungen der gesetzlichen Krankenversicherung auf die beamtenrechtliche Krankenfürsorge übertragen. Demnach wird die Beihilfe wegen der Praxisgebühr um zehn Euro pro Quartal gekürzt, die Bemessungsgrundlage der Beihilfe für Arznei- und Verbandsmittel sinkt um fünf bis höchstens zehn Euro. (AP)

Aus- und Weiterbildung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer an beruflichen Schulen:

## Erste Fachtagung am Staatsinstitut in Ansbach

REINHOLD KÜFNER

Zur ersten Fachtagung zum Thema Aus- und Weiterbildung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern an beruflichen Schulen in Ansbach hatte der VLB eingeladen, verantwortlich für Planung und Durchführung zeichnete der Arbeitskreis Fachlehrer. Erfreut konnte der Landesvorsitzende Hans Käfler Anfang Oktober einen kompetenten Kreis von Teilnehmerinnen und Teilnehmern begrüßen.

Neben dem Hausherrn, Georg Krax, seinem Stellvertreter, Klaus Reiser und deren Mitarbeiter, Norbert Loos, waren die Mitglieder im Ausschuss für Jugend, Bildung und Kultur des Bayerischen Landtages, Karin Pranghofer (SPD), Simone Tolle (Die Grünen) und Gerhard Wägemann (CSU), MR Georg Hirner von der Abteilung berufliche Schulen des Ministeriums für Unterricht und Kultus, Wolfgang Lambl, Hauptpersonalrat und stellvertretender Landesvorsitzender des VLB, die Bezirksvorsitzende des VLB in Unterfranken, Dorothea Helbig, der Sprecher der Gruppe der Schulleiter im VLB, Reinhard Burger, eine Reihe von Mentoren der Fachlehrerausbildung und die Mitglieder des Arbeitskreises Fachlehrer im VLB anwesend.

Als moderierender Diskussionsleiter der Tagung fungierte Theodor Laugsch, Mitglied des VLB, der seinen Part in der gewohnt sachlichen und sehr zielführenden Art und Weise ausführte.

**Schulpraktisches Handeln wird zu häufig diskutiert und zu selten demonstriert**

Das in der Überschrift genannte Thema war der Titel des Referats von Dr. Willi Brunkow, einem der Hauptverantwortlichen des Modellversuchs MoF@bS in Niedersachsen. Am Ende

dieses Modellversuchs stand bekanntlich eine völlig neu geordnete Aus- und Weiterbildung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer an beruflichen Schulen in diesem Bundesland.

„Eine zeitgemäße Lehrerbildung hat seminardidaktisch die Formalismen einer bezüglich des Unterrichtes als überholt angesehenen curricularen Didaktik und einer belehrenden Methodik zu meiden und Lehrerpersönlichkeit zu begreifen. Es sind Anstrengungen zu unternehmen, um die angehende Lehrergeneration nicht nur zeitgemäß auszubilden, sondern sie auf die zukünftigen Handlungs-Situationen an den berufsbildenden Schulen vorzubereiten. Um den bevorstehenden Handlungsanforderungen professionell und effizient begegnen zu können, sollten zukünftige Lehrerinnen und Lehrer nicht nur vielfältige Möglichkeiten der Lerngestaltung kennen lernen, sondern sie müssen diese in unterrichtlichen Handlungsprozessen auf der Grundlage konkreter eigener Lernerfahrungen internalisieren! Es reicht eben nicht, Methoden rein kognitiv in Seminaren und Vorträgen kennen zu lernen. Hier gilt es, Abschied zu nehmen von seminardidaktischen Belehrensmustern, in denen die angehenden Lehrer in Seminarveranstaltungen zu oft fern von Schülerinnen und Schülern auf ihre Aufgabe vorbereitet werden sollen. Auch Lehren lernen ist ein Prozess, der am besten durch konkrete Erfahrungen vom Lernenden selbst aktiv handelnd gestaltet werden kann. Es ist die Aufgabe der Seminare, dafür günstige, auf die Schulpraxis bezogene Gelingensbedingungen bereit zu stellen.“

Die oben zitierten Aussagen von Dr. Brunkow, der in seinem Referat die Grundzüge der niedersächsischen Reform der Fachlehrerausbildung an beruflichen Schulen vorstellte, bilde-

ten den Kernpunkt seiner Ausführungen. Im Übrigen legte er Wert auf die Feststellung, dass er keinesfalls der „Besserwisser“ aus dem hohen Norden sein wolle, sondern lediglich die Hintergründe und Erfahrungen aus seinem Bundesland als Grundlage für eine innovative Diskussion darstellen wolle. Dies ist ihm voll gelungen, wie der weitere Verlauf der Tagung zeigte.

**Fachlehrer an beruflichen Schulen tragen ein hohes Maß an Verantwortung in der dualen Berufs-Ausbildung**

Diese Aussage stellte der Landesvorsitzende des VLB, Hans Käfler an den Anfang seiner Ausführungen zur Arbeit der Fachlehrer an den beruflichen Schulen. Er betonte, wie wichtig es sei, dass die Fachlehrerausbildung vor der Tätigkeit als Fachlehrer stehe – mit Ausnahme einer gewissen „Schnupperphase“ im Vorfeld der Ausbildung. In diesem Zusammenhang hob er den guten Ruf des Staatsinstituts IV in Ansbach hervor. Im weiteren Verlauf seines Diskussionsbeitrages wies er auf die veränderten Bedingungen für die Tätigkeit der Fachlehrerinnen und Fachlehrer hin und mahnte im Besonderen die Flexibilisierung des Pflichtstundenmaßes an, vor allem vor dem Hintergrund der Lernfeldproblematik.

**Berufsschüler werden von beiden Lehrergruppen an beruflichen Schulen unterrichtet**

Der Leiter des Staatsinstituts Georg Krax wies im Laufe der Tagung mehrmals auf die Wichtigkeit der grundlegenden Ausbildung der künftigen Fachlehrerinnen und Fachlehrer an beruflichen Schulen in den Bereichen der allgemeinen Pädagogik, Didaktik und Psychologie hin und forderte eine enge Zusammenarbeit der an der Ausbildung beteiligten Mentoren mit dem Staatsinstitut, welches zugleich deren Weiterbildung übernehmen solle.

Großen Wert legte Krax auf eine begleitende Betreuung der Fachlehreranwärter und Fachlehreranwärterinnen in Bezug auf Teamfähigkeit, Rhetorik sowie handlungsorientiertes Lehren und Lernen während der Ausbildungszeit.

### Praxischock vor und nach der Ausbildung zum Fachlehrer?

Diese Frage beantworteten einige der anwesenden Mentoren und Arbeitskreismitglieder mit einem ehrlichen „ja“. Freimütig räumten sie ein, dass es naturgemäß zu einer gravierenden Umstellung käme, wenn man als Meister eines Betriebes plötzlich die fachpraktischen Lerninhalte eines Berufes in den verschiedenen Jahrgangsstufen vermitteln solle. Erstaunlicher war allerdings die unwidersprochene Aussage, dass nach der Ausbildung am Staatsinstitut erneut ein „Praxischock“ auftrete. Dann nämlich, wenn die frisch ausgebildete Fachlehrerin, der frisch ausgebildete Fachlehrer feststelle, dass er aufgrund der zeitlichen Überbelastung mit Unterrichtsstunden, permanenter Vorbereitung und vielfältiger Verwaltungsarbeit nicht in der Lage sei, einen Unterricht abzuliefern, wie er während der Ausbildung idealisiert wurde, beziehungsweise wie er ihn gerne halten würde.

Hier fordert deshalb der VLB ein so genanntes „erstes begleitetes Dienstjahr“ nach der Fachlehrerausbildung. Trotz der angespannten Finanzlage ist es unumgänglich, dass sich die Fachlehrerinnen und Fachlehrer während des ersten Dienstjahres in einer seminarähnlichen Weiterbildung bei einem reduzierten Stundenmaß die speziellen Anforderungen ihres Berufsfeldes und hier vor allem die vertiefte berufsfeldbezogene Fachdidaktik aneignen. Es kann nicht sein, dass die Lehrkräfte des Höheren Dienstes nach ihrem Studium zwei Jahre behutsam als Referendare auf ihren Schuldienst vorbereitet werden und die Lehrer des gehobenen Dienstes, die dieselben Schüler unterrichten, sofort nach ihrer Ausbildung mit dem vollen Stundenmaß tätig werden müssen.

Dies ist unter anderem auch darum von größter Wichtigkeit, weil sich die technologischen Bedingungen eines Berufes häufig in rascher Abfolge ändern. Und das betrifft sofort auch die fachpraktischen Lerninhalte. Für den AK-Fachlehrer im VLB ist es außerdem eine Selbstverständlichkeit, dass bei dieser Phase der Aus- und Weiterbildung der Grundsatz Fachlehrer/in-



Von links: Dr. Willi Brunkow bei seinem Referat – aufmerksame Zuhörer: Hans Käfler (VLB), Georg Hirner (KM) und Georg Krax (SI).

nen bilden Fachlehrer/innen aus zu gelten hat.

### Die neue ZAPOFIB ist unter Dach und Fach

MR Georg Hirner merkte in einem kurzen Beitrag an, dass die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachlehrer an beruflichen Schulen so gut wie fertig sei. Dennoch wurden die beschriebenen Anregungen, Bitten und Forderungen natürlich in erster Linie an ihn und an die Vertreter der politischen Parteien gerichtet, in der Hoffnung, dass die entsprechenden Fachstellen, hier eben die Abteilung „Berufliche Schulen“ im Staatsministerium für Unterricht und Kultus, die Notwendigkeit bestimmter Inhalte der Aus- und Weiterbildung aller Lehrkräfte erkennen, mittragen und befürworten. MR Hirner hat hier ein gewisses Verständnis für einige Vorschläge gezeigt.

In kurzen Beiträgen skizzierten die eingeladenen Vertreter des Ausschusses für Jugend, Bildung und Kultur ihre Sichtweise zur Lehrerbildung allgemein und je nach Wissensstand zur Fachlehrerausbildung im Besonderen. Gerhard Wägemann, der Vertreter der CSU betonte, dass das bayerische System offenbar nicht so schlecht sei, jedoch einige Schwachstellen ausgemerzt werden sollten. Seine Aussage, Fachlehrer seien wichtig für den Bestand des Systems, sorgten für die notwendige Praxisnähe und sollten mit den Kolleginnen und Kollegen des Höheren Dienstes auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten, nahmen die

Tagungsteilnehmer erfreut zur Kenntnis. Karin Pranghofer (SPD) bekannte sich zu den Lernfeldern und betonte, dass beste Bildung für Lehrer und Schüler anzustreben sei. Sie unterstrich, Lehrergruppen an einer Schule könne man nicht ohne negative Konsequenzen trennen. Außerdem befürwortet sie Module bei der Aus- und Weiterbildung sowie eine weitgehend selbständige Schule. Simone Tolle (Die Grünen) bevorzugt eine Lehrerausbildung an zentralen Ausbildungsstätten und findet die Unterscheidung verschiedener Lehrergruppen als demütigend. Sie ist jedoch genauso für eine praxisnahe Ausbildung, besonders für Lehrer an beruflichen Schulen.

### Fachlehrerproblematik intensiv und sachlich diskutiert

Die Mitglieder des Arbeitskreises Fachlehrer im VLB und der Referat für Fachlehrerfragen, Reinhard Küffner, zogen zum Abschluss der Fachtagung ein insgesamt positives Resümee. Wurde doch bisher eher selten so sachlich und konstruktiv über die Aus- und Weiterbildung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer diskutiert. Allen Teilnehmern ist aber klar, dass Veränderungen und Verbesserungen allenfalls in kleinen Schritten vollzogen werden. Küffner betonte bei seinem Dank an die Tagungsteilnehmer, dass für den Arbeitskreis in nächster Zeit intensivste Überzeugungsarbeit zu leisten sei und Fachtagungen dieser Art hoffentlich zu einer ständigen Einrichtung würden. <

## Wo bleibt der Respekt für die Lehrer?

### HANS KÄFLER

Bei den Beamten, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand verabschiedet werden, sind Lehrerinnen und Lehrer weit überdurchschnittlich vertreten. Betrachtet man ihren Krankheitsverlauf genauer, so entdeckt man häufig eine typische Mischung miteinander vernetzter Ursachen, die letztendlich zur Berufsunfähigkeit führt. Ein vielfach beschriebenes Problem ist die Unsicherheit, die daher rührt, dass Erfolge häufig nicht nur schwer messbar und besonders auf dem Gebiet der Erziehung nur mit viel Energie und Konsequenz anzubahnen sind. Erschwerend kommt hinzu, dass neben Elternhaus und Schule viele weitere zum Teil äußerst effektive „Miterzieher“ am Werke sind, deren Wirkung ganz und gar nicht im Sinne der Eltern und Lehrer liegt. Nach dem Motto „gemeinsam sind wir stark“ wäre eigentlich zu erwarten, dass sich die Lehrkräfte und die Eltern zusammentun, um diesen Fremdeinflüssen gemeinsam entgegen zu wirken. Bekanntermaßen führt dieses gemeinsame Interesse aber nur zu punktuellen Kooperationen. Neben Gleichgültigkeit prägen nicht selten sogar Misstrauen und Abneigung das Verhältnis zwischen Eltern und Lehrern. Nicht einmal zwischen den Lehrkräften, die in einer Klasse unterrichten, ist in jedem Fall sicher gestellt, dass sie ihre Erziehungsziele abgesprochen haben und versuchen, Schwierigkeiten gemeinsam anzugehen. Wenn Teamarbeit Entlastungspotenzial für Lehrerinnen und Lehrer bietet, dann ganz sicher hier! Große Klassen, Zeitdruck, ein Übermaß an Verwaltungsarbeiten und der noch einmal angestiegene Umfang der Unterrichtsverpflichtung erschweren natürlich die Kooperation untereinander, machen sie andererseits aber umso notwendiger. Ohne wirksame Unterstützungssysteme riskieren wir

auch weiterhin eine dauernde psychische Überlastung vieler engagierter Lehrerinnen und Lehrer. Gesundheitliche Störungen bis zur Berufsunfähigkeit sind die logischen Folgen.

### Wunsch nach Anerkennung

Fragt man Lehrkräfte, was sie sich wünschen würden, so hört man interessanterweise den Wunsch nach Anerkennung der geleisteten Arbeit mindestens ebenso häufig wie den nach Entlastung. Dass Menschen den Erfolg ihrer Anstrengungen auch erleben wollen, ist nur natürlich. Da dies im Lehrerberuf – wie oben angedeutet – eher selten der Fall ist, werden Herabsetzungen und Vorurteile umso deutlicher wahrgenommen. Energie erwächst aber aus Erfolgserlebnissen und Anerkennung. Die auch von politischen Entscheidungsträgern immer wieder geäußerten Vorurteile gegenüber Lehrerinnen und Lehrern, ein Verhalten, das in anderen Ländern höchst selten zu beobachten ist, verbessert die subjektive Belastungssituation von Lehrkräften sicherlich nicht. Ein typisches Beispiel für diese subtilen Herabsetzungen ist der regelmäßig geäußerte Unsinn, dass die Größe einer Klasse keinen Einfluss auf ihre Leistungen habe. Die unausgesprochene Fortsetzung, die bei den Lehrkräften ankommt, lautet: „Habt Euch nicht so wegen der paar Schüler, nach dem Krieg waren die Klassen noch größer!“ Jede erfahrene Lehrkraft weiß aber, dass Leistung mehr ist als das, was in Schulaufgaben abgeprüft werden kann. Wenn Lehrkräfte einen erheblichen Teil ihrer Zeit und Kraft auf die Disziplin in ihren überdimensionalen Klassen verwenden müssen, dann kommt Lernen zwangsläufig zu kurz. Anerkennung durch politische Entscheidungsträger kann sich deshalb nicht darin erschöpfen, den Lehrkräften hin und wieder zu versichern, dass ihre Anstrengungen gesehen und gewürdigt würden. Anerkennung und

Respekt äußern sich auch und vor allem darin, für Rahmenbedingungen zu sorgen, in denen Lehrkräfte nicht gezwungen sind, sich selbst auszubehüten, um ihren eigenen Ansprüchen zu genügen.

Weder unsere Sozialsysteme noch die Schule können sich diese Ressourcenverschwendung auf Dauer leisten. Dafür sind diejenigen, die zu einem erheblichen Teil dafür sorgen, dass unsere Kultur tradiert wird, die wesentlich zur Bildung und damit zur Lebendigkeit unserer Jugend beitragen, viel zu wertvoll! Wo werden denn demokratisches Verhalten, der Umgang mit außerfamiliären Autoritäten, Kulturtechniken eingeübt? Wo wird die Neugier für lebenslanges Lernen grundgelegt? Wer vermittelt Bildung, wenn nicht die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule?

Solange wir in einer Situation arbeiten, die zur Selbstausbeutung führt, sind wir allerdings auch aufgerufen, uns – soweit das möglich ist – selbst zu helfen. Das beginnt mit der notwendigen Selbstbeschränkung bei ausufernden Vorbereitungsarbeiten und umfasst sicherlich auch die Möglichkeiten, die Teamarbeit, kollegiale Beratung und Absprachen mit Kolleginnen und Kollegen bieten. Darüber hinaus sollten wir uns nicht genieren, den Respekt für unsere wichtige Arbeit im Interesse unserer Gesellschaft auch einzufordern. Im Urlaub den eigenen Beruf zu verleugnen, nur um dummen Bemerkungen zu entgehen, ist zwar verständlich, hilft uns aber nicht weiter. <



Die Autoren Christian Alt und Marion Götz, beides Lehrkräfte im Bankenbereich an der Berufsschule in Schwandorf, haben sich mit den strukturellen Veränderungen im Bankgewerbe und ihre Auswirkungen auf den Berufsschulunterricht im Ausbildungsberuf Bankkaufmann/Bankkauffrau auseinandergesetzt. Sie werden in loser Folge über diese Veränderungen in VLB-akzente berichten.

## Veränderungen im Bankgewerbe Teil 1:

# Veränderte Rahmenbedingungen im Privatkundenmarkt und ihre Bedeutung für den Ausbildungsberuf Bankkaufleute

CHRISTIAN ALT

### Ausgangssituation

Das Bankgewerbe befindet sich in einem Prozess struktureller Veränderungen. Das Privatkundengeschäft der Kreditinstitute ist hierbei aufgrund von verändertem Kundenverhalten, einem Rückgang der Kundenbindung an eine Bank sowie einem gestiegenen Erwartungsniveau der Kunden hinsichtlich Qualität und Effizienz von Finanzdienstleistungen in besonderem Maße betroffen.<sup>1</sup> Auch der technische Fortschritt im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologie sowie globale Tendenzen zur Deregulierung bzw. Integration der Finanzmärkte stellen eine große Herausforderung für die Banken dar.<sup>2</sup> Dies hat zur Folge, dass eine der Schlüsselaufgaben der Kreditinstitute seit einigen Jahren in der Restrukturierung ihrer bestehenden Unternehmens- und Vertriebsstruktur liegt – wollen sie den Anschluss an die Zukunft nicht verpassen.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund sind sowohl die neuen Vertriebs-Philosophien der Banken zu sehen, neben den herkömmlichen Vertriebsformen neue Wege zum Kunden zu erschließen, als auch die Veränderungen im Anforderungsprofil an die Mitarbeiter. Dass diese strukturellen Veränderungen zu Auswirkungen auf die Ausbildung im Beruf Bankkauf-

mann/Bankkauffrau führen, versteht sich von selbst.

### Veränderte Rahmenbedingungen im Privatkundenmarkt

Um die Veränderungen im Bankensektor nachvollziehen zu können, muss man sich mit den veränderten Rahmenbedingungen auseinandersetzen. Unter Rahmenbedingungen versteht man auf ein Unternehmen einwirkende Gegebenheiten, die nicht von ihm beeinflusst werden können. Die Einbeziehung der vorliegenden Rahmenbedingungen in den Entscheidungsprozess der Banken hinsichtlich der Vertriebs- und damit auch hinsichtlich der Personalstruktur ist somit unumgänglich. Diese Entwicklung bedeutet auch für die Ausbildung ein Umdenken und ein Anpassen an die neuen Gegebenheiten. Um sich nun optimal den neuen Herausforderungen in Schule und Betrieb stellen zu können, ist vorab eine Analyse der Entwicklungen und Zukunftsprognosen des Bankenmarktes erforderlich. Hierbei ist zwischen technologischen, politisch-rechtlichen und soziokulturellen Entwicklungen zu unterscheiden.

### Technologische Entwicklung

„Banking is a technology driven business“<sup>4</sup> – im Rahmen der technologischen Entwicklung sind im Bankensektor neben der Beziehung der Bank

zum Kunden auch die unternehmensinternen Abläufe betroffen.<sup>5</sup> Ziel der unternehmensinternen Automatisierungspotentiale sind eine rationelle Leistungserstellung im Back Office sowie eine Steigerung der Qualität und Sicherheit von Transaktionen.<sup>6</sup> Aber auch in der Beratung werden integrierte Database Marketing- und Kundeninformationssysteme eingesetzt, die dem Mitarbeiter helfen sollen, die Kundenbedürfnisse besser zu verstehen und andererseits durch hochwertige Information den Kunden bedarfsgerecht zu beraten.<sup>7</sup>

### Der Selbstbedienungsbereich

In den achtziger Jahren wurde mit der Schaffung der Grundlagen für die Kundenselbstbedienung eine neue Dimension der Bankautomation im Bereich der Kunde-Bank-Kommunikation beschritten. Kontoauszugsdrucker, Geldautomaten, Überweisungs- und Multifunktionsterminals stehen für den Trend einer zunehmenden Selbstbedienung, die mittlerweile aus dem Standard-Servicegeschäft der Banken nicht mehr wegzudenken ist. Dass diese Entwicklung auch von den Kunden angenommen wird, zeigt eine Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, nach der schon 1997 78 % der Kunden die Geldautomaten benutzen, 90 % ihre Kontoauszüge in Eigenregie zogen und 86 % die Aussage bejahten, dass Geldautomaten für sie unverzichtbar seien.<sup>8</sup> Die Fortsetzung dieses Trends drückt auch der Anstieg der Anzahl an Geldautomaten im Bundesgebiet aus. Während den Kunden 1996 noch 38662 Geldautomaten zur Verfügung standen, waren es im Jahre 2004 bereits 52595.<sup>9</sup> Die Kundenselbstbedienung führt zu einer Entlastung der Filialen vom Routinegeschäft und bie-

<sup>1</sup> vgl. Benna (1998), S. V

<sup>2</sup> vgl. Walter (1997), S. 1

<sup>3</sup> vgl. Ruff (1999), S. 9

<sup>4</sup> vgl. Schultze-Kimmler (1994), S. 50

<sup>5</sup> vgl. Büschgen (1995), S. 49

<sup>6</sup> vgl. Deutz (1997), S. 32/33

<sup>7</sup> vgl. Reimann (1996), S. 7

<sup>8</sup> vgl. Turiaux (1997), S. 583

<sup>9</sup> vgl. Umfrage von 2004, [www.bankenverband.de/pic/artikelpic/052005/1-3-3-1-Kartengestuetzter\\_Zahlungsverkehr.pdf](http://www.bankenverband.de/pic/artikelpic/052005/1-3-3-1-Kartengestuetzter_Zahlungsverkehr.pdf) (Aufrufdatum: 10/2005)

tet dem Kunden die Möglichkeit, auch außerhalb der Öffnungszeiten gewisse Transaktionen durchzuführen.<sup>10</sup> Auch hinsichtlich des Standortes wird eine Erhöhung der Flexibilität erreicht: außer innerhalb, im Vorraum oder an der Außenwand von Geschäftsstellen sind auch externe Standorte wie Flughäfen, Kaufhäuser usw. denkbar.<sup>11</sup>

### IT-Strategien

Die IT-Strategien<sup>12</sup> der Banken sind durch die Zugangsmedien PC, Telefon, Fax und TV bzw. durch Netzinfrastrukturen wie Telefon-, Kabel- oder Satellitenanschluss gekennzeichnet.<sup>13</sup> In den letzten vier Jahren hat sich der Anteil der Internetnutzer nahezu verdoppelt: waren im Jahr 2000 noch weniger als ein Drittel der Deutschen (32 %) „online“, so haben heute 61 % der erwachsenen Deutschen Zugang zum globalen Netz. Dies hat auch Auswirkungen auf das von den Banken angebotene Online-Banking: Gegenüber Mai 2003 hat der Anteil der Deutschen, die ihre Bankgeschäfte online abwickeln, ebenfalls um vier Prozentpunkte auf nunmehr 30 % zugelegt. Damit hat sich die Zahl der Online-Banker seit dem Jahr 2000 fast verdreifacht; inzwischen betreiben damit mehr als die Hälfte (54 %) der Internetnutzer auch Online-Banking.<sup>14</sup>

Im Moment erwarten technikaffgeschlossene Kunden von ihren Banken serviceorientierte Websites im Internet. Eine Unternehmensdarstellung im Rahmen einer Homepage in Verbindung mit Online-Banking und Online-Brokerage ist heutzutage Standard.<sup>15</sup> Um konkurrenzfähig zu bleiben, dürfen die Kreditinstitute den Anschluss hinsichtlich neuer Technologien nicht verpassen. Gerade im IT-Bereich ist die Weiterentwicklung noch lange nicht abgeschlossen. Die Tatsache, dass immer mehr Banken Kooperationen mit Partnern aus der Telekommunikation und der Informationstechnik eingehen, bestätigt den Trend in Richtung „virtuelle Bankzukunft“.<sup>16</sup> Eine weitere Technikvariante stellt die Beratung per Video-Übertragung dar, die jedoch aufgrund hoher Kosten und geringer Ak-

zeptanz beim Kunden noch kaum verbreitet ist.<sup>17</sup>

### Politisch-rechtliche Entwicklung

Im Rahmen von Internationalisierung und Globalisierung, das heißt, dem Zusammenwachsen der internationalen Finanzmärkte, findet seit Ende der sechziger Jahre weltweit in einem länderübergreifenden kontinuierlichen Prozess eine Welle der Liberalisierung und Deregulierung auf den Finanzmärkten statt.<sup>18</sup> Die für das europäische Privatkundengeschäft wohl bedeutendste EG-Richtlinie stellt die am 15. Dezember 1989 verabschiedete Zweite Bankrechtskoordinierungsrichtlinie dar, die besagt, dass jedes Kreditinstitut mit der Zulassung und unter Aufsicht der Behörden seines Herkunftslandes innerhalb der gesamten Europäischen Union seine Bankgeschäfte offerieren darf.<sup>19</sup> Durch die Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bekommen somit sowohl ausländische Kreditinstitute als auch Non- und Nearbanks die Möglichkeit, den deutschen Markt für sich zu erschließen.<sup>20</sup> Dies führt zu einem verschärften Wettbewerb unter den Finanzdienstleistern. Die Einführung einer einheitlichen Währung erleichtert zudem den Markteintritt und fördert die Transparenz.<sup>21</sup>

### Soziokulturelle Faktoren

Die besondere Stellung der Bankkunden, die im Finanzdienstleistungsmarkt sowohl als Nachfrager als auch als „Lieferanten“ des „Rohstoffes Geld“ auftreten, hat zu einer Verlagerung der Marktmacht geführt.<sup>22</sup> Während in den siebziger Jahren der Markt noch stark von den eigenen Interessen der Kreditinstitute bestimmt war, orientiert man sich in der Zwischenzeit immer mehr an den Bedürfnissen der Kunden. Dieser Wandel vom Verkäufer- zum Käufermarkt hat zur Folge, dass neben den Veränderungen auf der Anbieterseite auch soziodemographische Faktoren und individuelle Verhaltensänderungen der Kunden für den Finanzdienstleistungsmarkt von entscheidender Bedeutung sind.<sup>23</sup>

Die wichtigsten Faktoren hierfür sind in der Grafik auf Seite 18 dargestellt:

### Folgen der veränderten Rahmenbedingungen für die Kreditinstitute

Der Privatkunde ist aufgrund der dargestellten soziodemographischen Entwicklung und wegen Veränderungen in der Mentalität mobiler, informierter, anspruchsvoller und aktiver geworden. Aber auch Selbstbewusstsein, Kritikfähigkeit, Innovationsoffenheit, mehr Risikofreude sowie eine niedrigere Bindungsbereitschaft zeichnen den Kunden von heute aus.<sup>24</sup> Der moderne Bankkunde weist somit einen hybriden Charakter in seinem Verhalten auf, wodurch er sich kaum in ein einheitliches Schema einordnen lässt. Einem hohen Preisbewusstsein im Hinblick auf standardisierte Basisleistungen wie etwa den Zahlungsverkehr steht eine starke Bereitschaft gegenüber, für Luxus zu bezahlen. Auf der einen Seite investiert der Kunde Zeit, Mühe und Geld, um eine qualifizierte Beratung zu erhalten, auf der anderen Seite steht für ihn die Bequemlichkeit im Vordergrund, seine Bankgeschäfte ohne räumliche und zeitliche Restriktionen zu tätigen.<sup>25</sup> Aber auch hinsichtlich der Konditionen und der Leistungsqualität einer Bank, die aufgrund des technischen Fortschritts

<sup>10</sup> vgl. Krupp (1996), S. 716

<sup>11</sup> vgl. Heitmüller (1991), S. 199

<sup>12</sup> IT ist die in der Fachliteratur gängige Abkürzung für Informationstechnologie

<sup>13</sup> vgl. Reu (1997), S. 22

<sup>14</sup> vgl. Umfrage von 2004, [www.bankenverband.de/pic/artikelpic/082004/um0408\\_pg\\_OLM\\_IV.pdf](http://www.bankenverband.de/pic/artikelpic/082004/um0408_pg_OLM_IV.pdf) (Aufrufdatum: 10/2005)

<sup>15</sup> vgl. Wübbenhorst (2000), S. 31

<sup>16</sup> Beispiele hierfür sind die Kooperationen der Deutschen Bank mit u.a. Yahoo, SAP und AOL oder der Commerzbank mit T-Online. Vgl. hierzu Zapke (2000), o.S. und o.V. (2000), S. 23

<sup>17</sup> vgl. Mihm (1998), S.2/3

<sup>18</sup> vgl. Benna (1998), S. 6 und Betsch (1995), S. 4

<sup>19</sup> vgl. Jochimsen (1998), S. 31 und Klöppel (1994), S. 58/59

<sup>20</sup> vgl. Reu (1997), S. 14/15

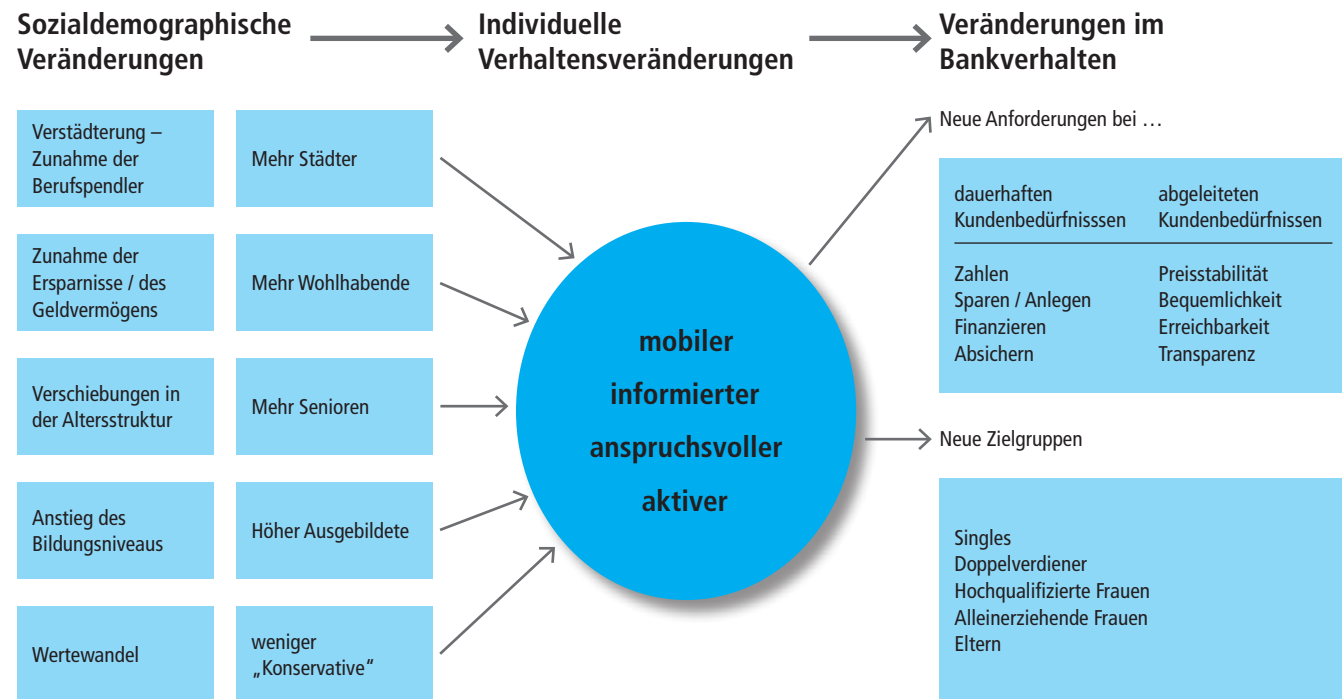
<sup>21</sup> vgl. Mihm (1998), S. 2 und Jochimsen (1998), S. 32

<sup>22</sup> vgl. Hartwig (1995), S. 58 und Reu (1997), S. 16

<sup>23</sup> vgl. o.V. (1999a), S. 10 und Hagspiel/Dempfle (1997), S. 6

<sup>24</sup> vgl. Ruff (1999), S. 14 und Hagspiel/Dempfle (1997), S. 6

<sup>25</sup> vgl. o.V. (1999a), S. 12



Neue Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen. Quelle: Hagspiel / Dempfle (1997), Seite 6.

und der zunehmenden ökonomischen Bildung immer leichter überschaubar und vergleichbarer werden, wird der Nachfrager kritischer, was eine Abnahme der Bankloyalität zur Folge hat.<sup>26</sup> Die wachsende Akzeptanz der elektronischen Vertriebswege sowie die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Anbietern, zu denen auch die Non- und Nearbanks zählen, tragen zu einer abnehmenden Kundenbindung und damit einer Förderung des „vagabundierenden Finanzverhaltens“ bei.<sup>27</sup> Vagabundierendes Finanzverhalten bedeutet hierbei das Unterhalten von Zweit- oder Mehrfachbankverbindungen, welche bei den Privatkunden in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Der Anteil privater Haushalte mit Zweit- oder Mehrfachbankverbindungen beträgt mittlerweile über 50 %.<sup>28</sup>

Auf Seiten der Anbieter führen der Eintritt neuer Wettbewerber sowie Innovationen in der Informations- und Kommunikationstechnik zu veränderten Strukturen auf dem Privatkundenmarkt.<sup>29</sup> Die bereits beschriebenen technischen und rechtlichen Veränderungen haben zur Folge, dass das dichte Geschäftsstellennetz als entscheidender Wettbewerbsfaktor im Privat-

kundengeschäft sowie die räumlichen Grenzen des bislang eher lokalen bzw. regionalen Marktes weggefallen sind. Damit ist der Weg für internationale Banken und für Non- und Nearbanks frei, auch auf dem deutschen Finanzmarkt aktiv zu werden.<sup>30</sup> Besonders die Direktbanken haben in letzter Zeit zunehmend an Bedeutung gewonnen. Unter Direktbank ist dabei ein Kreditinstitutstyp zu verstehen, der gänzlich auf Filialen oder Außendienstorganisationen verzichtet und nur zentrale Vertriebswege nutzt. Neben den „reinen“ Direktbanken unterhalten auch die klassischen filialgestützten Universalbanken diesen Banktypus, der dort oftmals als ausgegliederte Tochterunternehmung geführt wird.<sup>31</sup>

Durch die veränderten Rahmenbedingungen nimmt der Wettbewerbsdruck im Bankensektor zu und zwar sowohl von der Anbieter- als auch von der Nachfragerseite her.<sup>32</sup> Neben dem Anstieg der Kundenansprüche hinsichtlich Qualität und Selbstbedienungsservice haben eben dieser verschärfte Wettbewerb und die erhöhte Konditionensensibilität der gut informierten Kunden einen erheblichen Druck auf die Margen im Zinsgeschäft zur Folge. Bei den Kreditinstituten ste-

hen nun steigende Kosten zur Verbesserung des Services und der Qualität den Margenverringerungen im Zinsgeschäft und im Zahlungsverkehr gegenüber.<sup>33</sup> Durch die Ertragsorientierung der Kunden verlieren die klassischen Sparformen immer mehr an Bedeutung und es wird für die Banken immer schwieriger, an „billiges Geld“ zu kommen. Die Banken reagieren auf die beschriebenen Veränderungen mit verschiedenen Maßnahmen. Zum einen wird eine Neugestaltung der Produktpalette vorgenommen, die sich entweder in einer Fokussierung des Geschäftssystems oder in einer Ausdehnung des Dienstleistungsangebots in verwandte Bereiche äußert.<sup>34</sup> Es kommt zur Bildung strategischer Allianzen zwischen Banken, Versicherun-

<sup>26</sup> vgl. o.V. (1999a), S. 12, Walter (1997), S. 39 und Veil (1998), S. 61

<sup>27</sup> vgl. Szallies (1999), S. 29 und Betsch (1995), S. 9

<sup>28</sup> vgl. Reu (1997), S. 19 und Gerke/Pfeufer-Kinzel (1997), S. 15

<sup>29</sup> vgl. Gerke/Pfeufer-Kinzel (1997), S. 15 und Schierenbeck (1999), S. 7

<sup>30</sup> vgl. Schierenbeck (1997), S. 7 und Walter (1997), S. 34/35

<sup>31</sup> vgl. o.V. (1999a), S. 13

<sup>32</sup> vgl. Baxmann (1997), S. 2

<sup>33</sup> vgl. Knöbel (1997), S. 4

<sup>34</sup> vgl. Walter (1997), S. 36

gen und anderen Finanzdienstleistern, um entsprechende Allfinanzproduktpaletten anbieten zu können.<sup>35</sup> Zum anderen versuchen die Banken, ihre Kostenpositionen zu verbessern. Um für einen Preiswettbewerb gerüstet zu sein, wollen die Banken durch Fusionen Economies of Scales realisieren. Aber auch durch Restrukturierungsmaßnahmen im Vertriebsnetz und einem Trend zur Automatisierung von Routinetätigkeiten im Massengeschäft sollen Einsparungen erreicht werden.<sup>36</sup> Ziel ist es also, den veränderten Kundenbedürfnissen gerecht zu werden sowie zudem die eigene Kostenposition zu verbessern. Die Schlüsselaufgabe der Banken liegt somit in der Entwicklung einer optimalen Vertriebsstruktur.<sup>37</sup>

Aufgrund der Verschiedenheit der Konsumenten und um den einzelnen Kundengruppen besser gerecht werden zu können, wird von den Kreditinstituten zudem eine Marktsegmentierung betrieben. Hinsichtlich der Segmentierungskriterien gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten; so sind zum Beispiel personenbezogene Merkmale oder Verhaltenskomponenten denkbar.<sup>38</sup> Bei den deutschen Kreditinstituten, die allesamt eine an wirtschaftlichen Kriterien orientierte Kundensegmentierung betreiben, ähneln sich hierbei die Strukturen. Zuerst wird zwischen Privat- und Firmenkunden getrennt, wobei in beiden Bereichen eine weitere Aufspaltung erfolgt. Den Bereich Privatkunden unterteilt man nun in zwei oder drei Kategorien. Bei einer Zweierteilung wird von klassischen Privatkunden und von Individualkunden ausgegangen. Oft spricht man dabei auch von Retail Banking und Privat Banking. Bei der Einteilung in drei Segmente unterscheidet man zwischen vermögenden Privatkunden, gehobenen Privatkunden und Mengenkunden.<sup>39</sup> Die Strukturen aller deutschen Banken können mit diesen beiden Einteilun-

<sup>35</sup> vgl. Urbatsch (1998), S. 3

<sup>36</sup> vgl. Walter (1997), S. 36/37

<sup>37</sup> vgl. Hagspiel (1998), S. 331 (Diese Fußnote bezieht sich nur auf den letzten Satz)

<sup>38</sup> vgl. Reu (1997), S. 25

<sup>39</sup> vgl. Deutz (1997), S. 104

gen dargestellt werden, wobei lediglich die Bezeichnungen hin und wieder differieren.

### Bedeutung der veränderten Rahmenbedingungen für den Ausbildungsberuf Bankkaufmann/ Bankkauffrau

Durch die Automatisierung vieler standardisierter Tätigkeiten und die Bildung strategischer Allianzen zwischen Banken, Versicherungen und anderen Finanzdienstleistern, um entsprechende Allfinanzproduktpaletten anbieten zu können, hat sich natürlich auch das Anforderungsprofil an die Ausbildung zum/zur Bankkaufmann/Bankkauffrau erheblich verändert. Während früher primär differenziertes Fachwissen sowie Standardtätigkeiten, wie z.B. das Auszahlen von Bargeld am Schalter, gefordert waren, ist heute Handlungskompetenz, welche sich in Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz aufschlüsseln lässt, unabdingbar. Im Zeitalter von cross selling und dem Streben nach immer höheren Gewinnen durch Anlagen aller Art ist der in jeglicher Hinsicht kompetente Berater gefordert. Dabei werden nicht nur die anzubietenden Produkte differenzierter und schwieriger sondern auch die Kunden kritischer. Bankspezifisches Fachwissen alleine reicht bei weitem nicht mehr aus. Der moderne Bankangestellte mit Kundenkontakt muss mittlerweile auch Verkäufereigenschaften besitzen und im Steuerfinanzsystem Kompetenz beweisen. Ein Ziel der dualen Ausbildung ist es, diese Handlungskompetenzen in Schule und Betrieb zu vermitteln. Deshalb musste vor einiger Zeit der herkömmliche Fächerkanon in Bankberufsschulklassen einem lernfeldorientierten und somit kompetenzorientierten Lehrplan weichen. Ein weiteres Indiz dafür, dass immer mehr Handlungskompetenzen vermittelt werden sollen, ist die Abschlussprüfung, in der nicht mehr nur reines Fachwissen abgefragt wird. Die Vorbereitung hierfür sowie die komplette Ausbildung sind in den einzelnen Kreditinstituten nach den Erfahrungen des Autors jedoch sehr unterschiedlich. Man denke hierbei nur an die verschiedenen innerbetrieblichen Unterrichte.

Aufgrund der sinkenden Margen im Retail- bzw. Privatkundenbereich wird von den Kreditinstituten nur noch auf Bedarf ausgebildet. Während noch vor einigen Jahren sehr viele Abiturienten den Beruf des Bankkaufmanns/ der Bankkauffrau erlernen konnten, bevor sie an Universitäten ihr Studium begannen, werden heute von den Kreditinstituten fast ausschließlich Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss eingestellt. Man möchte damit der hohen Fluktuation von Abschlussprüflingen entgegenwirken und unnötige Kosten vermeiden.

Um diesen veränderten Anforderungen gerecht werden zu können, wurde am Beruflichen Schulzentrum Schwandorf der Arbeitskreis „Banken-Berufsschule“ ins Leben berufen. In regelmäßig stattfindenden Sitzungen versuchen hierbei die Partner des Dualen Systems die Ausbildung an beiden Lernorten optimal aufeinander abzustimmen und Synergien zu nutzen. Die Tätigkeit und die Ergebnisse des Arbeitskreises werden in den nachfolgenden Artikeln in den nächsten Ausgaben beschrieben. <

#### Literaturverzeichnis

**Baxmann, Ulf G.:** Vertriebswege im Wandel, 1. Kreditwirtsch. Kontaktforum, Bankseminar Lüneburg, Hrsg: Ulf G. Baxmann, 1., Auflage, Frankfurt am Main, 1997

**Benna, Ralf:** Bedarfsorientiertes Filialbanking – Empirische Identifikation erforderlicher Leistungsstrukturen mit Hilfe der Conjoint-Analyse, Frankfurt a. Main, 1998

**Betsch, Oskar:** Wettbewerbsveränderungen auf den Finanzdienstleistungsmärkten und der Umbruch der Vertriebssysteme, in: Handbuch Finanzvertrieb, Vertriebsstrategien – Vertriebswege- Vertriebsmanagement, hrsg.: Betsch, Oskar und Wiechers, Rüdiger; Frankfurt a. Main, 1995, S. 3-21

**Büschgen, Hans E.:** Bankmarketing, Düsseldorf, 1995

**Deutz, Julian:** Privatkundengeschäft großer Filialbanken: neue Anforderungen an die Vertriebswegepolitik und deren Auswirkungen auf die Bankorganisation, Frankfurt a. Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1997, Dissertation, Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Koblenz, 1996

**Gerke, Wolfgang / Pfeufer-Kinzel, Gabriele:** Kosten und Rentabilität des Privatgüroverkehres, Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V. Bonn (Hrsg.), Wissenschaft für die Praxis, Abteilung 3: Analysen, Band 12, Stuttgart, 1997

**Hagspiel, Friedrich:** Vertriebswege 2002 – Neue Vertriebswege für Banken im Mengenkundengeschäft, in: Österreichisches Bankarchiv, 5/1998, S. 331-336

**Hagspiel, Friedrich / Dempfle, E.:** Vertriebswege 2002 – Neue Vertriebskonzepte für Banken – Eine Studie des MZSG Management Zentrum St. Gallen, St. Gallen, 1997



**Hartwig, Michaela:** Marketing für Kundenselbstbedienung bei Kreditinstituten, München, 1995, Dissertation, Universität München, 1995

**Heitmüller, Hans-Michael:** Auswirkungen der Selbstbedienung auf das Vertriebssystem, in: Handbuch des Bankmarketing, Hrsg.: Süchting Joachim / van Hooven Eckart, 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden, 1991

**Joachimsen, Reimut:** Finanzplatz Deutschland vor großen Herausforderungen, in: Handbuch des Bankmarketing, Süchting, Joachim / Heitmüller, Hans-Michael (Hrsg.), 3., vollständig neu bearbeitete Auflage, Wiesbaden, 1998, S. 27-48

**Klöppelt, Henning:** Euro-Bankmarketing, Strategien im Privatkundengeschäft, Wiesbaden, 1994

**Knöbel, Ulf:** Kundenwertmanagement im Retail Banking, SchleBlitz, 1997, Dissertation, Universität St. Gallen, 1997

**Krupp, Georg:** Erfolgsstrategien für parallele Vertriebskanäle im Privatkundengeschäft in: Die Bank 12/1996, S. 712-719

**Mihm, Oliver:** Positionierungsmanagement im Retail-Banking: Ansätze zur Entwicklung innovativer Profilierungsstrategien, Frankfurt a. Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1999, Dissertation, Universität Münster, 1998

**o.V.:** Die Vertriebskanäle der Zukunft im Privatkundengeschäft: Wie erreichen die Banken in Zukunft ihre Kunden, Eine Marketing-Studie der Pl@Net Corp. Deutschland, 1999a, unter: <http://www.planet-network.de/publikationen.htm>, Aufruf vom 03.11.1999

**Reimann, Eckhard:** Kundenbindung im Retail Banking, in: Geldinstitute, 6/1996, S. 6-11

**Reu, Frederik M.:** Zielgruppenkonformität neuer Vertriebswege: eine empirische Bestandsaufnahme und Prognose im Privatkundengeschäft von Kreditinstituten, München, 1997

**Ruff, Rainer:** Strategische Herausforderungen im Geschäft mit Privatkunden der Kreditinstitute oder Perspektiven der Vertriebswege im Privatkundengeschäft, in: Eilenberger Guido: Multi Channelled Banking, Rostocker Bankenkolloquium zu Strategien der Bankvertriebswege an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Rostock, 1999, S. 7-37

**Schierenbeck, Henner:** Die Vertriebskanäle der Zukunft im Privatkundengeschäft, in: Multi Channel Distribution im Banking, Tagungsband zum 6. Basler Bankentag, 19.11.1998, Basler Bankenvereingung (Hrsg.), Bern, Stuttgart, Wien, 1999

**Schultze-Kimmle, Horst-Dieter:** Was bringt die Zukunft, in: Geldinstitute, 4-5/1994, S. 50-55

**Szallies, Rüdiger:** Neuorientierung im Bankmarketing: Abschied vom Normalverbraucher, in: Bank und Markt, 4/1999, S. 29-33

**Turiaux, Josef:** Servicequalität und Rentabilität im Visier, in: Betriebswirtschaftliche Blätter, 12/1997, S. 583-587

**Urbatsch, René-Claude:** Ansatzpunkte einer kapitalwirtschaftlichen Beratung privater Haushalte unter Berücksichtigung neuer Medien, Hrsg.: Hochschule Mittweida (FH), Mittweida, 1998

**Veil, Michael:** Direktbanken im Retail-Banking: Informationstechnologie und Strategie, Freiburg im Breisgau, 1998, Dissertation, Universität, Freiburg, 1997

**Walter, Cornelius:** Modelltheoretische Untersuchung der Herausforderung im Retail Banking, Analyse der organisatorischen Optionen und ihrer strat. Implikation auf Basis einer Wirtschaftlichkeitsrechnung, Oestrich-Winkel, 1997, Dissertation, European Business School Schloß Reichartshausen, 1997

**Wübberhorst, Klaus:** Kundenbindung im IT-Zeitalter: Das Markenbewusstsein nimmt ab, in: Bank und Markt, 1/2000, S. 29-33

#### Umfragen des Bankenverbandes:

Umfrage des Bundesverbands deutscher Banken von 2004, [www.bankenverband.de/pic/artikepic/052005/1-3-3-1-Kartengestuetzter\\_Zahlungsverkehr.pdf](http://www.bankenverband.de/pic/artikepic/052005/1-3-3-1-Kartengestuetzter_Zahlungsverkehr.pdf) (Aufrufdatum: 10/2005)

Umfrage des Bundesverbands deutscher Banken von 2004, [www.bankenverband.de/pic/artikelpic/082004/um0408\\_pg\\_OLM\\_IV.pdf](http://www.bankenverband.de/pic/artikelpic/082004/um0408_pg_OLM_IV.pdf) (Aufrufdatum: 10/2005)

## Landesverband

VLW-Bundesvorsitzender Dr. Kehl bei Bayerns Kaufleuten:

### Perspektiven des kaufmännischen Schulwesens

MARTIN RUF

„Der neue ... stellt sich bei Bayerns Kaufleuten vor“ – bereits zum dritten Mal in Folge könnte auch so die Headline zur Berichterstattung über die Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs im VLB lauten. War es in Landshut Prof. Dr. Sembill, in Regensburg Prof. Dr. Aff, so freute sich dieses Mal der stellvertretende VLB-Landesvorsitzende Alexander Liebel, in Fürth den neuen Bundesvorsitzenden des VLW Dr. Wolfgang Kehl aus Bielefeld zu begrüßen.

Da die Fachtagung weit nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe stattfand, wollen wir uns in der Berichterstattung dieser Ausgabe auf das Hauptreferat von Dr. Kehl konzentrieren. Eine ausführliche Nachlese zur gesamten Fachtagung bringen wir in der Dezemberausgabe von VLB-akzente.

Gespannt wartete neben den Ehrengästen doch eine stattliche Anzahl von Lehrkräften an den kaufmännisch-verwaltenden beruflichen Schulen in Bayern auf die Ausführungen des neuen VLW-Bundesvorsitzenden. So viel sei vorne weg gesagt: Man hätte eine Stecknadel fallen hören können, so konzentriert und interessiert folgte das Plenum Dr. Kehl's Ausführungen. „Wo kann ich den Vortrag von Dr. Kehl nachlesen?“, war die am meisten gestellte Frage an den Verfasser dieses Artikels. Natürlich in VLB-akzente, und wem dies nicht genügt, der findet das Redemanskript auch auf der Homepage des VLB ([www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de)).

#### „provokant und kontrovers“

In seinen Vorbemerkungen führte Kehl aus, dass er seinen Vortrag bewusst „provokant und kontrovers“ angehe und stellte gleich die Kernfrage in den Raum: Gibt es einen Masterplan für die Weiterentwicklung der kauf-

männischen Schulen?, um sie gleich dahingehend zu beantworten, dass dieser Plan erst noch entwickelt werden müsse. Sein Referat lieferte dann genügend Potenzial, um diesen Plan richtungweisend auf den Weg zu bringen.

Seine Ausführungen belegte er zunächst mit einer Reihe von Determinanten und Szenarien, die er in folgenden Teilbereichen subsumierte:

1. Megatrend Hochbildungsgesellschaft
2. Sichtbare Veränderungen der Lernprozesse
3. Standardisierung
4. Lehrerausbildung und Lehrere Arbeit
5. Berufsbildungssystem
6. Europäisierung
7. Privatisierung
8. Konzept des Kaufmännischen

Nachfolgend sind einige wesentliche Inhalte aus den o. a. Punkten thematisiert:

#### Megatrend Hochbildungsgesellschaft

Erkennend, dass das „knowledge Age“ und damit eine Zunahme der „Knowledge Work“ einhergeht, ergibt sich für Dr. Kehl ein neues Lernen, indem das lernende Ich im Vordergrund steht – der Schüler wird somit zum Objekt des Lernens. Die Schüler müssen „beflügelt“ werden, führte Dr. Kehl weiter aus und nannte gleichzeitig eine Reihe von Determinanten, die dies unterstützen: das Individuum und seine Talente stehen im Zentrum; jede Lehrkraft muss die hochartizifellen Techniken lernen, die den Einzelschüler beflügeln; das Selbstwissen ist zu fördern; der Unterricht wird in teamorientiertes Selbstlernen aufgebrochen und ist dem neuen Bildungsideal verpflichtet und zielt nicht auf „Ausbildung“ und „Abschluss“.

Lernen ist somit durch die Verknüpfung von drei Dimensionen gekennzeichnet:

- Lernen erfolgt kulturell in gemischten Teams
- spielerischer Wissenserwerb
- alt und jung lernen nicht nur einzeln sondern auch in gemischten Teams.

#### Sichtbare Veränderungen der Lernprozesse

Hier führte der Referent sieben Beispiele an, die für ihn eine nachhaltige Änderung der Lernprozesse bedeuten:

1. aufgabenorientiertes Lernen
2. klassenübergreifendes Lernen
3. individuelle Förderung (Hereinholen in die Schule, was außerhalb erfolgt, z. B. Nachhilfe)
4. Standardorientiertes Lernen vs. projektorientiertes Lernen
5. knowledge factory
6. Lernen mit Notebook
7. e-Learning

Zusammenfassend lässt sich auch hier wieder feststellen, dass zwar alle Punkte zum Ziel haben, dass das Individuum besser gefördert wird, es jedoch bisher noch kein schlüssiges Konzept dafür gibt.

#### Standardisierung

Bei diesem Punkt zielte Dr. Kehl auf das Problem der starken Differenzierung der Lernergebnisse, die

- von Klasse zu Klasse innerhalb einer Schule,
- von Schule zu Schule,
- von Bundesland zu Bundesland und
- von OECD-Land zu OECD-Land gegeben sind.

Als Gegenstrategie empfahl er eine

- Standardsetzung,
- Outputorientierung,
- Qualitätsagenturen und
- interne und externe Evaluation, die allerdings einen Widerspruch in sich birgt: Outputorientierung vs. Schulinspektion

#### Lehrerausbildung und Lehrere Arbeit

Mit den nachfolgenden Fragestellungen griff Dr. Kehl den Bereich Lehrerausbildung und Lehrere Arbeit auf und traf dabei die Kernfragen der Zukunft, die für die Lehrerverbände künftige Arbeitsfelder liefern:



Beindruckte: VLW-Bundesvorsitzender Dr. Wolfgang Kehl.

- Worin besteht die Professionalität? Oder: warum das öffentliche Bild vom Quereinstieg ein Problem ist?
- Was bedeuten die konsekutiven Studiengänge?
- Werden Lehrer künftig im universitären Bereich bleiben?
- Was wird aus der zweiten Phase der Lehrerausbildung?
- Wird es einen Wechsel zwischen Lehrertätigkeiten und anderen Tätigkeiten im Sinne von Patchwork-Arbeit geben?

Der letzte Punkt zielt auf den Aspekt, dass Schule so funktionieren muss wie die Wirtschaft. Wenn diese Idee allerdings verwirklicht werden soll, muss auch die Bezahlung an die Bedingungen der Wirtschaft angepasst werden, was aber zur Folge hätte, dass die nicht monetären Vorteile des Lehrerberufs – z. B. Zeitsouveränität, Verbeamtung und/oder problemlose Teilzeitbeschäftigung – zur Disposition stünden.

#### Berufsbildungssystem

„Dualität hat für mich oberste Priorität“, so zusammenfassend die Aussagen von Dr. Kehl, als er seine Ausführungen auf den Bereich des Berufsbildungssystems der Zukunft richtete. Bei einem Festhalten am Dualen System der Berufsausbildung forderte er aber eine verbindliche Schulpflicht für alle, um somit eine einheitliche, ent-

sprechenden Anforderungen gerechte Ausbildung zu ermöglichen.

#### Europäisierung

Breiten Raum in Dr. Kehl's Ausführungen nahm die zunehmende Europäisierung im Bereich Bildung ein.

Als Elemente einer solchen Vorgehensweise sind folgende Bereiche genauer zu betrachten:

- EQF
- ECVET
- CQAF
- Förderung des lebenslangen Lernens
- Förderung der Anerkennung informell erworbener Kompetenzen
- EUROPASS
- PLOTEUS

Auf alle diese Elemente vertiefend einzugehen, würde den Platz sprengen. Hier sei auf die einschlägige Fachliteratur, z. B. auch VLB-akzente, hingewiesen (siehe Seite 4).

*Lernen wird als kumulativer Prozess verstanden, in dessen Rahmen sich der Einzelne Kenntnisse von wachsendem Komplexitäts- und Abstraktionsgrad (Begriffe, Kategorien, Verhaltensmuster oder Modelle) und/oder Kompetenzen sukzessive aneignet. Dieser Prozess erfolgt informell, zum Beispiel in der Freizeit, und in formalen Arrangements, einschließlich des Arbeitsplatzes.*

*Und: Kompetenz umfasst:*

*(1) kognitive Kompetenz, die den Gebrauch von Theorien/Konzepten einschließt, aber auch implizites Wissen (tacit knowledge), das durch Erfahrung gewonnen wird,*

*(2) funktionale Kompetenz (Fertigkeiten, Know-how), die zur Ausübung einer konkreten Tätigkeit erforderlich ist,*

*(3) personale Kompetenz, die das Verhalten/den Umgang in/mit einer gegebenen Situation betrifft und*

*(4) ethische Kompetenz, die bestimmte persönliche/soziale Werte umfasst.*

*Oder zusammenfassend: „Lernen findet überall statt“.*

Daraus ergibt sich als Konsequenz für die berufliche Bildung:

Wenn sich der europäische Qualifizierungsrahmen EQF durchsetzt, muss zwingend in jedem Land ein nationaler Qualifizierungsrahmen NQF etabliert werden. Die Bundesrepublik ist hier jedoch noch weit entfernt, wie D. Kehl feststellte.

#### Privatisierung

Ein weiteres Problem sieht der Referent in der zunehmenden „Dienstleistungsfreiheit“, die von den Lehrverbänden erhöhte Aufmerksamkeit und Aktivitäten verlangt, damit die „Schule“ nicht an die Wand gedrückt wird.

#### Konzept des „Kaufmännischen“

Zum Schluss seiner Ausführungen lenkte Dr. Kehl die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf das „Kaufmännische“ und forderte hier ein Konzept für die Zukunft ein, das er u. a. mit folgenden Thesen untermauerte:

*Die kaufmännischen Schulen müssen sich als Qualifizierungseinrichtungen für den Kompetenzerwerb zum Agieren in Wirtschaft und Verwaltung definieren.*

Die kaufmännischen Schulen müssen die hohe Qualität ihrer Arbeit nicht nur als innere Angelegenheit sehen, sondern müssen Qualitätsentwicklung offensiv vermarkten, das setzt voraus, dass daran gearbeitet wird.

*Die kaufmännischen Schulen müssen die Chancen der europäischen Bil-*

*dungspolitik nutzen und transnational zusammenarbeiten.*

Die kaufmännischen Schulen brauchen einen gezielten Innovationstransfer. Dies ist eine Systemfrage, sie muss für die Einzelschule vom Gesamtsystem her geklärt werden. Die kaufmännischen Schulen können nicht mit museumsreifen Inhalten und Technologien arbeiten, sondern sie müssen für die Region ein kaufmännisches Innovationszentrum sein.

*Die kaufmännischen Schulen müssen den Wert ihrer Arbeit und ihre Bedeutung für die Region besser darstellen und vermitteln, nur dann haben sie eine Perspektive.*

#### „Perspektiven des kaufmännischen Schulwesens“

so war der Vortrag des VLW-Bundesvorsitzenden Dr. Wolfgang Kehl überschrieben. Der nachhaltige Applaus am Ende machte deutlich, dass es dem Referenten gelungen ist, aus einer Bestandsaufnahme des kaufmännischen beruflichen Schulwesens heraus „provokant und kontrovers“ Perspektiven zu entwickeln, die vielmehr wert sind als sie nur auf Papier zu schreiben.

„Wir Bayern freuen uns schon auf eine weitere Begegnung mit Dr. Kehl“, so fasste Dr. Angelika Rehm, ebenfalls stellvertretende VLB-Landesvorsitzende, am Nachmittag im Schlussplenum die erste Begegnung mit dem VLW-Bundesvorsitzenden zusammen.

- 3. Dezember 2005: Fahrt zum Weihnachtsmarkt nach Bad Wimpfen
- Pfingsten 2006: Kulturfahrt in die Emilia Romana mit Gottfried Berger

Für das Thema „Externe Evaluation“ konnten als kompetente Referenten Harry Koch, Udo Sperlich und Helmut Schwappacher gewonnen werden.

Nachdem Kollege Koch das unterfränkische Evaluationsteam vorgestellt hatte, berichtete er über Hintergründe und Entwicklungen, die sich aus der Probephase entwickelt haben.

Das moderate Auftreten und der klare Wille dieses Teams mit den Kollegen der evaluierten Schulen „auf gleicher Augenhöhe“ zu sprechen sind sicher ein Baustein, die externe Evaluation zu einem akzeptablen Mittel der Qualitätssicherung werden zu lassen. Erfreulich sei ebenfalls, dass die Aufnahme einer Lehrkraft des beruflichen Schulwesens in die entsprechende Abteilung der Qualitätsagentur dazu geführt hat, dass die Fragebögen stärker auf die beruflichen Schulen zugeschnitten wurden. Zudem werden in beruflichen Schulen anstatt der Erziehungsberechtigten (außer bei Wirtschaftsschulen) die Betriebe in die Befragung mit einbezogen werden.

Anhand eines der Kriterien der Qualitätsbereiche mit ihren verschiedenen Dimensionen zeigte Koch exemplarisch den Weg von der Befragung und der Unterrichtsbeobachtungen zu einem Ergebnis auf, das die Unterrichtskultur der ganzen Schule beschreibt.

Udo Sperlich erläuterte detailliert den Gesamttablauf einer Evaluation und gab einen Überblick über die zeitliche Abfolge, wobei bei den einzelnen Schritten die Fragen des Publikums jeweils erörtert wurden. So konnte herausgestellt werden, dass der abschließende Bericht vom Evaluationsteam begründet wird und keine direkten Rückschlüsse auf den einzelnen Lehrer zulässt. Anders ist dies in dem Berichtsteil, der die Schulleitung betrifft und auch nur dieser bekannt gegeben wird. Erfreulich ist,

dass es Schulleitungen gibt, die eigenverantwortlich entscheiden auch diesen Teil ihrem Kollegium zugänglich zu machen, nach dem Motto „Offenheit ist und bleibt die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit“.

Im Anschluss daran gab Helmut Schwappacher einen Erfahrungsbericht aus seiner, vor kurzem evaluierten Schule.

Einen weiteren Schwerpunkt der Veranstaltung stellte die ausführliche Berichterstattung über die aktuelle Arbeit des VLB dar, die Wolfgang Lambl übernahm. Er erläuterte da-

bei die Zusammenarbeit des HPR mit dem Staatsministerium, zeigte Entwicklungen in der Schulpolitik auf und stellte den derzeitigen Stand des Arbeitszeitkontos dar. Die Anrechnung der Prüferzeiten aus Kammerprüfungen war ebenso Thema wie das neue Beurteilungsverfahren. Helmut Mündel ergänzte Themen aus dem Versorgungsbereich.

Ein informativer Nachmittag war längst zum Abend geworden, als die Veranstaltung nach 4 Stunden zu Ende ging. *Dorothea Helbig*

die Ausbildung der Lehrkräfte für den Sportunterricht an der Berufsschule neu zu akzentuieren. Denn die immer noch vielerorts zu beobachtende, überwiegend sportartspezifisch und am Fertigkeitserwerb orientierte Unterrichtsgestaltung entbehrt zunehmend ihrer Legitimation. Grundlegende Neuerungen in der Sportlehrerausbildung, welche zum Teil bei der universitären Qualifikation bereits erfolgten, greifen nun auch bei der Ausbildung im Rahmen des Grund- und Aufbaulehrgangs in Sport – eine Reform ist erreicht!

Im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird derzeit eine neue KMBek für die Weiterbildung im Sport angefertigt. In dieser neuen Bekanntmachung wird die KMBek über die „Ausbildungs- und Prüfungsbestimmungen für die Durchführung von Grund- und Aufbaulehrgängen in Sport für Lehrer an beruflichen Schulen“ vom 6. September 1973 außer Kraft gesetzt.

Die Landesstelle für den Schulsport erstellt für das Jahr 2006 nach den neuen Vorgaben der KMBek ein völlig neues Lehrgangsprogramm. Ziel dieser Neukonzeption ist die Ausbildung von Sportlehrkräften, die an der Berufsschule einen sicheren, gesundheitsorientierten, motivierenden, zeitgemäßen und fachlich fundierten Unterricht erteilen können.

Die Lehrgangsinhalte werden stärker als bisher an dem didaktischen Bedarf für den Sportunterricht an der Berufsschule ausgerichtet. Sie weisen u. a. folgende Sportbereiche aus:

1. Gesundheitsorientierte Fitness (Rückengymnastik, Kräftigung, Ausdauer, Auf- und Abwärmen, Entspannung, moderne Gruppenfitness wie Aerobic, Sport und Ernährung)
2. Spiele im Team (kooperative Spielformen, Aggressionsbewältigung)
3. Ballspiele im Team (Volleyball, Basketball, Handball, Fußball, Tschoukball, ...)
4. Schlägerspiele (Floorball, Hockey, Tennis, Badminton, Eishockey)
5. Leichtathletik (Werfen, Laufen, Springen, Schwerpunkt Ausdauer)
6. Turnen an Geräten (Minitrampolin, Erlebnisturnen, Akrobatik)

#### KV Nürnberg

### Einladung zur Jahresabschlussfeier des KV Nürnberg

Die alljährliche Jahresabschlussfeier des KV, die am Donnerstag, 1. Dezember 2005 stattfindet, wird traditionell immer mit einem kulturellen Beitrag eröffnet. Auf mehrfachem Wunsch einiger Kollegen/innen hat sich eine Besichtigung bzw. ein Besuch im Jüdischen Museum Fürth, Königstraße 89, in der Zeit von 16 bis 17 Uhr angeboten.

Da aber dort nur eine Führung von maximal 40 Personen in zwei Gruppen à 20 Teilnehmern möglich ist, ist eine schriftliche Anmeldung bei D.-L. Pertek, Mainstr. 13, 90542 Eckental, unbedingt notwendig. Die Eintrittsgebühren übernimmt der KV.

Ab 17.30 Uhr trifft man sich zu einem gemütlichen Beisammensein mit Ehrungen und Abendessen in der nahe liegenden Gaststätte „Stadtwappen“ in Fürth, Bäumenstraße 4.

Hiermit ergeht herzliche Einladung an alle Mitglieder des Kreisverbandes – der KV-Vorstand würde sich über zahlreiche Teilnahme auch in der Nachbarstadt Fürth besonders freuen! *Detlef-Lutz Pertek*

#### Fachgruppen

##### FG Sport

### Reform der Grund- und Aufbaulehrgänge in Sport für Lehrer an beruflichen Schulen

Wegen der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche in unserer Gesellschaft kann die Effizienz von Bildung und

Erziehung nicht mehr allein durch Korrekturen, sondern nur in Verbindung mit grundlegenden Neuerungen erreicht werden.

Das heißt für den Sportunterricht an der Berufsschule, dass er zunehmend ein eigenes und anderes Selbstverständnis entwickeln muss(te), vor allem gegenüber dem außerschulischen Sport. Es war also längst an der Zeit,

## Bezirks- und Kreisverbände

#### BV Unterfranken und KV Main-Rhön

### Externe Evaluation – Belastung oder Chance?

Hausherr und Schulleiter Ulrich Neumann begrüßte in der Schweinfurter Ludwig-Erhart-Berufsschule die VLB-Mitglieder zur Informations- und Bezirksdelegiertenversammlung, die

Referenten und ca. 50 Teilnehmer. Für den Bezirksvorstand gab dessen Vorsitzende Dorothea Helbig eine Zusammenfassung des schriftlich vorliegenden Rechenschaftsberichtes bevor sie die aktuellen Themen der Bezirksarbeit kurz umriss. Auf die beiden nächsten kulturellen Schmankerl, die der BV-Unterfranken mit den drei Kreisverbänden organisiert, sei an dieser Stelle besonders hingewiesen:



7. Musik und Bewegung (Tanzformen)
8. Bewegungskünste (Jonglage, Rope Skipping, ...)

Zusätzlich werden folgende Inhalte vermittelt:

- Sicherheitserziehung und Unfallschutz
- Methodik und Didaktik zu den einzelnen Sportbereichen
- Moderne Unterrichtsgestaltung in der Berufsschule
- Unterrichtsorganisation an der Berufsschule
- Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung

In Zukunft wird neben der Grundlagenausbildung in den Sportbereichen die Vermittlung von Methodenkompetenz im Vordergrund stehen. Die Konzeption der zu vermittelnden Inhalte soll sich an der Realität des Sportunterrichts an der Berufsschule mit seinen spezifischen Besonderheiten orientieren.

Bei den Lehrgangsteilnehmern wird deshalb vermehrt die Fähigkeit der Transferbildung sowie die Methodenkompetenz gefordert. Die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten müssen in einer Lehrprobe und einem Abschlusskolloquium dargelegt werden.

Eine zeitgemäße Methodik und Didaktik zu den Sportfeldern wird mehr als früher im Mittelpunkt der Ausbildung stehen. Zum Beispiel wird thematisiert, wie ein großes Sportspiel effektiv auch in großen und sehr heterogenen Klassen vermittelt werden kann. Ebenso sollen die Lehrgangsteilnehmer lernen, wie Taktiken und Spielverhalten mehrerer Sportspiele exemplarisch in einem Spiel geschult werden können, wenn Bewegungsverwandtschaften dies anbieten. Somit werden Freiräume für weitere Bereiche, z.B. kleine Spiele, geschaffen, die in der neuen Ausbildung mehr Raum einnehmen werden.

Denn: Methodische Übungsreihen in den verschiedenen Sportarten gibt es wie „Sand am Meer“, aber keine dieser Form(e)l(n) begeister(te)n unsere Schüler!

Gymnastik/Tanz und Fußball sollen gemäß den neuen Fachlehrplänen (anderer Schularten) künftig nicht mehr geschlechtsspezifisch angeboten werden.

Randsportbereiche, z.B. Inline-Skating, Schneesportarten oder Eislaufen, werden an den Berufsschulen nur punktuell angeboten und gehören deshalb nicht zum elementaren Ausbildungsprogramm des Grund- und Aufbaulehrgangs.

Die Stundentafel für die vierwöchigen Lehrgänge, die in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden sollen, wird vom Sportreferat des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus festgelegt. Das Lehrteam für die Grund- und Aufbaulehrgänge wird nicht mehr von den Sportinstituten der Landesuniversitäten gestellt, sondern ein neu gegründetes, staatliches Lehrteam „Berufsschulsport“ besteht aus erfahrenen und bewährten Sportlehrkräften beruflicher Schulen.

Ausbildungsort für die Lehrgänge wird das Sportzentrum Landsberg sein.

Die Neuausrichtung der Ausbildung begann bereits beim Aufbaulehrgang 2005. *Thomas Oschmann*

*Weitere Informationen erhalten Sie beim Leiter der Fachgruppe Sport: Thomas Oschmann, Bachweinbergweg 13, 97762 Hammelburg, E-Mail: thomas@oschlich.de*

## FG Religion

### Zwischen Instrumentalisierung und Isolierung

Anfang Oktober fand unter der Leitung von Dr. Ferdinand Herget eine Fortbildungsveranstaltung zu den Themen Lernfelddidaktik, Evaluation und Schulpastoral in Gars statt. Wesentliche Erkenntnisse für den Schualltag sind nachfolgend zusammengefasst.

#### Lernfelddidaktik

Johannes Gather vom Katechetischen Institut in Aachen befasste sich

durchaus kritisch mit den Chancen der Lernfelddidaktik für den Religionsunterricht an beruflichen Schulen. Grundsätzlich betont er für alle Konzepte, die extern und intern an den Religionsunterricht herangetragen werden, dass sie wohlwollend bezüglich der beiden Extreme Instrumentalisierung und Isolierung zu prüfen sind. Dies gelte auch für das Instrument der „Schulentwicklung“: wer entwickelt wen warum?

Die KMK - Handreichung von 1999 betonte das exemplarische Lernen an konkreten Alltags- und Arbeitssituationen für die heutige Lernfeldorientierung. Es geht wesentlich um die Einübung von Erkenntnisprozessen, nicht vorrangig um den Erwerb von Fachwissen. Das Verhältnis von Theorie und Praxis bei der Umsetzung der Lernfeldorientierung hat Thomas Vogel vor kurzem hervorragend für das Berufsfeld Farbtechnik und Raumgestaltung beschrieben (Die berufsbildende Schule 57, September 2005, 205 – 209). Hilmar Grundmann mahnt zusätzlich, das gesetzlich eingeführte Lernfeldkonzept nicht pauschal zu verdammen; er kritisiert hingegen die zunehmende Neigung, den berufsschulischen Unterricht auf „Arbeitsmarktfähigkeit“ zu beschränken und die Subjekt- bzw. Persönlichkeitsbildung durch den Beruf aufzugeben. Richard Huisinga betont im Dokumentationsbericht der Fachtagung „Berufliche Bildung zwischen Hartz und Pisa“ am 26./27. September 2003 in Leipzig: „Der Erfolg der Arbeit wie der Ausbildung resultiert nicht ausschließlich aus dem so genannten Fachwissen und -können. Vielmehr ist darüber hinaus eine spezifische Kombination von Sozial- und Selbstkompetenz erforderlich.“ Er denkt beispielsweise an Lernfelder zur Förderung der Subjektbildung im Rahmen beruflicher Ausbildung, um Selbstentfaltung, Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung zu lernen: für das Lernfeld „Umgangs- und Kommunikationsformen sowie Verhaltensstile steht an erster Stelle Sprachkompetenz in Deutsch und Englisch“. Bei der Lernfelddidaktik geht es somit um Lernsituationen, in die sich auch der Religionsunterricht

einklinken kann. Aus Handlungsfeldern in Beruf und Alltag sind Lernfelder zu entwickeln, die in Lernsituationen zerlegt werden. Wir haben festgestellt: erforderlich ist eine Teambildung unter den Religionslehrern, die sich wiederum in den „Bildungsgangkonferenzen“ mit den Fachkollegen zusammensetzen, um Lernfelder zu strukturieren. Dabei sollten sich Religionslehrer nicht blind instrumentalisieren lassen, sondern sie sollten abwägen, ob sie in bestimmten Lernfeldern mitarbeiten wollen.

Mir hat der Vorschlag gefallen, dass sich das Religionslehrerteam abspricht, wer sich als Kontaktmann für einzelne Abteilungen zur Verfügung stellt. In der Realität hat sich dies bereits unausgesprochen entwickelt, aber es sollte deutlicher herausgestellt werden.

#### Evaluation und Qualitätsentwicklung

Werner Lehner vom oberbayerischen Evaluationsteam stellte den Zeitplan einer externen Evaluation vor.

Neben dem ISB erhalten Sie die konkreten Unterlagen auch vom unterfränkischen Evaluationsteam, das seine Erfahrungen am 13. Oktober 2005 (siehe Seite 22) auf der Informations- und Delegiertenversammlung des VLB-Bezirks Unterfranken in Unterfranken vorstellte.

Im Ergebnis darf ich feststellen, dass die Evaluation ernst genommen werden sollte, um die Qualität von Schule und Unterricht zu verbessern. Wichtig sind die Transparenz und die Begründung der einzelnen Schritte, denn ohne Akzeptanz der Agierenden in den Berufsschulen und in den Betrieben wird es keine Qualitäts- und Schulentwicklung geben.

Lernfelddidaktik und Qualitätsmanagement streben von ihrem Ansatz her immer eindeutiger das Konzept der autonomen Schule mit eigener Verwaltungshoheit auf europäischer Ebene an. Alle Beteiligten, und auch die Lehrerverbände, sollten darauf achten, dass sich Staat und Gesellschaft nicht aus der Verantwortung für die Schulen stehlen können.

#### Schulpastoral

Pfarrer Peter Zillich von der Berufsschule Weiden brannte am letzten Kurstag ein Feuerwerk der schulpastoralen Möglichkeiten ab. Dabei ging es um die Fragestellung: Was kann ich tun, damit es dir besser geht? Für ihn steht die Teambildung im Fachbereich der Religions- und Ethiklehrer im Vordergrund, da die Initiativen gesammelt, bewertet und koordiniert werden müssen. Pfarrer Zillich hat beispielsweise an seiner Schule eine tägliche Sprechstunde für alle Schulangehörigen eingerichtet, um seinem Ziel gerecht zu werden. An seiner Schule ist die Abteilung Religion immer dabei, ganz gleich, welche internen und externen Anlässe gegeben sind. Er lädt auch die kirchlichen Dekanatskonferenzen in die Schule ein, damit sie sich ein Bild von Berufsschule machen können, die im-

merhin 60% eines Schülerjahrgangs in Deutschland besuchen. Infos unter: [www.Berufsschule-Weiden.de](http://www.Berufsschule-Weiden.de)

Für die Schulpastoral verweise ich auf den jährlich stattfindenden Tag der Schulpastoral in Würzburg und auf den Lehrbrief „Schulpastoral 5“ von „Theologie im Fernkurs“, Würzburg.

Abschließend darf ich feststellen, dass wir durch die Referenten und durch den Kursleiter gefühlvoll an die drei genannten Konzepte herangeführt worden sind. Nicht nur die Autonomie der Berufsschule kam zur Sprache, sondern auch die wachsende Eigenverantwortung des Religionslehrers, der sich im Team (selbst-)kritisch einbringen kann und muss, wenn er in der Berufsschule ernst genommen werden will. *Dr. Michael Persie*

## Senioren

### Wieder nur eine Niederlage?

Verfassungsgemäßheit der Absenkung des Versorgungsniveaus von Ruhestandsbeamten durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 mit Urteil des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 27. September 2005 (AZ 2BvR 1387/02). Das Urteil ist in seiner Kernaussage schlimm. Damit sind natürlich auch unsere Ein-/Widersprüche gegen die Absenkung abgelehnt. Ablehnungsbescheide werden von den Besoldungsstellen zur Zeit an alle Antragsteller versendet.

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums – von uns bzw. besser: unseren Spitzenverbänden wohl immer schon leicht schöngeredet – wurden wohl noch nie so negativ für uns interpretiert wie in diesem Urteil. Aber darüber mehr vielleicht in einem Folgeartikel.

Heute geht es um anderes: die neuerliche Niederlage darf nicht dazu führen – sei es aus Frust oder Verärgerung – in Zukunft sich nicht mehr ge-

gen unseres Erachtens unrechtmäßige Eingriffe zu wehren, sich nicht den Mühen des Ein-/Widerspruchs zu unterziehen.

Erstens sind Ein-/Widersprüche Ausdruck dafür, dass die Betroffenen beschwerende Verwaltungsakte nicht widerspruchslos hinnehmen.

Zweitens bleiben Ein-/Widersprüche selbst im unsensiblen Politikgeschäft – dann wenn ihre Zahl beachtlich ist, in unserem Falle waren es zehntausende (!) – nicht ohne Auswirkungen auf zukünftiges Handeln von Politikern.

Drittens – den Punkt Zweitens durch eine Analogie fortführend: Im Sport – z.B. im Fußball – führt eine Fehlentscheidung (Tatsachenentscheidung) z.B. eines verweigerten Strafstoßes oft – hier noch im selben Spiel – als ausgleichende Gerechtigkeit zu einer Konzessionsentscheidung für den zunächst benachteiligten Gegner. Das schlechte Gefühl/Gewissen des Entscheidungsträgers Schiedsrichter ist nahe liegend das Motiv.

Das Urteil des BVG gibt einige Hoffnung für die Zukunft: In den folgenden Ausführungen stehen nicht die wiederholt veröffentlichten Ablehnungsgründe im Mittelpunkt, sondern für die Zukunft Hoffnung gebende Aspekte des Urteils.

Aber zunächst noch eine für uns Ruhestandsbeamte ganz und gar nicht unwesentliche Tatsache, die die mir vorliegenden Berichte über Verfahren und Urteil unterschlagen. Die Beschwerdeführer hatten in ihrer Verfassungsbeschwerde auch wesentlich moniert, dass die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge auf aktive Beamte beschränkt ist. Allerdings ebenfalls ohne Erfolg; genauer: „Hinsichtlich dieses Sachverhalts (Art. 11 N. 1a, Vers.Änd.Ges. 2001), ist die Verfassungsbeschwerde jedoch unzulässig“, hier muss ein fachgerichtliches Verfahren vorgeschaltet werden. Die Frage ist also nicht entschieden worden.

Hoffnungspunkte / Anhaltspunkte (Indizien) aus dem Urteil für in Zukunft sensibleres Umgehen mit Beamten-Privilegien. Die Tatsache, dass das BVG über bereits beschlossene und angelaufene Senkungen des Versorgungsniveaus von Beamten verhandelte und urteilte, hat Eigenwert: die breite Öffentlichkeit hat bis zu dem Urteil auf der Meinung verharrt, die Beamten seien bisher von Kürzungen verschont geblieben, an dieses Privileg müsse nun endlich ran, da sei ein großes, noch ungehobenes Sparpotential.

Neben dieser Grundaufklärung bringt das Urteil Einzeltatsachen, Einzelbeurteilungen, Einzelschätzungen, die für die Zukunft etwas hoffen lassen:

**1. Die jeweilige Haushaltslage der öffentlichen Hände – Sparnotwendigkeit, gestiegene Zahl der Beamten, steigende Versorgungslasten – sind allein kein hinreichender Grund für Kürzungen**

„Im Beamtenrecht ist das Bemühen, Ausgaben zu sparen, in aller Regel für sich genommen keine ausreichende Legitimation für eine Kürzung der Altersversorgung.“ (Leitsatz)

Die absehbare Verringerung des Versorgungsniveaus ist im Hinblick

auf die Entwicklung des Alterseinkommens der Rentner, nicht jedoch wegen des Anstiegs der Versorgungsausgaben gerechtfertigt. Die Reform der Beamtenversorgung geht zwar über die Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Rentenreform 2001 hinaus. Sie hält sich aber noch in den Grenzen des gesetzgeberischen Beurteilungsspielraums.

Die steigenden Ausgaben der Beamtenversorgung, mit denen der Gesetzgeber die Absenkung des Versorgungsniveaus begründet hat, stellen keinen sachlichen Grund für die Verminderung der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und des Versorgungssatzes dar.

Im Beamtenrecht können finanzielle Erwägungen und das Bemühen, Ausgaben zu sparen, in aller Regel für sich genommen nicht als ausreichende Legitimation für eine Kürzung der Altersversorgung angesehen werden. Die vom Dienstherrn geschuldete Alimentierung ist keine dem Umfang nach beliebig variable Größe, die sich einfach nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten der öffentlichen Hand, nach politischen Dringlichkeitsbewertungen oder nach dem Umfang der Bemühungen um die Verwirklichung des allgemeinen Sozialstaatsprinzips bemessen lässt. Alimentation des Beamten und seiner Familie ist etwas anderes und Eindeutigeres als staatliche Hilfe zur Erhaltung eines Mindestmaßes sozialer Sicherheit und eines sozialen Standards für alle und findet seinen Rechtsgrund nicht im Sozialstaatsprinzip, sondern in Art. 33 Abs. 5 GG. Zu den finanziellen Erwägungen müssen deshalb in aller Regel weitere Gründe hinzukommen, die im Bereich des Systems der Altersversorgung liegen und die Kürzung von Versorgungsbezügen als sachlich gerechtfertigt erscheinen lassen.

Hingegen können die wachsende Nachfrage staatlicher Leistungen und die Belastungen, die durch die Aufstockung der Zahl der Beamten verursacht werden, für sich genommen eine Absenkung des Versorgungsniveaus zur Einsparung staatlicher Ausgaben nicht rechtfertigen.

**2. Die Kürzungen der gesetzlichen Renten können nicht einfach prozentgleich auf die Pensionen übertragen werden**

„Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung können zur Bestimmung der Amtangemessenheit der Versorgungsbezüge und zur Rechtfertigung von deren Absenkung nur herangezogen werden, soweit dies mit den strukturellen Unterschieden der Versorgungssysteme vereinbar ist.“ (Leitsatz)

Ein wesentlicher Unterschied der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber der beamtenrechtlichen Altersversorgung besteht darin, dass die Sozialrente als Grundversorgung durch Zusatzleistungen ergänzt wird. Die Beamtenversorgung umfasst hingegen als Vollversorgung sowohl die Grund- als auch die Zusatzversorgung, wie sie durch die betriebliche Altersvorsorge erfolgt. Diese Doppelfunktion ist einerseits durch die Pflicht des Dienstherrn begründet, dem Beamten einen seinem Amt angemessenen Ruhestand zu ermöglichen. Andererseits ist sie Korrektiv dafür, dass dem Beamten weder individuell noch durch kollektive Maßnahmen eine ergänzende betriebliche Versorgungszusage ermöglicht wird. Zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung bestehen mithin strukturelle Unterschiede. Sie sind bei einem Vergleich der Systeme zu berücksichtigen. Das Versorgungsniveau von Mitgliedern der gesetzlichen Rentenversicherung bildet nur dann einen tauglichen Vergleichsmaßstab, wenn dabei neben der Rente auch Einkünfte aus einer betrieblichen Zusatzversorgung berücksichtigt werden.

Soweit die Rentenreform des Jahres 2001 dazu führt, dass eine angemessene Altersversorgung nur mit Hilfe zusätzlicher, privater Altersvorsorge gesichert werden kann, scheidet eine Übertragbarkeit auf das Versorgungsrecht aus.

Unabhängig von der Frage, ob und gegebenenfalls in welchen Grenzen ein entsprechender Übergang zu einem System, in dem Teile der Altersversorgung durch private Zusatzversicherung abgesichert sind, auch für

den Bereich der Beamtenversorgung überhaupt ohne Verfassungsänderung möglich wäre, kann für die Bemessung der Bezüge beamteter Versorgungsempfänger jedenfalls gegenwärtig der Vergleich mit Rentenbezügen insoweit nicht maßgebend sein, als diese nur eine Teilversorgung im Rahmen eines mehrsäuligen Versorgungssystems darstellen.

Dementsprechend haben die in der mündlichen Verhandlung gehörten sachkundigen Dritten übereinstimmend ausgeführt, die Absenkung der Beamtenversorgung gehe über die der Rente hinaus.

Andererseits ist er jedoch gehalten, bei einer nicht unerheblichen Abweichung der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung Korrekturen an der Ausgestaltung der Bezüge vorzunehmen.

Durch diese Revisionsklausel wurde die Möglichkeit geschaffen, festzustellen, ob die mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 angestrebte wirkungsgleiche und systemgerechte Übertragung der Rentenreform erreicht wurde. Der Gesetzgeber ist folglich schon nach der Konzeption des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 verpflichtet, seine Prognose zu überprüfen und gegebenenfalls erforderliche Änderungen zu beschließen. Er hat hierdurch der Zweistufigkeit der Reform sowohl der Rentenversicherung als auch der Beamtenversorgung Rechnung getragen und sich die Möglichkeit offen gehalten, Ungleichheiten in der ersten bei der Übertragung der zweiten Stufe auszugleichen.

**3. Beamtenversorgung auf dem Niveau Mindestversorgung ist unzulässig**

Schließlich hat der Gesetzgeber zu beachten, dass der Leistungsgrundsatz des Art 33 Abs 2 GG und das aus Art. 33 Abs. 5 GG folgende Gebot einer dem Amt angemessenen Alimentierung auch unter den Versorgungsempfängern eine Differenzierung der Höhe ihres Ruhegehalt nach der Wertigkeit des Amtes erfordern, das von ihnen zuletzt ausgeübt wurde. Auch nach einer Absenkung des Versorgungsniveaus muss deshalb ein hinreichender Abstand zur Mindestversorgung ge-

währleistet sein. Blicke die Mindestversorgung nicht auf Ausnahmefälle beschränkt oder lägen die Bezüge ganzer Gruppen von Versorgungsempfängern nicht in nennenswertem Maße über der Mindestversorgung, so führte dies zu einer Nivellierung, die die Wertigkeit des Amtes nicht mehr hinreichend berücksichtigte.

**4. Ungleichbehandlung von Aktiven und Versorgungsempfängern gegeben, also (noch) zulässig**

Art. 1 Nr. 48 Vere.ÄndG 2001 verstößt nicht gegen Art. 3 Abs. 1 GG.

Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG gebietet dem Gesetzgeber, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln. Er ist verletzt, wenn ein vernünftiger, sich aus der Natur der Sache ergebender oder sonst wie sachlich einleuchtender Grund für die gesetzliche Differenzierung oder Gleichbehandlung sich nicht finden lässt, sodass die Bestimmung als objektiv willkürlich bezeichnet werden muss.

Art. 1 Nr. 48 Vere.ÄndG 2001 bewirkt, dass aktive Beamte nur in Höhe der bislang angefallenen Versorgungsrücklage nach § 14a BBesG, Versorgungsempfänger hingegen zusätzlich durch die Absenkung des Versorgungsniveaus nach §69e BeamtVG zur Verringerung des Anstiegs der Versorgungsausgaben finanziell belastet werden. Darin liegt eine Ungleichbehandlung.

Besoldung und Versorgung sind die einheitliche, schon bei Begründung des Beamtenverhältnisses garantierte Gegenleistung des Dienstherrn; sie sind Teilelemente des einheitlichen Tatbestands der Alimentation. Der Dienstherr ist gehalten, den Unterhalt des Beamten lebenslang – und damit auch nach Eintritt in den Ruhestand – zu garantieren. Dieser Verpflichtung kommt er gegenwärtig durch Bereitstellung einer Vollversorgung nach. Der Beamte hat seine Altersversorgung und die seiner Hinterbliebenen nicht selbst zu veranlassen; stattdessen sind die Bruttozüge der aktiven Beamten von vornherein – unter Berücksichtigung der künftigen Pensionsansprüche – niedriger fest gesetzt.

Die Einheit von Besoldung und Versorgung hat zur Folge, dass es in rechtliche Hinsicht keine Versorgungslast gibt. Diesem Begriff liegt die unzutreffende Annahme zugrunde, es lasse sich zwischen dem – im Vergleich zu einem Angestellten – preiswerteren aktiven Beamten, bei dem der Dienstherr nicht mit den Sozialabgaben belastet ist, und dem teureren Ruhestandsbeamten differenzieren, für den weiterhin der Dienstherr und nicht die Versorgungsanstalten des Bundes und der Länder und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte aufkommen muss. Die Versorgung ist vielmehr die Fortsetzung der Besoldung.

Der Beamte hat kein Recht auf eine allgemeine, stets prozentual vollkommen gleiche und gleichzeitig wirksam werdende Besoldungs- und Versorgungsanpassung für alle Besoldungs- und Versorgungsempfänger. Verschiedene Besoldungsgruppen können deshalb ungleich behandelt werden, wenn es hierfür einen sachlichen Grund gibt.

Daraus folgt zunächst, dass eine Heranziehung allein der Ruhestandsbeamten zur Absenkung der Personalkosten nicht mit dem zu erwartenden Anstieg der Ausgaben für Versorgungsempfänger sachlich gerechtfertigt werden kann.

Für eine Ungleichbehandlung kann gleichfalls nicht auf eine ansonsten doppelte Inanspruchnahme der aktiven Beamten verwiesen werden. Eine Doppelbelastung der aktiven Beamten hat der Gesetzgeber darin gesehen, dass sie neben den Verminderungen der Besoldungsanpassung auch durch eine private Altersvorsorge belastet würden. Nach der Gesetzesbegründung ist eine private Altersvorsorge für eine amtsangemessene Versorgung jedoch nicht erforderlich. Hierauf geleistete Zahlungen stellen sich vor diesem Hintergrund als Geldanlagen dar, die zu tätigen der privaten Lebensplanung unterfällt. Ebenso wie nicht staatlich geförderte Anlageformen rechtfertigen sie es daher nicht, aktive Beamte im Gegensatz zu Versorgungsempfängern von als notwendig erachteten Sparmaßnahmen auszunehmen.



**Post Skriptum**

Wiederholt wurde die Frage gestellt, ob es nicht genüge, wenn ein/e Kollege/in – eventuell mit Hilfe des Verbandes – die Prozedur Ein-/Widerspruch auf sich nähme und im Erfolgsfall sich die Parallelfälle dranhängen könnten. Dazu haben Bundesverfassungsgericht und Bundesverwaltungsgericht übereinstimmend entschieden, dass nur diejenigen in den Genuss von rückwirkenden Besoldungs- und Versorgungsbezügenverbesserungen kommen können, die ihre Ansprüche selbst im Widerspruchs- und Klageverfahren geltend gemacht haben. Allerdings, auf die Durchführung des Klageverfahrens kann vom Verwaltungsaktgeber verzichtet werden, wenn der Sachverhalt in einer Musterklage entschieden wird. Auch im vorliegenden Fall war das so (Verfahren wurde ruhend gestellt – Verzicht auf die Einrede der Verjährung).

Die Musterklage ist übrigens als Verfassungsbeschwerde von drei Senatoren mit Rechtsschutz des BRH – dem wir als Mitglied angehören – geführt worden. *Berthold Schulter*



ter. 1970 folgte er dem Ruf ins Ministerium für Arbeit- und Sozialordnung und war dort bis zu seinem „Unruhestand“ als Leitender Ministerialrat in zahlreichen Positionen tätig. Danach übernahm er den Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der LMU, hielt Vorlesungen und Seminare und war Vorstand des Instituts für Wirtschafts- und Sozialpädagogik an der betriebswirtschaftlichen Fakultät. Diese Tätigkeit endete 1996.

Auch in unserem Berufsverband engagierte er sich von 1964 – 1986 als stellvertretender Landesvorsitzender des VDH und konnte so viel für den Berufsstand der Diplom-Handelslehrer erreichen. *Hermann Braun*

**... zum 80. Geburtstag**

- Feldhütter, Karl**, 30.12. 82327 Tutzing, KV Obb.-Südwest
- Hübschmann, Stephan**, 26.12. 96129 Strullendorf-Mistendorf, KV Bamberg-Forchheim
- Melzner, Ernst**, 10.12. 92421 Schwandorf, KV Amberg-Sulzbach
- Pellkofer, Max**, 18.12. 94315 Straubing, KV Donau-Wald
- Preß, Walter**, 04.12. 84332 Hebertsfelden-Linden, BV München

**... zum 75. Geburtstag**

- Brummer, Robert**, 14.12. 94036 Passau, KV Ndb.-Ost
- Gütler, Heinrich**, 16.12. 87435 Kempten, KV Allgäu
- Hahn, Artur**, 13.12. 97437 Haßfurt, KV Main-Rhön
- Kempf, Georg**, 24.12. 90768 Fürth, KV Neumarkt
- Klöber, Werner**, 26.12. 92318 Neumarkt, KV Mfr.-Nord
- Krammer, Franz**, 30.12. 83346 Bergen/Chiengau, KV Traunstein-BGL
- Peter, Albert**, 14.12. 95615 Marktredwitz, KV Opf.-Nord
- Reichermeier, Josef**, 02.12. 94526 Metten, KV Donau-Wald
- Warkus, Herbert**, 09.12. 92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach

**... zum 70. Geburtstag**

- Hammer, Ernst**, 19.12. 86420 Diedorf, KV Augsburg
- Kölbl, Bernhard**, 28.12. 86975 Bernbeuren, KV Obb.-Nordwest
- Riegel, Eugen**, 12.12. 97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön

**... zum 65. Geburtstag**

- Beimler, Hans**, 25.12. 92637 Weiden, KV Opf.-Nord
- Blomeyer, Günther**, 28.12. 82069 Hohenschäftlarn, BV München
- Bredl, Ursula**, 13.12. 96052 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
- Enders, Herbert**, 31.12. 86199 Augsburg, KV Augsburg
- Heid, Marianne**, 14.12. 83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
- Heindle, Ernst**, 28.12. 63741 Aschaffenburg, KV Untermain

**Personalien**

**In memoriam Hans Sehling**

Hans Sehling wurde am 8. Dezember in Schönfeld/Kreis Elbogen geboren. Er besuchte die Oberschule in Elbogen und legte 1947 in Arnberg das Abitur und 1956 an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) die Diplomprüfung zum Handelslehrer ab. Ein Jahr später folgte die Assessorprüfung für das Höhere Lehramt an kaufmännischen Schulen. 1965 promovierte er und übernahm einen Lehrauftrag in der Wirtschafts- und Berufspädagogik an der Münchner Universität. Von 1967 bis 1970 baute er im Range eines Oberstudiendirektors das erste Staatliche Studienseminar für das Höhere Lehramt an kaufmännischen Schulen in Bayern auf und war dessen erster Lei-

**Wir gratulieren im Dezember ...**

**... zu Geburtstagen über 80**

- Fischer, Heinrich**, 01.12.1911 95632 Wunsiedel, KV Ofr.-Nordost
- Rettenbeck, Johann**, 20.12.1912 85356 Freising, KV Obb.-Nordwest
- Petzenhauser, Josef**, 19.12.1915 94513 Schönberg, KV Ndb.-Ost
- Brosow, Siegfried**, 10.12.1918 95145 Oberkotzau, KV Ofr.-Nordost
- Niedergesäss, Waldemar**, 06.12.1919 83278 Traunstein, KV Traunstein BGL
- Kobes, Franz**, 04.12.1919 81829 München, BV München
- Müller, Helmut**, 03.12.1919 82256 Fürstenfeldbruck, KV Obb.-Südwest
- Hilmer, Alfons**, 28.12.1920 87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

- Hundhammer, Klaus**, 16.12. 92665 Altenstadt, KV Opf.-Nord
- Knott, Monika**, 22.12. 94315 Straubing, KV Donau-Wald
- Ludwig, Bernd**, 30.12. 82031 Grünwald, BV München
- Meder, Walter**, 28.12. 89257 Illertissen, KV Nordschwaben
- Nieweler, Manfred**, 15.12. 84570 Polling, KV Altötting-Mühlendorf
- Pausenberger, Richard**, 18.12. 93057 Regensburg, KV Regensburg
- Reil, Helmut**, 18.12. 92665 Altenstadt a. d. Waldn, KV Opf.-Nord
- Wanninger, Gabriele**, 03.12. 85435 Erding, KV Obb.-Nordwest

**... zum 60. Geburtstag**

- Becke, Franz-Michael**, 30.12. 86316 Friedberg, KV Augsburg
- Förster, Hans**, 09.12. 96050 Bamberg, KV Regensburg
- Kagerer, Rita**, 20.12. 80997 München, BV München
- Paetzolt, Reinhard**, 17.12. 92660 Neustadt, KV Opf.-Nord
- Paukner, Konrad**, 29.12. 86179 Augsburg, KV Allgäu
- Rubel, Horst**, 26.12. 96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
- Schwarz, Horst**, 10.12. 92665 Altenstadt, KV Opf.-Nord

**In den Ruhestand sind gegangen ...**

- Blomeyer, Günther**, BV München
- Ende, Anneliese**, KV Mfr.-Süd
- Enders, Herbert**, KV Augsburg
- Hundhammer, Klaus**, KV Opf.-Nord
- Ott, Elisabeth**, KV Mfr.-Süd
- Reil, Helmut**, KV Opf.-Nord
- Schmidt, Gerhard**, KV Nürnberg
- Wittmann, Siegmund**, KV Mfr.-Süd
- Zimmermann, Frank**, KV Nürnberg

**Wir trauern um ...**

- Müller-Röhr, Manfred**, KV Ofr.-Nordwest (82)

# Digitale Bilder, groß in Szene gesetzt!

**Allround-Kamera!**

**Konica Minolta Dimage Z 6** Die DIMAGE Z 6 ist ein wahres Hochleistungsgerät mit 6 Megapixeln und einem sehr großen 5 cm LCD-Monitor. Mit ihrem optischen 12fach Zoomobjektiv, dem integrierten Anti-Shake-System, der Supermacro-Funktion und dem schnellen Autofokus sorgt Sie für angenehmes und erfolgreiches Fotografieren!

**Anti-Shake-Technologie**

**12-fach Zoomobjektiv**

**6,0 Megapixel**



# 820 930

**TOP-PREIS!**

**353,-**

409,48 inkl. MWSt

**Digitale Einsteiger-SLR!**

**Nikon D 50 Kit AF-S DX 18-55** Der große Umfang an Automatikfunktionen macht das Fotografieren mit der D50 zum unkomplizierten Vergnügen. Als vollwertige Spiegelreflexkamera bietet die D50 selbstverständlich umfangreiche Steuerungsmöglichkeiten, mit denen kreative Fotografen auf alle entscheidenden Bildparameter Einfluss nehmen können. Inkl. Nikon AF-S DX 18-55 Zoom.

**5 cm großes Display**

**Inkl. 18-55 Zoom**

**6,1 Megapixel**



# 818 235

**TOP-PREIS!**

**609,-**

706,44 inkl. MWSt

**Leistungsstark!**

**NEC VT 47** Der VT 47 von NEC bietet alles, um Sie bei Geschäfts-Präsentationen leistungsfähig und umfassend zu unterstützen. Dank Weitwinkelobjektiv ist er auch für kleine Räume ideal geeignet. Mit bis zu 3000 Stunden Lampenlebensdauer im Eco Mode hilft er sogar beim Sparen.

**Nur 28 db Betriebsgeräusch**

**1280 x 1024 Pixel (SXGA)**

**1500 ANSI-Lumen**



# 829 323

**TOP-PREIS!**

**629,-**

729,64 inkl. MWSt



## Vermischtes

### Mittelfranken zu Besuch im Urstromtal der Donau um Beilngries

Ein fast voller Bus mit Mitgliedern des Bezirksverbandes Mittelfranken und Gästen steuerte auf den geografischen Mittelpunkt des Ausfluges um Kipfenberg in Bayern zu. Ziel war die Kratzmühle an der Altmühl, eine noch immer leistungsfähige Wasserkraft liefernde Station, die nicht nur die Mühle, den Campingplatz und ein Gutshof der ehemaligen renommierten Brauerei Prinsdner mit Energie versorgt, sondern den Überschuss ins Stromnetz liefert. Als uns der engagierte Führer die Technik und Konstruktion dieses ungefähr 110-jährigen Wasserkraftwerkes erklärte, wurden technische Erinnerungen geweckt. Anschließend besichtigten wir das Technikmuseum „von anno“ dazumal. Alte Schellackplatten konnten wieder angehört werden, alte Werkstätten mit Energieübertragung über Transmissionsriemen erweckten bei manch älterem Teilnehmer Erinnerungen an eine längst vergangene Lehrlingszeit. „Ach, das lief bei uns Jahrzehnte und war gut!“, äußerte manche Kollegin bei der Besichtigung alter Küchen- und Waschhausutensilien. „So viele Motorräderfirmen hatte einmal Nürnberg, wie Zündapp, Triumph usw., und heute?“, bewertete ein Kollege die Ausstellung mit alten Kraftködern, Fahrrädern und Automobilen. Ganz zu schweigen, von den vielen alten medizinischen Geräten der Bader, Dentisten und Hebammen vergangener Zeiten. Alles in Allem, eine gute Anregung für einen nächsten „Wandertag“ mit einer Klasse!

Anschließend ging es weiter nach Unteremmdorf zu einer Wanderung aufwärts an dem ehemaligen Ufer des alten Urstromtales der Donau, bevor der Durchbruch bei Weltenburg vor Millionen von Jahren erfolgte. Kenntnisreich erzählte uns darüber Gerhard Binder, Kreisvorsitzender in Mittelfranken-Süd. Einen wun-

Aufmerksam folgten die Kunstinteressierten den Ausführungen von Bruder Benedikt.



dervollen Blick genossen wir bei schönem Wetter über dieses Tal mit Blick auf das aus Baggerseen neu gestaltete und gut besuchte Erholungsgebiet mit Blick auf die Burg und das Schloss Hirschberg sowie unterhalb liegend die Kratzmühle. In anschaulicher Weise erklärte uns Binder auch hier geschichtlich und geografisch diesen Ausblick. Nächster Haltpunkt mit Mittagspause war Hirschberg. Am Berg über Beilngries malerisch gelegen mit mittelalterlicher Burganlage und einem Schloss, auf das wir nur einen Blick werfen konnten. Nach dem Mittagessen ging es weiter zum Benediktinerkloster Plankstetten, wo uns Bruder Benedikt, immerhin schon 83 Jahre alt, durch Kirche und Anlage führte. Fasziniert zeigten wir uns sowohl von der Architektur wie auch von der dynamischen und anschaulichen Beschreibung der Geschichte der Klosterkirche und dem Leben als Mönch. Benedikts mentale Neigung uns ein modernes katholisch-christlich-ökologische Weltbild zu vermitteln, beeindruckte ebenso und machte betroffen. Da auch ein Benediktinerkloster leben muss, führte uns der Weg zum angegliederten Klostersgut Staudenhof, das als ökologisch landwirtschaftlicher Betrieb von Mönchen geführt wird. So wurde uns mit Stolz die Fünf-Felder-Wirtschaft erläutert – eine Methode, die keinen Dünger erforderlich macht, da sich der Boden selbst hilft. Weiter erfuhren wir etwas über ökologische Viehhaltung, die kaum einen geschlossenen Stall benötigt. Auch können Wiederkäuer bei bis zu minus 25 Grad Celsius im Freien ohne Leistungsabfall leben. Wer hätte das gewusst, außer unseren Land-

wirten natürlich. Wir lernten so etwas über ökologisch-organische Landwirtschaft im Vergleich zur ökologisch-dynamischen und konventionellen Produktionsweise, und auch wo man das „gute“ Fleisch und die Wurst kaufen kann – im Klosterstüberl, wo wir dann am Abend zur Brotzeit einkehrten.

Zur Vorbereitung auf die Brotzeit erfuhren wir auch noch Einiges über Dinkel- und Emmerkörner, alten Weizenarten, deren Anbau hier ebenfalls gepflegt wird. Ich freute mich schon auf das Emmer-Bier am Abend.

Auf der Heimfahrt im Bus wurden noch die neuesten Informationen über die aktuelle Verbandsarbeit von Horst Lochner, unserem Bezirksvorsitzenden, vorgetragen. Insgesamt konnten wir einen herrlichen Tag miteinander verbringen. Dank gebührt dem ausführlichen Informationsfluss von Gerhard Binder. Damit war es nicht nur eine Mitgliederfahrt, sondern auch eine berufliche Fortbildung in die Heimat von Gerhard Binder, rund um Beilngries und dem Altmühltal.

Armin Ulbrich

### Auf Flandern folgte Burgund (Pfingstferien 2005)

Unter der kompetenten Führung des schon in vielen Reisen bewährten Gottfried Berger, startete der vollbesetzte Bus über die Oberrheinebene Richtung Burgund zur Pfingstreise des BV Unterfranken.

Erstes Etappenziel war Ottmarsheim im Elsaß, wo Berger den nach dem karolingischen Vorbild der Pfalzkapelle zu Aachen erbauten kleinen

Zentralbau vorstellte. Arc et Senans, die ehemalige königliche Saline im französischen Jura, war das zweite Ziel des Anreisetages. Die Anlage ist ein erlesenes Beispiel geschichtlicher Industriearchitektur (1775–1779) und steht als Weltkulturerbe unter dem Schutz der UNESCO.

Burgund, die hügelige Landschaft, mit Weinhängen, heckenumsäumten Weideflächen für die bekannten Charollais-Rinder, empfing uns mit gar furcht erregendem Hagelschauer in Châlon sur Saône, dem Ausgangspunkt für alle weiteren Exkursionen. Untergebracht waren wir in einem Hotel mit ausgezeichneter landestypischer Küche. Nicephore Niepce, der vergessene Erfinder der Photographie, stammt ebenso aus dieser schönen Stadt wie der Organisator des Pariser Louvre, der Ägyptologe Denon.

Aus der Fülle der täglichen Erfahrungen der sechstägigen Fahrt seien einige Bereiche genannt:

Weltgeschichte, Kunst, Religion, Architektur, Soziales, Technik, alle miteinander in einer von Berger hervorragend interpretierten Wechselbeziehung verknüpft.

Nach der Besichtigung der romanischen Klosterkirche Saint Philibert in Tournus, einem Besuch in St. Martin Chapaise, lag das berühmte Kloster Cluny vor uns, oder besser, das was die französische Revolution von dem einst größten Kirchenbau der Christenheit noch übrig gelassen hat, und das ist immer noch gewaltig. Hier wurde das geistige Europa geprägt und immer wieder neu belebt. Dies begann mit den Clunyasensern (910) und wurde fortgeführt durch den Reformorden der Zisterzienser (ab 1098). Unweit von Cluny wie auch von Citeaux liegt Taize, der Sitz der ökumenischen Bewegung, dessen Gründervater Roger Schütz vor einigen Wochen ermordet wurde. Eine Kostprobe der dort gepflegten Gesänge gaben zwei mitreisende Kolleginnen. Auch das größte außersaisische buddhistische Kloster wirkt hier in der Gegend mit 58 Mönchen für die Idee des Friedens.

Doch nicht nur Friede sondern auch Machtwille demonstrierte sich in



Reiseleiter Gottfried Berger in seinem Element.

dieser Landschaft, in der Julius Cäsar im Gallischen Krieg seinen Herausforderer Vercingetorix festsetzte; hier rief Bernhard von Clairvaux 1146 zum zweiten Kreuzzug auf und die Herzöge von Burgund prägten das Land.

Die Bahntrasse Paris- Lyon durchzieht die Region, auf der der elegante Hightech-TGV mit bis zu 360 km/h vorbei rauscht. Paray-le Monial, geistliches Zentrum der Herz-Jesu-Bewegung aus dem 19. Jahrhundert, mit seiner romanischen Kathedrale, die als Modell der einst so riesigen Klosterkirche von Cluny gilt, spiegelt sich im Canal du Centre. Auf dieser Wasserstraße, Teil der Verbindung Nordsee zum Mittelmeer, kann man gelegentlich in weit gemächlicherem Tempo Freizeitkapitäne, die ihre Schleusen selbst betätigen, beobachten.

Zur Wiege der Menschheit führte der Aufstieg zu dem einer Epoche namengebenden „Roche de Solutré“, einer sehr wahrscheinlich prähistorischen Kultstätte, an deren Grund der steil aufragenden Felswand zigtausende Wildpferdskelette gefunden wurden. Auf dem Weg lohnte sich auch der Besuch der Chapelle des Moines inmitten der Weinberge von Berzé la Ville.

Soziales Engagement, gekoppelt mit diesseitiger Demonstration von Kunst und Macht sowie Vorsorge für das Seelenheil, zeigte sich an zwei Orten besonders deutlich: Beaune, die malerische mittelalterliche Stadt, mit dem „Hôtel-Dieu“ einem künstlerisch ästhetischen ebenso wie funktionalen Ansprüchen genügenden Hos-

pital des Hochmittelalters. Besonders beeindruckend das berühmte Triptychon von Roger van der Weyden, die wertvollen Gobelins, Truhen und Gemälde flandrischer Herkunft.

Champmol in der burgundischen Metropole Dijon war Karthäuserkloster und Grablege der Herzöge von Burgund. Heute ist hier die größte Nervenheilanstalt Frankreichs untergebracht. Die Anlage birgt heute noch Kostbarkeiten aus der Zeit vor der Verwüstung durch die französische Revolution, so der zum Weltkulturerbe gezählte Mosesbrunnen des niederländischen Bildhauers Claus Sluter, des weiteren die Klosterkirche Notre Dame, mit dem noch erhaltenen Stifterportal Herzog Philips des Kühnen nebst Gattin Margarethe.

Im Stadtschloss bestaunten wir die aus der Klosterkirche später hierher verbrachten zwei Herzogsgräber mit deren künstlerisch ausgereiften und ins Detail durchgestalteten Totengeleit aus Alabaster-Marmor, sowie kunstvolle weitere Ausstattungsstücke vom früheren Inventar der Kirche von so hervorragenden Künstlern wie z.B.: Jean de Marville, Robert Campin, Jacques de Baerze, Melchior Broderlam, Claus Sluter.

Neben zahlreichen Bauten der Residenzstadt der Grandes Ducs de Valois: so Phillip der Kühne, Johann ohne Furcht, Philipp der Gute und schlimmen Endes Karl der Kühne, der in der Schlacht bei Murten Burgund an Frankreich verlor, lohnte vor allem der Besuch des noch untertägig ver-



bliebenen Restes der einst gewaltigen fünfgeschossigen romanischen Rotunde Saint Bénigne.

Romanik vom Feinsten, wer kennt sie nicht aus der Literatur: die Tympanon-Skulpturen und hochwertigen Kapitelle von Autun, Ancy-le-Duc, Vezelay, Percy-les-Forges, einst bedeutende Stationen auf dem Pilgerweg nach Santiago de Compostela, die trotz der Verwüstungen durch die Revolution immer noch den Glanz be-seelten Steines ausstrahlen.

Höhepunkt spiritueller Architektur, in der nur Harmonie, Licht und Raum, eingebettet in „Tal und Einsamkeit“, so wie es ihr großer Vater Bernhard von Clairvaux festgelegt hat, das Kloster Fontenay (ab 1134). Der Blick der Besucher wird fast zwangsläufig nach innen gelenkt. Nichts sollte zwischen Gott und seinem Geschöpf störend zwischengelagert sein, nicht die Farbigekeit des Glases, nicht der Versuch der figürlicher Fassung des Unfassbaren, nicht die Monumentalität von Türmen und Mauern, Raum zwischen Diesseits und Jenseits.

Was wäre Burgund ohne seinen Wein. Verkostungen des Produkts fanden nicht nur im Weingut „Chateau de Marsannay“ bei einer Weinprobe statt, sondern z.B. auch gelegentlich unserer mehrfachen Picknicks im Freien an schön gelegenen Stellen.

Zwei Schmankerl noch auf dem Nachhauseweg: Rochamp, Meisterwerk des Architekten Le Corbusier, und das Münster zu Freiburg im Breisgau, dessen mittelalterliche Monumentalität auch auf uns Besucher, dank Gottfried Bergers sachkundiger Hinführung noch lange Spuren in unserer Erinnerung hinterließ, das Altargemälde eines Hans Baldung Grien eingeschlossen.

Mit dieser Reise wurde ein weiteres funkelndes Mosaiksteinchen europäischer Kultur hinzugefügt, ergänzend zu den Exkursionen ins Piemont, nach Rom und Flandern.

Wolfgang Lambl würdigte in einem abschließenden Dankeswort vor allem die diesbezüglichen Aktivitäten des Bezirksverbandes Unterfranken mit ihrem großartigen Mentor Gottfried Berger. Franz Messmer

## Termine



### 9. Bayerischer Berufsbildungskongress der Bayerischen Staatsregierung

**Termin:** 12. – 5. Dezember 2005  
**Ort:** Messezentrum Nürnberg

## Veranstaltungen mit VLB-Beteiligung

### Ausbildungsreife der Jugendlichen

*Siegfried Schneider*, Staatsminister für Unterricht und Kultus  
*Heinrich Traublinger*, HWK München  
Dr. Christof Pechtl, VBM  
*Karen Schober*, Bundesagentur für Arbeit  
*Albin Dannhäuser*, BLLV  
*Hans Käfler*, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB)  
*Fritz Schösser*, DGB

**Termin:** 12. Dezember 2005, 14.00 Uhr, Raum München CCN Mitte

### Qualitätsmanagement an Schulen – Bericht aus der Praxis

*Hans Käfler*, Schulleiter der staatl. Berufsschule 1 Passau, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

- Die Notwendigkeit systematischer und systemischer Schulentwicklung
- EFQM versus DIN ISO 9 ...
- Einstieg in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess
- Wie kann man Schulqualität messen?
- Ein kennzahlenorientiertes Schulprogramm als Mittel zur internen Evaluation
- Erfahrungen und Ergebnisse
- Anforderungen an die externe Evaluation aus Sicht einer sich selbst evaluierenden Schule

**Termin:** 13. Dezember 2005, 13.00 Uhr, Raum Mailand

### Innovation berufliche Bildung

*Manfred Theunert*, VBM,  
*Rudolf Herwig*, HWK München  
*Wilhelm Thomé*, Staatsministerium für Unterricht und Kultus  
*Poller Ursula*, IHK Nürnberg  
*Hans Käfler*, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB)  
Moderation *Prof. Dr. Peter F. E. Sloane*, Paderborn

**Termin:** 13. Dezember 2005, 10.00 Uhr, Raum Mailand

Nähere Informationen finden Sie unter:  
[www.stmas.bayern.de/veranstalt/bbk2005](http://www.stmas.bayern.de/veranstalt/bbk2005)

## Kommunale Schulen

**Münchner Berufliche Schulen gestalten Lebenswelt in Münchner Altenheimen:**

### Jung für Alt – Münchner Altenheimprojekt

#### Vorbemerkung

Der Autor der Projektbeschreibung erhebt den Anspruch auf die Urheberschaft der Idee zum Münchner Altenheimprojekt. Vom Eintritt seiner Mutter in das „Haus Heilig Geist“ der Münchenstift GmbH im Dezember 2000 bis zu ihrem Tode im November 2004 konnte er als Angehöriger, Mitglied des Angehörigenbeirats und Mitglied des Heimbeirats einen umfassenden Überblick und tiefe Einblicke in die Lebenswelt der Heimbewohner gewinnen. Das berufliche Schulwesen der Landeshauptstadt München ist dem für dem für die berufspädagogische Zielsetzung verantwortlichen Koordinator bestens bekannt. Er beschäftigt sich, neben vielen anderen wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte und Gegenwart der beruflichen Bildung, als Seniorenvertreter seines Stadtbezirks und nunmehr Heimführer im „Haus Heilig Geist“ besonders mit Überlegungen zur Verbesserung des Lebensraumes alter und dementer Heimbewohner.

Das Projekt, das vom Schulreferat der Landeshauptstadt München, Fachabt. 1 Berufliches Schulwesen, gefördert wird, kann mit Zustimmung des Autors auch in anderen bayerischen Städten durchgeführt werden. Die Zustimmung – und vielleicht Empfehlung – des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Abt. VII Berufliche Schulen, wird noch eingeholt. Da es für Schulen immer wichtiger wird, die eigenen Leistungen einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln, müssen vor allem berufliche Schulen neben ihren produktiven Leistungen ihre kreativen Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen stärker als bisher öffentlich darstellen.

Holland + Josenhans Verlag

## Aktuelles – Herbstneuheiten

**Schrodt**  
• Formelsammlung **Mediengestaltung**  
88 Seiten, zweifarbig  
ISBN 3-7782-6076-6  
€ 9,90

**Bieneck (Hrsg.)/Kieffer/Zippel**  
• **Mechatronik<sup>plus</sup>**  
160 Seiten, zweifarbig, DIN A4  
ISBN 3-7782-4520-1  
€ 16,80

**Bieneck**  
• **Elektro<sup>TAB</sup>**  
160 Seiten, vierfarbig  
ISBN 3-7782-4550-3  
€ 12,00

Hrsg: Verein zur Förderung der Praktischen Fachkunde im Metallgewerbe  
• **Technologie im Versuch – Metalltechnik II**  
44 Blatt, A4-Block, gelocht, teilweise farbig  
**Schülerausgabe** ISBN 3-7782-3421-8, € 12,20  
**Lehrerausgabe** ISBN 3-7782-3425-0, € 24,00

Hrsg: Verein zur Förderung der Praktischen Fachkunde im Metallgewerbe  
• **Technologie im Versuch – Metalltechnik III**  
44 Blatt, A4-Block, gelocht, teilweise farbig  
**Schülerausgabe** ISBN 3-7782-3431-5, € 12,20  
**Lehrerausgabe** ISBN 3-7782-3435-8, € 24,00

**Haller/Nuding**  
• **Fachbegriffe für Friseure**  
ca. 120 Seiten  
ISBN 3-7782-5931-8  
ca. € 6,90

**Seipel**  
• **Prüfungsbuch Garten- und Landschaftsbau**  
600 Seiten  
ISBN 3-7782-7460-0  
€ 22,90

**Hausmann, Rode (Hrsg.)**  
• **Arbeitsrecht von A – Z**  
112 Seiten  
ISBN 3-7782-1282-6  
€ 8,00

**Grützner**  
• **SOL für Schüler**  
96 Seiten  
ISBN 3-7782-1020-3  
€ 9,90

← in Vorbereitung

**Feuerseeplatz 2 • 70176 Stuttgart**  
**Tel. 0711 / 6 14 39-20 • Fax 0711/6 14 39-22**  
**verlag@huj.03.net**  
**www.holland-josenhans.de**

### Der Begriff Lebenswelt

Der Begriff geht vermutlich auf E. Husserl (Phänomenologie der Lebenswelt) zurück und bezeichnet neben dem philosophischen Verhältnis des Menschen zur Welt die praktische, anschauliche und konkrete Lebenswelt. Es ist die Welt, die wir individuell erleben, den Bereich des selbstverständlichen Handelns, der sich in der soziokulturellen Umwelt vollzieht. A. Schütz fügt dem den Alltagsbegriff hinzu und will damit die Wirklichkeit verstehen, in der jeder Mensch lebt, denkt, handelt und sich mit anderen verständigt.

Bei J. Habermas (Theorie des kommunikativen Handelns) wird der Begriff Lebenswelt über die drei Bereiche zwischenmenschlicher Verständigung, die kommunikative Interaktion, die soziale Integration und die personale Identitätsbildung, definiert. In diesem Sinne bezeichnet Lebenswelt keine festliegende Zustandsbeschreibung, sondern einen Prozess in ständiger Entwicklung, der autonome und individuelle Lebensgestaltung freisetzt, Verständigung innerhalb von Lebenswelten immer wieder neu herstellt und entsprechende Lebensräume persönlich gestaltet.

Dieser Lebensraum wiederum ist zwar konkreter Ort, aber nicht konkret erfassbare Sphäre, in dem sich das Leben Einzelner oder von Gemeinschaften vollzieht. Der Mensch kann aus dem Gleichgewicht geraten und mit Stress, Krankheit, Verletzung oder Tod reagieren, wenn sein Lebensraum und sein Umfeld zu wenig oder zu viel Anregung bietet. Menschen mit geistiger Behinderung, also auch Demente, sind auf konkrete Lebensräume angewiesen, in denen ihnen ein gutes und gesundes Leben ermöglicht wird. Die für Demente tauglichen Orte müssen bewusst neu gestaltet, mit entsprechenden Angeboten ausgestattet und institutionell abgesichert werden (Identitätsfindung im Soziotop).

Etwas konkreter und zielorientiert der Geschäftsführer der Münchenstift, Hans Peter: „Lebenswelt heißt bei uns, dass wir uns an der Biographie und an der Alltagsnormalität des Bewohners mit dem Ziel orientieren,

seine Selbstbestimmung und Selbständigkeit zu fördern und, so gut es geht, zu erhalten. Wir wollen also nichts anderes – um es einfach auszudrücken – als seine Lebensgewohnheiten, Tagesabläufe und die Umgebung, den bisherigen Gewohnheiten entsprechend weiterführen“.

### Immer mehr Alte leben in Heimen

Die Zahl der Seniorenheimbewohner in Bayern ist im vergangenen Jahr um 1,6 % gestiegen. Zum Ende des Jahres 2004 lebten in den über 1200 bayerischen Einrichtungen mehr als 111000 Senioren, wie das Landesamt für Statistik mitteilte. Das entspricht 5,2 % der Bevölkerung im Alter von 65 oder mehr Jahren. Der Anteil der Pflegebedürftigen unter den Heimbewohnern lag bei rund 84 % (SZ vom 4.8.2005).

In den heutigen Alten- und Pflegeheimen leben zu einem großen Teil verwirrte Bewohner, Menschen mit Demenzerkrankungen, deren Anteil in den nächsten Jahren derartig zunimmt, dass die Altenheime durch dieses Krankheitsbild weitgehend geprägt sein werden. Aber auch Verwirrtheit und Desorientiertheit kann man in vielen Fällen positiv beeinflussen.

Daneben wird es gesonderte Angebote für alte Menschen mit intellektueller oder körperlicher Leistungsminde- rung, wie z. B. Nachlassen des Hör- und Sehvermögens, geben müssen.

Viele Beispiele und Erfahrungen zeigen, wie durch Anpassung der äußeren Lebensumstände an die Bedürfnisse der alten Menschen mit dem Alter verbundene Veränderungen, wie Gedächtnis- oder Konzentrationsstörungen, verlangsamt werden können.

Diese und andere Überlegungen, die hier sehr verkürzt dargestellt wurden, haben zu einem Projekt geführt, das unter dem Titel läuft: „Jung für Alt. Münchner Berufliche Schulen gestalten Lebenswelt in Münchner Altenheimen“. Durchgeführt wird der erste Teil dieses Projekts in Häusern der Münchenstift, einer gemeinnützigen GmbH, die zu 100 % der Landeshauptstadt München gehört. Die Wohnform Wohnen mit Pflegeleistungen ist zunächst erster Ansatzpunkt

des Projekts 2005 im „Haus Heilig Geist“ und im „Münchener Bürgerheim“.

### Ausgangspunkt: Projekt 2005 „Lebensraum Bett“

Die Individualität eines Menschen ergibt sich aus den vielfältigen persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen und ganz besonders aus seinem direkten Lebensumfeld. Eine zunehmende Anzahl von Bewohnern ist in ihrem Lebensraum und Aktionsradius auf den Lebensraum ihres Zimmers oder ihres Bettes beschränkt. Aus unterschiedlichen Gründen ist es diesen Bewohnern nicht möglich, an sozialen Aktivitäten ihrer Einrichtung teilzunehmen. Sie sind in ihrer Wahrnehmung oft eingeschränkt, dazu besteht die Gefahr, dass eine sensorische Deprivation eintritt. Neben verschiedenen pflegerischen Konzepten spielt eine ansprechende und anregende Gestaltung der räumlichen Umgebung und des engeren Lebensraumes eine wichtige Rolle, um Anreize aus der Umwelt zu setzen.

Zur Gestaltung des „Lebensraumes Bett“ wurden der Münchenstift GmbH aus Spendenmitteln der Stadtsparkasse München für die Einrichtungen „Haus Heilig Geist“ und „Münchener Bürgerheim“ je 2000 Euro zur Verfügung gestellt, das Projekt ist aber nach Möglichkeit noch bis zum Ende des Jahres 2005 abzuschließen.

Eine Zusammenarbeit mit der Städt. Berufsschule für Farbe und Gestaltung wurde vor einiger Zeit vereinbart, erste Besichtigungen im „Haus Heilig Geist“ und Gespräche im „Münchener Bürgerheim“ fanden bereits statt, die Heime und die Schule erarbeiteten einen Projektplan, auch eine Vorstellung des Projekts fand in einer Schulklasse statt. Als Kooperationspartner treten auf:

Wolfgang Hillebrandt, Heimleiter Münchener Bürgerheim und Verantwortlicher für die Münchenstift GmbH, Dr. Walter G. Demmel, Heimförsprecher Haus Heilig Geist und Freier Mitarbeiter des Zentralinstituts für Lehrerbildung der Technischen Universität München und Hans

Bauer, Leiter der Städt. Berufsschule für Farbe und Gestaltung und Meisterschule für das Maler- und Lackierhandwerk.

Die Meisterschule für das Maler- und Lackierhandwerk bildet zusammen mit der Fachschule für Farb- und Lacktechnik, der Meisterschule für Vergolder/innen und der Berufsschule für Farbe und Gestaltung einen Schulverbund unter einem Dach und mit gemeinsamer Leitung. Alt für Jung ist eine neue Aufgabenstellung im Altenheimbereich, der sich die Schule im Rahmen dieses Projekts zu stellen bereit ist.

Ziele: Individuelle, anregende, ansprechende Gestaltung der Räume bettlägeriger und rollstuhlabhängiger Bewohner. Die Gestaltung soll variabel sein und auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bewohner abgestimmt werden können. Die Azubis der Fachschule erhalten Einblick in die Rahmen- und Lebensbedingungen im Altenheim, in dem z. B. ein Tag hospitiert wird, der Lehrstuhl für Psychologie der TU München und/oder die Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen, werden zu dieser Thematik allen Interessierten ein Seminar anbieten. Die Mitarbeiter/Azubis der Münchenstift GmbH lernen Grundsätze der Gestaltung kennen. Alle Beteiligten können von einander lernen: Jung arbeitet für Alt. Zu Beginn des Projektes: Zustandsbeschreibung, Fotos, Beschreibung des Bewohnerverhaltens und der Bewohnerwünsche/Biographie; laufend im Projekt: Entwicklung und Maßnahmen, Ergebnisdokumentation der Hospitation/Fotos; Abschlussbericht: Veröffentlichung in Fachzeitschriften der Altenpflege, des Bereichs Farbe und Gestaltung und des Beruflichen Schulwesens; Projektpräsentation für Stadtsparkasse München und örtliche Presse.

### Das erweiterte Projekt 2005/2006

Projektträger: Münchenstift GmbH bzw. Träger anderer Heime und Schulreferat der Landeshauptstadt München.

Koordinator und wissenschaftliche Begleitung: Dr. Walter G. Dem-



mel, mit Unterstützung des Angehörigen-Gesamtbeirats der Münchenstift GmbH.

Ziel: Die Lebensqualität der Heimbewohner der Münchenstift GmbH zu erhöhen, berufstätige Jugendliche verschiedenster Berufe mit dem Alltag von Heimbewohnern vertraut zu machen und die beruflichen Schulen der Landeshauptstadt damit mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Es sollen sowohl Ausstellungsobjekte eingebracht als auch Aktionen durchgeführt werden.

Ein höchst wichtiges Ziel des erweiterten Projekts Lebenswelt sind Begegnungen zwischen Jung und Alt; beide Seiten sollen dabei voneinander profitieren. Die jungen Auszubildenden und angehenden Meister werden einerseits den Erfahrungsvorsprung und die Altersprobleme der Heimbewohner persönlich schätzen und erleben lernen. Andererseits sollen die alten Menschen ein wenig aus ihrer Isolation herausgeholt und in der Begegnung mit den Jungen ihre Sorgen und Wünsche auszusprechen wagen. Beide können dabei die Erfahrung machen, wie viel Freude es bringen kann, wenn es gelingt, durch Gestaltung oder Veränderung des Lebensraums die Gleichförmigkeit des Heimalltags zu durchbrechen. An der Zuwendung oder auch nur aus einem Lächeln in einem Gesicht spüren die jungen Schüler, dass sie mit ihrem per-

sönlichen Einsatz eine wichtige soziale Aufgabe erfüllen.

Die Auszubildenden erhalten die Chance, für eine völlig neue Aufgabe bei sich Begabungen zu entdecken und Fähigkeiten weiter zu entwickeln, für die ihre bisherigen schulischen Leistungen nicht ausreichen. Sie müssen bei den Alten neue Erfahrungen sammeln und diese für den Lebensraum der Heimbewohner umsetzen und deren Lebenswelt verbessern. Im Kontakt untereinander und mit der anderen Generation entsteht eine neue Wahrnehmung und Wertschätzung, die sich wiederum auf den Schulalltag auswirken wird.

Nach erfolgter Genehmigung des Projekts durch den Geschäftsführer Hans Peter der Münchenstift GmbH, und den Leiter der Abt. Berufliche Schulen im Schulreferat, Peter von Hoerner, sollten auch im erweiterten Projekt die Einrichtungen „Haus Heilig Geist“ und „Münchener Bürgerheim“ Ausgangspunkte der geplanten Ausstellungen, Gestaltungsvorhaben und Aktionen sein. Eine Ausweitung auf andere Heime ist jedoch nicht ausgeschlossen.

Finanzierung: Die Durchführung dieses Projekts ist für die Münchenstift GmbH kostenneutral, eventuell anfallenden Kosten übernimmt die Abteilung F 1 des Schulreferats, zusätzliche Sponsoren sind kontaktiert bzw. werden noch gesucht.

Gespräche sind bereits mit einigen Schulleitern geführt:

Hans Bauer (Farbe und Gestaltung): Schulprofil bei Lebensraum Bett. Diese Schule ist zuständig für das Ausgangsprojekt „Lebensraum Bett“ und des weiteren vorgesehen für Ideen zur Gestaltung ausgewählter Räume.

Peter Baur (Gartenbau und Floristik): Bereits in den vergangenen Schuljahren wurden fächerübergreifende und handlungsorientierte Projekte in verschiedenen Fachbereichen (Schwerpunkttage, Dekorationen, Ausstellungen) weiterentwickelt. Die Schule wird sich vor allem um die floristische Gestaltung des Eingangsbereichs und weiterer Räumlichkeiten kümmern.



Johannes Bremann (Bau- und Kunsthandwerk): Diese Bauberufsschulen befinden sich zusammen mit der Berufsfachschule und der Meisterschule für das Holzbildhauerhandwerk, der Fachschule für Steintechnik und der Meisterschule für das Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk und der Meisterschule für das Gold- und Silberschmiedehandwerk unter einem Dach. Diese kreativ-künstlerischen beruflichen Schulen sollen Ausstellungsstücke zur Verfügung stellen, die für alte und demente Heimbewohner vor allem „begreifbar“ sind und ihre Umwelt auf Zeit schmücken.

Hans-Werner Kröck (Augenoptik): Die Fachakademie für Augenoptik bereitet Augenoptikergesellinnen und – gesellen in zwei Studienjahren auf berufliche Führungsaufgaben vor. Diese Schule ist für Aktionen vorgesehen wie z.B. eine kostenlose Kontrolle der Brillen von Heimbewohnern.

Karl-Heinz Schmid (Repro-, Satz- und Drucktechnik): In den Berufsschulen für Buchbinderei, Fotografie, Vermessungstechnik, Repro-, Satz- und Drucktechnik, der Fachschule für Drucktechnik und Papierverarbeitung, der Fachschule (Meisterschule) für Buchbinder/innen ist ein hoher Innovationsdruck zu spüren. Die Innovationsbereitschaft soll auch für Produktionen (Plakate, Zeitschrift, volkstümliche Kunstdrucke) im Altenheimbereich genutzt werden.

Helmut Wagner (Metallbau und Technisches Zeichnen): Die Berufsschule durchläuft seit Jahren einen kontinuierlichen Prozess der pädagogischen Schul- und Personalentwicklung, in dem Handlungsorientierung, Projektunterricht und Teambildung ständig weiterentwickelt werden. Die intensive Lernortkooperation mit den dualen Partnern, sowohl bei Unterrichtsprojekten als auch bei der Problembewältigung, ist wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Unterrichtsentwicklung. Auch diese Berufsschule stellt handwerklich ausgereifte und „brauchbare“ Ausstellungsstücke zur Verfügung.

Ingrid Wittmann (Hauswirtschaft und Diätetik): Das Berufliche Schulzentrum besteht aus der Berufsfach-

schule für Diätetik, der Berufsfachschule für Hauswirtschaft, der Berufsfachschule für Sozialpflege, der Fachschule für Hauswirtschaft und der Fachakademie für Hauswirtschaft. Das hauswirtschaftliche Dienstleistungszentrum „Cooking girls“, in das sechs Unterrichtsfächer integriert sind, ist das Herzstück der Fachakademie. Schüler/innen werden hier in Form des produktorientierten Ansatzes unterrichtet. Dieses Schulzentrum wird Aktionen durch Senioren durchführen und Kostproben reichen.

Des weiteren sind noch Gespräche geplant mit der Berufsschule für Holztechnik und Innenausbau, der Fachakademie für Musik, der Berufsschule für Orthopädie- und Umwelttechnik, der Berufsschule für das Hotel-, Gaststätten- und Braugewerbe, der Berufsschule für Körperpflege, der Berufsfachschule für Mode- und Kommunikationsgrafik, die je nach Nachfrage weitere Aktionen und Ausstellungen auf den Weg bringen können.

**Schlussbemerkung**

Von den sechs Bausteinen, die zentrale Elemente des Lebensweltkonzepts der Münchenstift bilden, scheinen in Bezug auf dieses Projekt vor allem die Biographieorientierung, die Individualisierung der Angebote und Abläufe und das Herstellen eines angepassten Milieus wichtig zu sein. Die Jugendlichen aus den beruflichen Schulen haben die Aufgabe, über dieses Projekt an der Gestaltung individueller Lebensräume alter Menschen mitzuwirken, zu selten gewordene Kontakte mit Alten aufzubauen und zur Überwindung der getrennten Lebenswelten von Jung und Alt beizutragen.

Nachdrücklich sei darauf hingewiesen, dass dieses Projekt eine besondere sozialpädagogische und staatsbürgerliche Ausrichtung hat. Es soll der Versuch sein, Kerschensteiners Ideen von damals in unsere Zeit zu bringen, indem angestrebt wird, die Jugend der beruflichen Schulen über den Beruf an ihre Aufgaben als Staatsbürger heranzuführen. Schon der Untertitel des Projekts sagt vieles zur pädagogischen Zielsetzung. Schüler beruflicher Schulen, die in ihrer eigenen jugendlichen

Lebenswelt heranwachsen, sollen sich mit der Lebenswelt der Alten in Heimen beschäftigen und dort ihre beruflichen Fähigkeiten einbringen. Alte betreuen können auch Schüler allgemeinbildender Schulen, für sie etwas schaffen, können nur Schüler beruflicher Schulen! Das ist ein berufspädagogisches Credo und darin besteht der Anspruch auf die Urheberschaft dieser Idee. Und ich denke, sie ist gut!

*Dr. Walter G. Demmel*

Literatur: Schirmmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott, München, 35. Aufl. Zum Nach- und Vorausdenken.

**Für Sie Persönlich**

**Die private Altersvorsorge durch Riester- und Rürup-Rente**

Die gesetzliche Rentenversicherung kann viele Bedürfnisse im Alter nicht mehr abdecken. Zukünftig werden staatlich geförderte Vorsorgemöglichkeiten wie die Riester-Rente oder die Rürup-Rente einen erheblichen Anteil des Einkommens im Alter darstellen.

Da ab 2006 von allen Versicherern zwingend Unisex-Tarife eingeführt werden müssen, ist es für Männer besonders interessant, sich noch im Jahr 2005 für eine Riester-Rente zu entscheiden, denn aufgrund der höheren Lebenserwartung der Frauen werden die neuen Tarife zu Leistungseinbußen bei den männlichen Kunden führen.

**Was ist noch wissenswert?**

Der bisher hohe bürokratische Aufwand wurde reduziert. Durch die Erteilung eines Dauerzulagenantrags entfällt zukünftig die mühsame jährliche Antragstellung.

Ab Rentenbeginn ist anstelle der Rentenzahlung eine Kapitalauszahlung bis zu 30 % des vorhandenen Kapitals möglich. Während der Vertragslaufzeit kann für den Bau oder den Erwerb einer selbst bewohnten, im Inland gele-

genen Immobilie in begrenztem Umfang Kapital entnommen werden.

**Die Riester-Rente**

Die „Riester-Rente“ ist eine private Altersvorsorge auf freiwilliger Basis, mit der die persönliche Vorsorge-lücke geschlossen werden kann. Die Riester-Rente ist sicher und attraktiv. Man zahlt während des aktiven Arbeitslebens Beiträge in eine private Rentenversicherung, einen Bankspargplan oder einen Fonds, als Extra erhält man staatliche Zulagen und Steuerfreibeträge. Riesterprodukte sind behördlich zertifiziert, d. h. der Versicherer garantiert Rückzahlungen mindestens in Höhe der eingezahlten Beiträge sowie eine Mindestverzinsung von zurzeit 2,75 Prozent. Dank der zusätzlichen staatlichen Förderung liegt die Rendite der Riesterrente meist erheblich über dem Zins für vergleichbare Anlagen.

Anspruch auf die staatliche Förderung durch Zulagen und Steuerfreibeträge haben alle gesetzlich rentenversicherten Arbeitnehmer und alle Beamten, außerdem Soldaten und Zivildienstleistende, Eltern im Erziehungsurlaub, freiwillig gesetzlich Rentenversicherte und Arbeitslose. Selbstständige, die nicht in der gesetzlichen Rente pflichtversichert sind, erhalten z. Zt. noch keine Riester-Förderung.

**Die staatliche Förderung**

Die Beiträge, die einschließlich der staatlichen Zulagen erforderlich sind, um die Maximalförderung zu bekommen, liegen zurzeit bei 2 %, ab 2006 bei 3 % und ab 2008 bei 4 % des Bruttogehalts. Folgende Zulagen gewährt der Staat (siehe Tabelle unten).

Das Finanzamt prüft im Rahmen der Einkommenssteuererklärung, ob für den Sparer der Zulagenbetrag oder die steuerliche Absetzung der Beträge günstiger ist, deshalb ist die Riester-Rente auch für Ledige, besonders bei hohem Einkommen, sehr interessant.

Die Kinderzulage bekommt die Person, die auch das Kindergeld bezieht. Bei zusammenlebenden Ehegatten wird sie automatisch auf den Vorsorgevertrag der Frau überwiesen.

Wenn beide Partner schriftlich einwilligen, kann die Kinderzulage auch dem Vorsorgevertrag des Mannes gutgeschrieben werden.

**Beispiel (ab 2008):**

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern hat ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen von 30000 Euro. Seine Frau ist nicht berufstätig und daher nicht selbst sozialversicherungspflichtig. Spart das Paar insgesamt (Eigenbeitrag + Zulagen) die erforderlichen 4 % (= 1200 Euro), erhält es vom Staat Zulagen von insgesamt 678 Euro (2 x 154 Euro für Mann und Frau + 2 x 185 Euro für die Kinder). Der Eigenbeitrag liegt bei nur 522 Euro (1200 – 678 Euro). Die Zulage macht also mehr als die Hälfte der Sparsumme aus.

**Es kann auch weniger gespart werden!**

Wenn man den erforderlichen Eigenbeitrag nur teilweise leistet, wird die Zulage anteilig gekürzt. Wer z.B. nur 80 % des vollen Eigenbeitrages ein-zahlt, bekommt auch nur 80 % der vollen Zulagen. Wer wenig oder kein eigenes Einkommen hat und die Riestert-Förderung in Anspruch nehmen will, muss immer einen geringen Mindest-Eigenbetrag versteuern:

Geringverdiener, die in den Genuss der Zulagen kommen wollen, sollen so zumindest einen kleinen Eigenbetrag leisten. Dieser Sockelbetrag liegt ab 2005 bei 60 Euro je Riestert-Vertrag, unabhängig von der Zahl der Kinderzulagen.

Jeder Riester-Vertrag kann auf Verlangen des Versicherten, etwa bei finanziellen Engpässen, beitragsfrei gestellt werden. Die staatliche Förderung entfällt allerdings während der Beitragsfreistellung. Der Versicherte kann die Beitragszahlung in Abstimmung mit dem Versicherer dann jederzeit wieder aufnehmen.

Ab	Alleinstehende	Ehepaare, bei denen jeder einen eigenen Riester-Vertrag hat	je kindergeldberechtigtes Kind
2004	76 Euro	152 Euro	92 Euro
2006	114 Euro	228 Euro	138 Euro
2008	154 Euro	308 Euro	185 Euro

**Leistungen der Riester-Rente**

Die Leistungen der Riester-Rente bestehen – je nach Vertragsgestaltung – alternativ aus einer

- lebenslangen Rente
- einer lebenslangen Rente mit Garantiezeit (die Rente wird nach dem Tod des Rentenbeziehers eine vertraglich vereinbarte Zeit lang an die Hinterbliebenen weitergezahlt),
- einer lebenslangen Rente mit Todesfallleistung (das angesparte Kapital abzüglich bereits gezahlter Renten wird nach dem Tod des Rentenbeziehers an die Hinterbliebenen ausgezahlt)

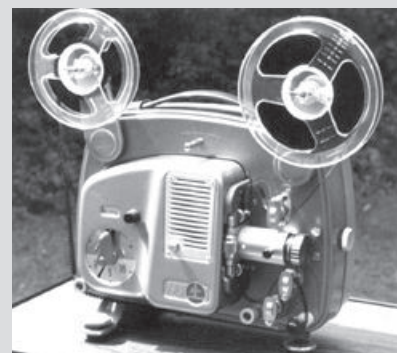
Im Regelfall beginnen die Zahlungen gleichzeitig mit Beginn der Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, also nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Der Versicherte kann Leistungen jedoch schon ab 60 beantragen, wenn er bereits früher gesetzliche Rente bezieht. Die monatlichen Rentenzahlungen sind dann allerdings geringer als bei Rentenbeginn mit 65 Jahren.

Das Vorsorgevermögen eines vor Rentenbeginn Verstorbenen kann auch vererbt werden. Wenn die zu Lebzeiten erhaltenen Zulagen und Steuervorteile erhalten bleiben sollen, muss das vererbte Vorsorgevermögen auf einen Riester-Vertrag des überlebenden Ehepartners übertragen werden. Voraussetzung dafür ist, dass der Ehepartner zum Zeitpunkt des Todes mit dem Zulageberechtigten in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat.

**Förderungsfähige Anlagemöglichkeiten**

Neben der klassischen Privatrente werden auch Bankspargpläne und Investmentfonds-Sparpläne gefördert. Bei diesen Produkten kann ein Auszahlungsplan bis zum 85. Lebensjahr vereinbart werden. Zu Beginn der

## Anzeige



### Alte 8-mm-Schmalfilme auf DVD und Video

Wer heute wichtige Dinge des Lebens, wie Familie, Reisen und Hobby filmen möchte, der greift zu einer modernen Digital-Kamera und sieht sich anschließend alles auf dem heimischen Fernseher an. Wer aber die wichtigsten Dinge des Lebens einst auf 8-Millimeter-Filme bannte, hat heute Schwierigkeiten, diese wieder sichtbar zu machen. Fehlende oder defekte Film-Projektoren machen das Abspielen unmöglich. In Deutschland gab bis 1980 zirka acht Millionen Schmalfilme und der Wunsch, diese Erinnerungen wieder lebendig zu machen, wird immer häufiger geäußert. Hierauf hat sich ein Hamburger Video-Service spezialisiert, der mit Digital-Technik diese Filme auf VHS und DVD überspielt. Die Bildqualität ist hierdurch erstaunlich gut und wird von anderen Überspiel-Verfahren nicht erreicht. So eignet sich eine DVD auch besonders gut für eine einfache Film-Nachbearbeitung am heimischen PC. Außerdem lassen sich vorhandene CamCorder-Aufnahmen in VHS – Video 8 – und MiniDV kostengünstig selber in guter Bild- und Tonqualität als Langzeit-Sicherung auf DVD brennen.

Mehr Informationen zu diesem Thema gibt es im Internet unter: [www.film-video-transfer.de](http://www.film-video-transfer.de) oder per Telefon oder Fax 0 40 - 27 33 48

Auszahlungsphase muss dann ein Teil des angesparten Vorsorgevermögens in eine Rentenversicherung eingezahlt werden, die dem Sparer ab Vollendung des 85. Lebensjahres eine gleich bleibende oder steigende lebenslange Rente gewährt, die direkt an den Auszahlungsplan anschließt. Die monatliche Rente muss mindestens so hoch

sein wie die letzte monatliche Auszahlung aus dem Auszahlungsplan.

#### Wer ist von der Förderung ausgeschlossen?

Nicht gefördert werden bisher Selbstständige, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, Selbstständige in berufsständischen Versorgungseinrichtungen (z.B. Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Architekten), freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte, geringfügig Beschäftigte (bis 400 Euro), die Sozialversicherungsfreiheit in Anspruch nehmen, Bezieher einer Vollrente wegen Alters (ab 65 Jahre), Rentner wegen Berufsunfähigkeit, Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit, Bezieher von Sozialhilfe und Studenten.

#### Die Rürup-Rente (Basisrente)

Nachdem es für die Arbeitnehmer bereits die Riester Rente und eine verbesserte betriebliche Altersversorgung gibt, sollte mit der Basisrente vor allem die Altersvorsorge der Selbstständigen steuerlich begünstigt werden.

Die Möglichkeit der Steuerersparnis steht aber auch den pflichtversicherten Arbeitnehmern offen, wenn sie zusätzlich zur Riester-Rente eine weitere private Rentenversicherung haben möchten. Die Steuerersparnis durch die Versicherungsbeiträge (sie gehören nicht zu den Vorsorgeaufwendungen) ist besonders bei einem hohen persönlichen Einkommenssteuersatz beträchtlich. Aufgrund der hohen Zulagen in der Riester-Rente sollte aber immer zuerst diese voll ausgeschöpft werden.

Da die Riester-Rente allerdings nur die Lücken schließt, die durch den Gesetzgeber aufgerissen wurden, bietet sich die Rürup-Rente für diejenigen an, die zusätzlich vorsorgen wollen, z.B. weil wegen der persönlich erreichten Pflichtversicherungs- bzw. Beschäftigungszeiten nur mit einer geringen Rente bzw. Pension zu rechnen ist.

#### Besonderheiten der Rürup-Rente

Die Rürup-Rente (Basis Rente) ist vor allem für Selbstständige gedacht, die ansonsten für ihre Beitragszahlun-

gen in die Altersvorsorge keine Steuererleichterung erwarten könnten.

Daher ist ihr Konzept das der gesetzlichen Rente ähnlich. Die Basisrente darf nicht auf einmal, also in einer Summe, ausgezahlt werden, sondern ausschließlich als monatliche Raten - frühestens ab dem 60. Lebensjahr. Stirbt der Versicherte frühzeitig, ist die gesamte gesparte Summe verloren, d.h. sie wird nur an den Versicherten selbst ausgezahlt.

Um diese, für die meisten Versicherten nicht akzeptable Situation zu umgehen, wird von den meisten Versicherungen die Rürup-Rente in Kombination mit einer Hinterbliebenenversorgung abgeschlossen, welche die Rentenzahlung für den Ehepartner der versicherten Person übernimmt. Auch eine BU (Berufsunfähigkeitsversicherung) kann gegen Mehrkosten eingeschlossen werden.

Die Rürup Rente darf nicht beliehen, veräußert oder vererbt werden. Sie kann aber im Gegenzug auch nicht gepfändet werden.

Weder das Sozialamt noch die Agentur für Arbeit können auf die Rürup Rente zugreifen. Diese Hartz IV-Sicherheit gilt auch für Riester-Renten und die betriebliche Altersversorgung. *Helmut Lang*

### „Wechseln lohnt sich, kündigen Sie Ihre Kfz-Versicherung bis spätestens 30. November 2005.“

Viele Kfz-Versicherer werben zurzeit mit dieser Kündigungsmöglichkeit.

Bei der Wahl des Versicherers sollte man jedoch nicht nur auf die Prämie achten, denn inzwischen bietet mancher Versicherer Leistungsverbesserungen, die eine höhere Prämie mehr als wett machen.

#### Hierzu ein Beispiel:

Es ist allgemein bekannt, dass die Fahrzeugversicherung (Voll- und Teilkasko) nicht zahlt, wenn der Schaden grobfahrlässig herbeigeführt wurde. Wer also bei Rot über die Ampel fährt oder sich während der Fahrt zu sehr auf das Autoradio oder das Handy

## Wir optimieren Ihre Versicherungen



Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419  
E-Mail: [peter.wiedmann@t-online.de](mailto:peter.wiedmann@t-online.de)

**Kompetenz und Erfahrung  
Versicherungs  
Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34  
97204 Höchberg

## z.B. errechnen wir Ihre Förder-Rente

Diese ist mehr denn je einer der wichtigsten Bausteine der privaten Altersvorsorge. Sie wird staatlich gefördert durch Zulagen und Steuervorteile. Ab 2005 sind die Bedingungen Kundenfreundlich verbessert worden.

#### Achtung Männer!

Ab 2006 werden die sog. Unisex-Tarife eingeführt. Sie führen zu Leistungseinbußen bei den männlichen Kunden.

**Reagieren Sie noch in diesem Jahr!**

konzentriert und dabei einen Unfall verursacht, hat folgendes Problem:

Der Schaden am fremden Pkw ist versichert, der Schaden am eigenen Pkw wird jedoch nicht übernommen.

Diese Ungleichbehandlung hängt damit zusammen, dass die Kfz-Haftpflichtversicherung nur vorsätzlich herbeigeführte Schäden vom Versicherungsschutz ausschließt. In der Fahrzeugversicherung dagegen sind weder vorsätzlich noch grob fahrlässig herbeigeführte Unfälle versichert, es sind nur die Schäden gedeckt, die durch einfache Fahrlässigkeit verursacht wurden.

Nun haben sich einige Versicherer dafür entschieden, dass sie zukünftig auf die Einrede der groben Fahrlässigkeit verzichten. Diese Versicherer übernehmen im Rahmen der Fahrzeugversicherung den Schaden am eigenen Fahrzeug auch dann, wenn dieser grob fahrlässig herbeigeführt wurde. Die oben angeführten, grob fahrlässigen Handlungen sind bei diesen Versicherungsunternehmen versichert.

Wechseln lohnt sich, aber nur dann, wenn neben der Beitragshöhe auch die angebotenen Leistungen stimmen. *Helmut Lang*

Für weitere Rückfragen steht Ihnen auch unser VLB-Versicherungsexperte zur Verfügung:

Peter Wiedmann  
Kister Str. 34, 97204 Höchberg  
Telefon 09 31-9 23 53,  
Mobil 01 72-6 61 29 18  
E-Mail: [peter.wiedmann@t-online.de](mailto:peter.wiedmann@t-online.de)

## Neu Neu Neu

Ab sofort können Sie Ihr persönliches Kleininserat oder Ihr Firmeninserat als Fließsatz- oder Rahmenanzeige (siehe Beispiel unten) via Internet in VLB-akzente aufgeben.

Alle weiterführenden und ausführlichen Informationen über Erscheinungstermine und Preise finden Sie jetzt unter ...

[www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de)  
→ Kleinanzeigen

## Appartement...

für 1 bis 2 Personen zu vermieten ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

[www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) → Kleinanzeige

## Netten Kollegen...

zur Freizeitgestaltung gesucht ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

[www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) → Kleinanzeige

## Autorenverzeichnis

#### Alt, Christian

BSZ, Glätzlstr. 29, 92421 Schwandorf,  
Tel.: 09431 - 7280

#### Dr. Demmel, Walter G.

Grandauerstr. 71,  
80997 München,  
Tel.: 089 - 8123072

#### Käfler, Hans

VLB-Landesvorsitzender  
BS, Am Fernsehturm 1,  
94036 Passau,  
Tel.: 0851 - 9591300

#### Küfner, Reinhard

VLB-Referent für Fachlehrer  
BS, Luitpoldstr. 26,  
84034 Landshut,  
Tel.: 0871 - 96300

#### Lamb, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
und Hauptpersonalrat  
Gramschatzer Ring 6,  
97222 Rimpar,  
Tel.: 09363-5278

#### Lang, Helmut

VLB-Versicherungsbeauftragter  
Ober Geisbergweg 34,  
97234 Reichenberg,  
Tel.: 0931 - 661729

#### Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter  
Weitlstr. 66,  
80935 München,  
Tel.: 089-38584084



## Aus aktuellem Anlass

**Pressemeldung des VLB vom Oktober 2005:**

### **VLB: Der alljährliche Streit um die Ausbildungslücke löst keine Probleme**

Es gehört schon fast zum Herbst genau wie die fallenden Blätter: Der Streit um die Größe der Ausbildungslücke.

Die Bundesregierung, die Wirtschaft und die Bundesagentur für Arbeit sprechen von einem Erfolg des Ausbildungspaktes, Gewerkschaften sehen „das System der dualen Ausbildung ernsthaft gefährdet“.

„Wir können uns weiterhin jedes Jahr trefflich darüber streiten wie groß die Ausbildungslücke tatsächlich oder vermeintlich ist, geholfen ist damit keinem einzigen Jugendlichen“, kommentiert VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler „die für ihn unbefriedigende Situation“.

„Wir können die Zahlen nicht beurteilen, an bayerischen beruflichen Schulen gibt es seit dem Schuljahr 2001/2002 jedenfalls eine eindeutige Entwicklung. Die Zahl der Schüler außerhalb des dualen Systems steigt ständig“, so Käfler. „Man kann das ablesen an den Berufsfachschülern, den Schülern im Berufsvorbereitungsjahr, den Schülern ohne Ausbildungsplatz und auch an der Entwicklung in den Fachoberschulen“.

„Die beruflichen Schulen im Freistaat leisten was sie nur können, um diesen jungen Menschen eine zukunftsorientierte Perspektive zu bieten. Aber all diese Maßnahmen verpuffen, wenn sie nicht dazu führen, dass die Jugendlichen in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsprozess integriert werden können“.

„Wir sehen insbesondere die Wirtschaft in der Verantwortung“, bringt Käfler die Position des VLB auf den Punkt. „Nachdem zurzeit nur circa 30 Prozent der Betriebe ausbilden, muss nach unserer Meinung noch ein großes Potenzial vorhanden sein. Das Problem ist, dass viele Betriebe nicht bereit sind, langfristig in Bildung zu investieren. Man denkt nur noch in Quartalen, die kurzfristige Rendite wird eingefordert. Solange sich diese Einstellung nicht ändert, werden wir jeden Herbst den bekannten Streit über die Ausbildungslücke erleben und die zu kurz gekommenen Jugendlichen zahlen die Zeche.“

Solange der Schwächeanfall des dualen Ausbildungssystems anhält ist auch der Freistaat gefordert, der Fürsorgepflicht für seine jugendlichen Staatsbürger nachzukommen und mit dem Ausbau der Berufsfachschulen für eine Entlastung auf dem Ausbildungsmarkt zu sorgen.

Auch in „Zeiten des Rotstiftes“ gilt das Wort von Benjamin Franklin: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen“.

**Für den Inhalt verantwortlich: Hans Käfler, Landesvorsitzender des VLB  
E-Mail: [Hans.Kaefler@vlb-bayern.de](mailto:Hans.Kaefler@vlb-bayern.de), Telefon 08 51- 95 91 300**